Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. März 1977
Jg.5 Nr.11

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kuhl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Spanische Volksmassen fordern Generalamnestie

Während der europäischen Hallenleichtathletikmeisterschaften besetzten Tausende von Basken die Sporthalle. Erschreckt schreibt ein „Welt"-Reporter: „Ich sitze hier unter dem Tisch in der Sporthalle von San Sebastian, weil die Situation gefährlich ist. Denn seit ungefähr einer halben Stunde haben ca. 8 000 Basken auf einen Aufruf der ETA die Halle besetzt und die Veranstaltung unterbrochen. In einer Ansprache, die viersprachig gehalten wurde und zwar in baskischer Sprache, in spanisch, deutsch und englisch, wurde von den Anführern die Amnestie für alle politischen Häftlinge gefordert. Freiheitsgesänge, Spruchbänder und Ansprachen prägen zur Zeit das Bild." (Welt, 14.3.77) „Gefährlich" ist die Situation für die spanische Oligarchie und die Imperialisten, die hinter ihnen stehen. Die Absichten der spanischen Oligarchie, über parlamentarische Manöver und Teilamnestie die spanischen Volksmassen zu spalten und zu unterwerfen, um sie besser durch die imperialistischen Monopole ausbeuten zu lassen, werden durch solche Kampfaktionen durchkreuzt. Das ist es, was der Bourgeoisreporter spürt und was ihn unter den Tisch kriechen läßt: Die Zuschauer des Stadions haben sich mit der Demonstration verbunden. Sie sind aufs Spielfeld gelaufen. Am gleichen Wochenende demonstrierten auch in Barcelona 6 000 Arbeiter für Generalamnestie.

Kampfaktionen durchkreuzt. Das ist es, was der Bourgeoisreporter spürt und was ihn unter den Tisch kriechen läßt: Die Zuschauer des Stadions haben sich mit der Demonstration verbunden. Sie sind aufs Spielfeld gelaufen. Am gleichen Wochenende demonstrierten auch in Barcelona 6 000 Arbeiter für Generalamnestie.

Kreidefressender Wolf

Vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf erklärte am 8. März die amerikanische Delegation, sie „bedaure aufs tiefste die Rolle ..., die von einigen Regierungsbeamten, Behörden und privaten Gruppen bei der Subversion der früheren demokratisch gewählten Regierung Allende gespielt wurde, die beim Putsch am 11. September gestürzt wurde". Von Carter und Vance bekam Tyrson, früher als Missionar für den US-Imperialismus in Lateinamerika tätig, nachträglich Rückendeckung: Zwar sei er zu dieser Erklärung nicht autorisiert gewesen, die Einmischung der USA sei auch noch keineswegs eindeutig nachgewiesen, aber Tyrsons Vorgehen verstoße nicht gegen Carters außenpolitische Linie. Einiges über die vergangenen Verbrechen des US-Imperialismus, das die Spatzen ohnehin von den Dächern pfeifen, soll zugegeben werden. „Ich habe wirklich nicht geglaubt, daß ich eine große Neuigkeit von mir gegeben habe", erklärte Tyrson treuherzig. Der Eindruck soll entstehen, daß mit Carters Klerus eine neue, friedfertige Ära des US-Imperialismus angebrochen sei. „... die Politik und Personen, die für sie (den Chile-Putsch) verantwortlich waren, (sind) in einer offenen und freien Wahl zurückgewiesen worden." (Tyrson)

Tonnenweise frißt der Wolf Kreide, um die wachsam gewordenen Völker wieder einzuschläfern, während er seine Krallen für den nächsten Beutezug wetzt.

Teufelsaustreibung gegen die proletarische Revolution

Die „unwiderstehliche Strömung der Geschichte" – „Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution", wie Tschou En-lai auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas feststellte, erfüllt die Imperialisten mit blankem Entsetzen. Sie sehen das Ende ihrer verfaulten Ausbeuterordnung kommen und halten es für das Ende aller menschlichen Zivilisation. Nie können sie vergessen, wie die Arbeiter und Bauern Kampucheas, die Alten und die Jungen, die Männer und die Frauen, fest vereint im revolutionären Volkskrieg, in kaum vier Jahren die für unbesiegbar gehaltene Militärmaschinerie der US-Imperialisten zertrümmert und das ganze Gesindel hinausgeworfen haben. Welche Barbarei! Und daß dieses Volk nun auch noch in der Lage ist, gestützt auf seine demokratische Diktatur ein blühendes Kampuchea aufzubauen, vollständig aus eigener Kraft, allen Verwüstungen des Aggressionskrieges der USA, allen täglichen Überfällen an der Grenze zu Thailand und allen fortgesetzten Kriegsdrohungen zum Trotz – was für eine Teufelei! „Kambodscha-Kenner wie der französische Priester Francois Ponchaud" haben sich jetzt wieder einmal in Teufelsaustreibung versucht. Der „Spiegel" im Eifer der Konterrevolution hat's weiterverbreitet: *„Die neuen kommunistischen Herren verüben Völkermord an den eigenen Landsleuten. (...) Gefängnisse wurden abgeschafft. Sie sind unnötig, denn Angkar kennt nur eine Strafe, und die wird auf der Stelle vollzogen. (...) Angkar heißt Organisation, was immer das sein mag. Angkar wurde nicht definiert. (...) Ein Khmer-Slogan weist auf die Endlösung: ‚Ein oder zwei Millionen junger Leute reichen völlig, um das neue Kambodscha aufzubauen'."*

Wachsender Kampf der Arbeiterjugend und Schüler gegen Noten, Stufenplan und Unterdrückung

Die Auseinandersetzung an den Schulen gegen die Notenvergabe nimmt zu. In verschiedenen Orten führen Schüler, Eltern und zum Teil auch die Lehrer den Kampf gegen das Notensystem. In Delmenhorst und Nordenham wurden Disziplinarverfahren gegen Lehrer eingeleitet, die den Kampf der Schüler unterstützten.

„Immerhin nehmen die Diskussionen um das gegenwärtige Notensystem weiter zu. Gegen einen Lehrer aus Delmenhorst und zwei Lehrerinnen aus Nordenham wurde kürzlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil sie ähnlich wie Studienassessor Kurmann (aus Hannover) zensiert hatten." Dies schreibt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" über die Lage an den Schulen. „Lehrer gibt keine Fünf: Entlassung?" ist die Schlagzeile der „Neuen Hannoverschen Presse" auf der Seite eins.

Entlassung?" ist die Schlagzeile der „Neuen Hannoverschen Presse" auf der Seite eins.

Die Bourgeoisie ist über zweierlei erschrocken: Lehrer, obwohl für die Unterdrückung an den Schulen angestellt und bezahlt, machen dies nicht mehr mit. Und was soll dann erst aus den Schülern werden? Wollen die Kapitalisten die richtige Anzahl von ausgebildeten Schülern für den jeweiligen Produktionsprozeß einsetzen, müssen die Noten noch schärfer durchgreifen. Dagegen gibt es entschieden Widerstand. Daß Lehrer gejagt werden und vielleicht sogar abgesetzt werden, sind keine Sensationsmeldungen mehr. Der bürgerlichen Klasse geht es um mehr.

Im Sommer gibt es die Versetzungszeugnisse. Sollen die Prüfungen und das Abklopfen des Schülers genau geschehen, muß das jetzt eingeleitet werden. Bekommen die Schuldirektoren jetzt nicht die Sache zum Stehen, wird nicht entschieden durchgegriffen, werden sie später überrollt und der Kampf würde sich schwungvoll entfalten. „Deshalb frühzeitigen Respekt schaffen," sagen die Bourgeois. Die politische Einheit der Bourgeoisie mit der Notenunterdrückung ist nicht groß. Untersuchungen werden betrieben, wie die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat scheinbar nicht so offen durchgesetzt werden muß.

In Hannover wurde in den letzten Tagen die Lehrmittelschau Didacta beendet. Wo die verschiedenen Hilfsmittel ausgestellt wurden, wie die Schüler unterdrückt werden können. „Prominenter Hamburger Erziehungswissenschaftler Professor Wolfgang Schulz (früher Pädagogisches Zentrum Berlin und PH), der auf der Didacta in Hannover gegenwärtig bildungspolitische Diskussion leitet", äußert sich wie folgt: „Ich meine, daß Zensuren einen zu hohen Anteil an Demütigung und Maßregelung und einen zu geringen Anteil an Informationen und Hilfen enthalten". (Neue Hannoversche Presse, 11.3.77)

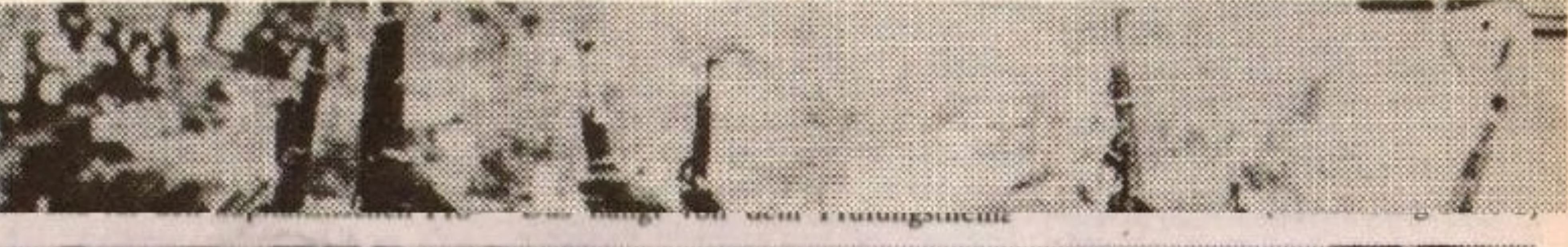
Auf jeden Fall muß aber Demütigung sein, sagt der Professor aus Hamburg. Über das Wie ist er nicht einer Meinung, mit der Schulbürokratie und wird andere Vorstellungen haben. Das Ziel ist klar, „die Informationen", also der Stoff den die Schüler schlucken sollen und für den kapitalistischen Produktionsprozeß wieder ausspucken sollen, müssen größer werden. Solche Professoren haben in der kapitalistischen Welt Zukunft mit diesen Absichten! Nicht ohne Grund hat man ihn auf der „Lehrmittelausstellung' eingesetzt.

Das Sieben und Auslesen, wird nicht nur an den Volks-, Haupt- und Realschulen sowie den Gymnasien betrieben, sondern wird in den Berufsschulen sowie direkt in der Lehre verschärft. Dazu dient z.B. die Stufenausbildung. Bei Siemens-Braunschweig ist der „Numerus-Clausus" eingeführt worden mit dem Ziel, von den 36 Lehrlingen 14 auszusieben. Zwar wurde im Gegensatz zum letzten Jahr der Notendurchschnitt um 0,25 runtergesetzt, nur was heißt das schon. Das hängt von dem Prüfungsthema und vom Schlüssel der Notengebung ab, die die Unterdrücker genau festlegen.

Ebenfalls in die zweite Stufe sollen nur sechs von den zehn Lehrlingen bei Kabelmetal in Osnabrück übernommen werden. In Westberlin wird mittlerweile jeder dritte Lehrling über die Stufenausbildung ausgebildet. 1975 wurden in Westberlin 50 % aller Elektrolehrlinge nach zwei Jahren nicht in die zweite Stufe übernommen. Dies macht deutlich, was die Absichten der bürgerlichen Klasse sind.

Die Kapitalisten müssen die Jugend an den Schulen und in den Betrieben unterdrücken. Durch ihre Unterdrükkungsmethoden wollen sie die Jugendlichen zurechthauen. Gehorsam,

(Fortsetzung Seite 2)





Volle Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika und für die afrikanischen Frontstaaten bekräftigten die Oberhäupter von 60 afrikanischen und arabischen Staaten am 9. März in Kairo. – In Soweto, dem Afrikaner-Ghetto bei Johannesburg, machten Tausende Arbeiter und Studenten am 6. März das Begräbnis von Samuel Malinga zu einer Demonstration des Kampfes für die Vernichtung des südafrikanischen Kolonialregimes und die Machtergreifung durch die Afrikaner. Malinga war Ende Januar bei Demonstrationen festgenommen und im Gefängnis von den Polizeischergen zu Tode gefoltert worden. Die Polizei griff den drei Kilometer langen Begräbniszug mit Tränengasgranaten und Hunden an, berichtet die algerische Zeitung „El Moudjahid" am 8. März.

Neuer Job: Brandt jetzt auch für die Weltbank unterwegs

Weltbankpräsident Mc Namara hat Brandt den Vorsitz für eine geplante Untersuchungskommission zum „Nord-Süd-Konflikt" angetragen

Brandt hat jetzt zugegriffen. Schmidt sagte in seiner Regierungserklärung zur Rolle der BRD im Kampf der Imperialisten gegen die Staaten der Dritten Welt noch im Dezember: „Wir hatten und haben nicht den Ehrgeiz, in den Fragen des Nord-Süd-Dialogs eine Sonderrolle zu spielen. Aber wir erkennen durchaus unsere Aufgabe, in diesem Dialog für mehr Stabilität der Weltwirtschaft einzutreten. Sie liegt im gemeinsamen Interesse aller Staaten der Welt. Sie müßte sich ihnen daher auch als gemeinsame Aufgabe stellen. Dies gilt insbesondere für die Industriestaaten Europas und Nordamerikas und für Japan, deren Bedeutung für die Weltwirtschaft wir hoch einschätzen."

Recht hat der Mann, wenn er sagt, daß die Imperialisten Stabilität brauchen. Stabilität der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung. Die Dinge haben sich jedoch für die Imperialisten seit Dezember weiter schlecht entwikkelt.

So sagt Brandt im „Spiegel" jetzt, daß er den Vorsitz der Kommission annehme, „um die öffentliche Meinung zu schaffen, die den Regierungen ein bißchen Feuer unter dem Hintern macht".

Das sind große Sprüche, die die westdeutschen Imperialisten machen, die das Maul vollnehmen und Großmachtallüren haben. Sie kriegen jetzt mit Brandt eine Plattform von den US-Imperialisten angeboten, weil viel Betrug nötig sein wird, um die Ziele, die die Imperialisten mit ihrem „Dialog" verfolgen, zu verbergen.

In Sachen Betrug ist Brandt Profi: Als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und als Vorsitzender der II. Sozialistischen Internationale sozusagen von Berufs wegen.

Betrug ist nötig. Die Waffe der Imperialisten gegen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt ist *Spaltung*. Diese Waffe droht ihnen durch den Kampf der Völker der Dritten Welt, der die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse genießt, stumpf zu werden: Was hatten die Imperialisten mit ihrem Nord-Süd-Dialog, insbesondere mit den Gesprächen, die im Mai in Paris stattfinden sollen, im Sinn und was ist aus diesen Plänen geworden?

Das Gerede über den Nord-Süd-Dialog haben die Imperialisten aufgebracht, als die arabischen Staaten zum ersten Mal einheitlich die Erdölpreise anhoben, und damit das Erdöl als Waffe gegen die Imperialisten einsetzten.

Somit war zum ersten Mal der Rohstoff der Staaten der Dritten Welt nicht mehr nur Plünderobjekt für die Imperialisten, sondern wurde zu einer Waffe in der Hand der Völker, die sie für den Aufbau einer selbständigen Wirtschaft und zum Erringen der politischen Unabhängigkeit einsetzten.

Dem Beispiel der arabischen Staaten sind andere Staaten gefolgt. Viele Staaten der Dritten Welt schlossen sich in verschiedenen Rohstoffkartellen zusammen und legten einheitlich ihre Preise gegenüber den Imperialisten fest.

Immer wenn sich die Völker zusammenschließen, reden die Imperialisten von einer notwendigen „Internationalisierung" des Konfliktes. So auch bei der Ölpreisanhebung.

Ihr Ziel war, die arabischen Staaten getrennt von den anderen Staaten der Dritten Welt an den Verhandlungstisch zu kriegen, um sich die Legitimation für ihre Einmischung zu besorgen und die arabischen Staaten am Verhandlungstisch auseinanderzudividieren.

Daraus wurde nichts. Die arabischen Staaten haben von Anfang an erklärt, daß sie Teil der Dritten Welt sind und als solcher auch nur gemeinsam mit den anderen Staaten der Dritten Welt mit den Imperialisten über Rohstoffragen verhandeln.

Nachdem die Imperialisten mit diesem Plan aufgeflogen waren, haben sie begonnen, sich als Schützer der Interessen der „ärmsten Entwicklungsländer" aufzuspielen. Etwa mit folgender Logik: „Die Entwicklungsländer, die wir bis aufs Hemd ausgeplündert haben, werden, wenn sich jetzt welche gegen die Ausplünderung wehren, nur vernichtet."

Ihre Behauptung war, daß die arabischen Staaten mit der Ölpreisanhebung nicht sie, sondern die anderen Staaten der Dritten Welt treffen. Ziel war selber aus der Schußlinie zu kommen. Zu spalten, um weiter alle zu unterdrücken.

Auch daraus ist nichts geworden. In der letzten Woche kamen die afrikanischen und arabischen Staaten zum Arabisch-Afrikanischen Gipfel zusammen und haben sich auf folgende Punkte geeinigt:

1. Die arabischen Staaten verstärken

(Fortsetzung Seite 2)

Wachsender Kampf der Arbeiterjugend und Schüler

(Fortsetzung von Seite 1)

Pflichtbewußtsein und Unterwerfung wollen sie erreichen. Die Kapitalisten haben verschiedenen kleinste und gehässigste Methoden zurechtgelegt, die Jugend zu spalten und die Konkurrenz zu betreiben. All diese Maßnahmen betreiben sie aus dem Grund: Die Jugend muß sich in dieser Gesellschaft zurechtfinden und muß sich einordnen. Sie soll ausgebildet und erzogen werden, um die Mühlsteine, die alles für die Kapitalisten zermalen, anzutreiben. Denn selber können es die Kapitalisten nicht.

Dies muß jetzt noch besser organisiert werden. Die Arbeitslosigkeit der Jugend muß rapide steigen, ist die Meinung der Imperialisten. In den großen Städten steigt die Arbeitslosigkeit der Jugend an. Allein in Westberlin beträgt die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen unter 20 Jahren 5,7 %. In Hamburg sind es sogar 8 %.

Die Zufuhr an jugendlichen, unausgebildeten Arbeitskräften nimmt zu. Die Stagnation des kapitalistischen Produktionsprozesses führt dazu, daß nicht mehr Arbeitskräfte eingesaugt werden können. Die Kapitalisten stellen sie entweder für einfache und schlechtbezahlte Arbeiten an oder lassen sie gleich auf dem Arbeitsmarkt liegen, wo sie als Lohndrücker wirken müssen.

Die niedrigen Tarifabschlüsse in der Metallindustrie sowie im Öffentlichen Dienst wirken in dieselbe Richtung bei den geringen Löhnen, die die Jugendlichen Arbeitskräfte in den unteren Lohngruppen bekommen oder die sie als Lehrlinge erhalten.

Die Altersstruktur bei den Lehrlingen steigt an. Durch die längere Schulzeit wird der Lehrling später entlassen. Die Möglichkeit, daß ein Lehrling sich selber ernährt, also nicht den Eltern auf der Tasche liegt, ist nach den durchschnittlichen Tarifen für die Lehrlinge unmöglich. Der Abschluß im Öffentlichen Dienst wirkt sich diesmal sogar so aus, daß die Krankenpflegeschüler weniger bekommen.

Das lassen sich die Jugendlichen nicht gefallen.

Der Kampf der Arbeiterjugend und der Schüler entwickelt sich an den einzelnen Fronten. Wollen sie rasche Fortschritte machen, muß der Zusammenschluß der Jugend im Betrieb und der Jugend an den Schulen hergestellt werden. Soll der Kampf Fortschritte machen, reicht dies nicht aus, denn der Zusammenschluß zwischen Jugend und Älteren muß beachtet werden. Wird der Kampf der Jugend nicht durch die ganze Arbeiterklasse und die Volksmassen unterstützt, wird der Kampf ebenfalls nicht fortschreiten. Werden all diese Bedingungen geschaffen, können rasche Fortschritte erzielt werden. Die Kapitalisten werden Niederlagen einstecken

Die Gemeinden - fest im Griff des Finanzkapitals

Stadt	Gesamtverschuldung 1976 in Mio. DM	Zinszahlungen 1976 in Mio. DM	Gebühren- und Tariferhöhungen 1977	Mehreinnahmen dadurch 1977
Westberlin	11 120	341	Strom: 10 bis 50 %; Gas: 18 %; Fahrpreise: 23 %; Müllabfuhr: 20 %	geplant: 119 Mio. DM
Hamburg	8 800*	770*	Fahrpreiserhöhung: geplant 17 % ab 1.8.77; Müllabfuhr jedes zweite Jahr um 40 %	Fahrpreiserhöhung: geplant 25,7 Mio. Müllgebühren: 21,7 Mio.
Bremen	963	193,5	Fahrpreise: 22,8 % Wasserpreise: 15-20 %	Fahrpreiserhöhung: 10 Mio.
Hannover	1 783	182,9**	Wasser und Abwasser: 20 % Fahrpreise: 20 - 126 % Straßenreinigung: 6,25 %	Fahrpreiserhöhung: 4,5 Mio. (geplant)
Braunschweig	343	26,3	Müllabfuhr	9,2 Mio.
Kiel	350	23,5		
Osnabrück	413,5 ***	37,0		2,7 Mio. DM Mehreinnahmen aus Gebühren, Entgelten, Strafen
Oldenburg	244	27,3	Wasser: ca. 15 %; Gas: 12 %	
Göttingen	ca. 170*	12,4	Straßenreinigung: 12 %. Alterspflegeheime: 15 - 20 %	5,6 Mio. DM
Wolfsburg	168,2	12,2	Straßenreinigung, Müllabfuhr, Entwässerung, Bestattungen Krankentransport Fahrpreiserhöhung Ende 1977 in Aussicht (20 %)	1,5 Mio. DM

* 1977 ** Zinsen und Tilgung *** Prognose
Quelle: Haushaltspläne, Lokalpresse

Neuer Job: Brandt jetzt auch für die Weltbank unterwegs

(Fortsetzung von Seite 1)

ihre materielle Unterstützung für die Staaten der Dritten Welt, die von den Imperialisten am meisten ausgeplündert worden sind.

2. Die Staaten der Dritten Welt schließen sich zusammen, um das Handelsmonopol der Imperialisten zu durchbrechen. „Es ist absurd, daß afrikanische Staaten in New York arabisches Öl und arabische Nationen auf dem britischen Markt afrikanische Rohstoffe kaufen," sagte Kaunda, der Präsident von Sambia (Spiegel 12/77).

3. Die arabischen und afrikanischen Staaten unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes gegen den Zionismus und den Kampf der Befreiungsbewegungen in Namibia, Zimbabwe und Azania. Die PLO war zudem zur Konferenz als Vertreterin des palästinensischen Volkes geladen. (Siehe auch Seite 14)

Schlechte Zeiten für die Imperialisten, die seit Monaten fieberhaft die Spaltung zwischen den afrikanischen Staaten untereinander, den arabischen Staaten untereinander und jeweils die Spaltung zwischen den Staaten und den Befreiungsbewegungen weissagen.

Die Konferenz, zu der die westlichen Imperialisten im Mai die Staaten der Dritten Welt eingeladen haben, um zu spalten und Druck auszuüben, ist von seiten der kämpfenden Völker gut vorbereitet. Sie kann genutzt werden, die Forderungen der Staaten der Dritten Welt nach einem Rohstoffonds und Tilgung der Schulden der Entwicklungsländer zu bekräftigen.

Bei den Imperialisten sieht es weniger gut aus: Der Krach, den sie untereinander haben, läßt darauf schließen, daß das schwammige Gerede von Brandt, das die Spaltung zwischen den Staaten der Dritten Welt auch noch erzielen kann, höchstens hinreicht, um die Widersprüche zwischen den Imperialisten selber kurzfristig zuzukleistern.

Massenentlassungen im Konkurrenzkampf der Stahlkapitalisten

Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben ein umfassendes Programm von Massenentlassungen und Produktionsverlagerungen angekündigt, mit dem sie aus der jetzt schon zwei Jahre dauernden Stahlkrise als führende europäische Stahlmacht herauswollen.

Der Versuch der Stahlkapitalisten, ihre Profite trotz Krise über Preisabsprache zu halten, ist inzwischen zusammengebrochen. Hielten die EG-Kapitalisten anfangs noch die Preise und versuchten über Verhandlungen und Drohungen die japanischen und südafrikanischen Stahlexporteure abzuwehren, ist der Handelskrieg inzwischen voll innerhalb der EG entbrannt. Klöckner-Chef Jörg A. Henle stellte zerknirscht fest, daß kaum ein Tag vergehe, an dem nicht ein Konkurrent in irgendeinem Punkt mit den Preisen heruntergehe. Die „vielgescholtenen Japaner, Koreaner und Spanier" hielten sich eher zurück, dafür würden die Europäer untereinander einen „Vielfrontenkrieg" führen. Der EG-Krisenplan für die Stahlkrise, zu Anfang dieses Jahres für drei Monate festgelegt, ist von der EG-Kommission inzwischen bis Ende Juni verlängert worden. Er sieht Produktionsquoten für etwa 70 Stahlhersteller vor, von denen mehrere aber schon leise angedeutet haben, daß die geheimgehaltenen Produktionsquoten für sie keine große Rolle spielen. Die EG-Staats- und Regierungschefs wollen sich am 25. und 26.3. in Rom mit der Stahlkrise befassen. „Die Aussichten für die nächsten Monate seien nicht sehr ermutigend", stellte ein Kommissionsmitglied fest. Es ist klar, der Zusammenschluß der europäischen Stahlmonopole in der EG kann die Gesetze der Konkurrenz der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben. Auf dieser Konferenz werden die Grenzen für den Handelskrieg abgesteckt, und da wird der Imperialist vorne liegen, der im eigenen Land die Löhne der Stahlarbeiter am niedrigsten gedrückt und die Arbeitshetze am meisten gesteigert hat.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben sich durch den 6 %-Lohnabschluß die besten Ausgangsbedingungen für den Konkurrenzkampf geschaffen. Was haben die Sozialdemokraten den Stahlarbeitern nicht alles versprochen, wenn sie sich nur in ihrem Lohnkampf an den „Interessen der Gesamtwirtschaft" ausrichteten anstatt an den eigenen Interessen. Die Arbeitsplätze sollten sicherer werden usw. Durch die Massenentlassungen und weitere Rationalisierungsmaßnahmen ist jetzt praktisch bewiesen, daß Verzicht im Lohnkampf die Kapitalisten nur zu weiteren Angriffen auf das Lebensniveau der Arbeiter anstachelt.

Im Saarland sollen bei Röchling-Burbach bis Jahresende 1 300 Stahlarbeiter entlassen werden, im Neunkirchener Eisenwerk 900 von 7 000. Schon jetzt sind 10 von 100 Arbeitern im Bereich Neunkirchen-Stadt arbeitslos. Bei Mannesmann sollen im Laufe dieses Jahres 1 800 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Kurzarbeiten lassen fast alle Stahlkapitalisten. Durch die Produktionsverlagerungen und die Revolutionierung der Produktion durch Großhochöfen, Stranggußanlagen, Sauerstoffkonverter und kontinuierliche Walzstraßen wollen die Stahlkapitalisten sich Konkurrenzvorteile durch erhöhte Auspressung von Mehrarbeit verschaffen. Bei Peine Salzgitter soll der Gießbetrieb von Peine nach Salzgitter verlegt werden, wodurch ein Teil der Hochöfen und Konverter in Peine stillgelegt werden wird. Klöckner scheint einen Teil der Produktion von Osnabrück nach Hagen verlagern zu wollen. Hoesch plant den Neubau eines ganzen Werkes an der „Kanalschiene", dem Dortmund-Ems-Kanal, was ebenfalls zu Stillegungen in den jetzigen Werken in Dortmund führen wird. Die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion führt so zur Verödung ganzer Regionen wie dem Saarland und zum Stillstand ganzer Werke in der Kurzarbeit, während gleichzeitig die Nacht- und Schichtarbeit ausgedehnt wird. Die durch die Massenentlassungen geschaffene Reservearmee von Stahlarbeitern wollen die Stahlkapitalisten nutzen, den Normalarbeitstag vollends aufzuweichen und auszudehnen.

Gegen die Massenentlassungen sind die Stahlarbeiter an der Saar und bei Mannesmann in Düsseldorf sofort auf die Straße gezogen, Zehntausende haben demonstriert. Diese Demonstrationen zeigen die Kraft und die Entschlossenheit der Stahlarbeiter, das imperialistische Expansionsprogramm der Stahlkapitalisten zu bekämpfen. Am 26.3. wird eine weitere Demonstration der Mannesmann-Stahlarbeiter in Düsseldorf stattfinden. Die Sozialdemokraten unternehmen alles, um diese Bewegung der Stahlarbeiter zu spalten und zu desorientieren. Haben sie im Lohnkampf zur Mäßigung gerufen, so behandeln sie jetzt jede der Massenentlassungen als Sonderproblem und verschweigen den umfassenden Charakter der Entlassungen. Im Saarland sei die Monokultur schuld, und bei Mannesmann handele es sich wahrscheinlich um Rechenfehler in der Kalkulation. Was die Lösungen, die die Sozialdemokraten den Arbeitern einzuschwätzen versuchen, bringen, zeigt der bundeseigene Konzern Peine & Salzgitter. Die Gesamtbelegschaft soll von 19 450 auf 16 000 reduziert werden, 1 000 sollen in diesem Jahr entlassen werden, weitere 2 500 bis 1980. Nein, die Mitbestimmung und die staatliche Investitionslenkung soll die Stahlarbeiter nur an die Interessen der Stahlkapitalisten fesseln und den Sozialdemokraten Aufsichtsratsposten verschaffen.

Die Stahlkapitalisten haben ein umfassendes Programm der Verschärfung der Ausbeutung. Die Bewegung der Stahlarbeiter muß sich ebenfalls auf einem umfassenden Aktionsprogramm gegen die Kapitalisten zusammenschließen, das einzig die Interessen der Stahlarbeiter und der ganzen Arbeiterbewegung zur Richtschnur hat: Keine Entlassungen, bei Kurzarbeit müssen die Kapitalisten vollen Lohnausgleich zahlen und bei Arbeitslosigkeit mindestens 80 Prozent des Lohnes, im Zentrum muß die Forderung nach dem Normalarbeitstag von 7 Stunden bei Verbot der Nacht- und Schichtarbeit stehen. – (ds)

„Groschengräber" Staatliche Ausplünderung mit Gründlichkeit

Die Schraube der staatlichen Warenpreise wird wieder enger angezogen. Erhöhungen der Sozialmieten stehen auch bevor. Die Bus- und Straßenbahntarife sind in verschiedenen Städten erhöht worden. In den meisten stehen sie noch an. Angehoben werden sollen sie überall.

Der bürgerliche Staat ist der Staat der Kapitalistenklasse. Er besitzt das Monopol über Warenpreise, wie den Bus- oder Straßenbahntarif, die Sozialmieten oder den Wasser- und Gaspreis. Wird der staatliche Warenpreis angehoben, zieht das die anderen nach. Die staatlichen Warenpreise sind der Anfang einer Kette. Die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat ist umfassend und wird gründlich betrieben. Sie fängt an bei den Kindertagesstätten und hört auf bei den Grabsteingebühren. Oft geht es dabei um Pfennigbeträge. Obwohl es oft nur um Pfennigbeträge geht, gibt es erbitterten Widerstand gegen diese Erhöhung der Preise. Die Pfennigbeträge können nicht mehr einfach weggesteckt werden. Die Rücklagen in den Arbeiterhaushalten fehlen dafür. Und jeder weiß, kommt der Stadtrat damit durch, wird die nächste Erhöhung nicht lange auf sich warten lassen. Deswegen haben die Kämpfe viel Sympathien unter der Bevölkerung.

In Westberlin sollen im Laufe dieses Jahres die staatlichen Warenpreise für Gas und Wasser, die Müllabfuhr, die U-Bahn und die Busse wie auch für das Krematorium und den Friedhof angehoben werden. Von 1976 bis 1980 will der Senat „Einnahmeverbesserungen" von 120 bis 220 Millionen DM erzielen. In Westberlin kann man die Auswirkungen auf die Volksmassen auf eine andere Weise erkennen. Die GASAG, die städtischen Gaswerke, strengen immer mehr Klagen gegen Familien an, weil diese die Rechnungen nicht mehr bezahlen können.
Familien an, weil diese die Rechnungen nicht mehr bezahlen können.
Zahlungsbefehle werden zunehmend mehr herausgeschickt und Pfändungen vollstreckt im Auftrag der GASAG. Zielstrebig treibt die GASAG ihre Pläne voran, die Haushalte mit den „Groschngräbern" zu bestücken. Groschengräber, das sind Münzgeräte, in die erst Geld eingeworfen werden muß, bevor man das nötige Gas zum Kochen oder Heizen erhält. Die Preise für das Gas liegen für den Arbeiterhaushalt bei 68 Pfennig pro Kubikmeter. 22 Pfennig zahlen die kleineren Kapitalisten. Die Zahlen für den Elektrokonzern Osram z.B. sind geheim.

Die Bourgeoisie wird über die Ausplünderung der Volksmassen subventioniert. Dazu hat sich der Staat die entsprechenden Mechanismen geschaffen. Der Haushalt ist im Wohnblock an die Gasleitung angeschlossen. Geheizt werden muß, will man nicht erfrieren. Ausweichen auf Strom nützt nichts. Also muß auch gezahlt werden. Man kann nur gegen die Erhöhung kämpfen und sie verhindern. Der Zahlung ausweichen kann man als Einzelner nicht. Dagegen werden „Groschengräber" eingeführt. Selbst wenn z.B. ein Rentner erfriert, weil er die Heizkosten nicht aufbringen konnte, hat der Staat vorgesorgt. Die Anrechte auf einen Grabstein sind gleich um 30 % gestiegen.

Umfassend ist die staatliche Ausplünderung. Umfassend ist der Widerstand der Volksmassen dagegen. Umfassend muß der Kampf organisiert werden.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 11/77: 32 000

Das Kernenergieprogramm der Sozialimperialisten

Die Sowjetunion, die wie kein zweites Land über Naturressourcen zur Energieerzeugung verfügt, hat in den letzten Jahren mit außerordentlichem Entwicklungstempo sich auf die Entwicklung der Kernenergie geworfen und liegt heute (nach den USA und Japan) in der Erzeugung von Nuklearstrom an dritter Stelle in der Welt. Bis 1977 soll die jetzige Kapazität von 5 500 Megawatt bereits auf sieben- bis achttausend Megawatt, bis 1980 auf fünfzehn- bis zwanzigtausend Megawatt gesteigert werden. 1990 sollen 50 000 Megawatt aus Kernenergie kommen, ein Fünftel der gesamten Stromerzeugung. Die neuen Kraftwerke sollen durchweg in den dichtbesiedelten Industriezentren der westlichen Sowjetunion liegen und aus gebündelten Riesenreaktoren mit 4 000 bis 8 000 Megawatt Gesamtleistung bestehen.

Die Sozialimperialisten stehen ihren westlichen Konkurrenten in der Gier nach Höchstprofit und daher in Abenteurertum und Rücksichtslosigkeit in nichts nach, sondern übertreffen sie eher noch.

Der XXV. Parteitag der KPdSU hat als die „Hauptaufgabe" bei der Entwicklung der Volkswirtschaft formuliert: „Durch Steigerung der Arbeitsproduktivität 85 bis 90 Prozent des Nationaleinkommens ... sicherzustellen", d.h. nahezu die gesamte Steigerung der Produktion durch eine Steigerung der intensiven Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft hereinzuholen. „Das kommt der Ersparnis der Arbeit von 26 Millionen Beschäftigten gleich." (Kossygin) Eine entscheidende Voraussetzung für ein solches umfassendes Rationalisierungsprogramm ist die rasche Steigerung der Stromerzeugung, und – um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken – die Verbilligung der Elektrizität. Die Sozialimperialisten spekulieren darauf, den Strom aus Nuklearenergie um 15 Prozent billiger produzieren zu können. Gegenwärtig ist das allerdings keineswegs der Fall. Nur in den größten Reaktoren sind die Kosten der Stromerzeugung „vergleichbar mit konventionellen Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen arbeiten". (Sowjetunion heute, Nr. 1/1977) Und diese „Vergleichbarkeit" der Kosten beruht bis heute auf der abenteuerlichen Anwendung von Kernenergie, ohne daß ihre Technologie tatsächlich beherrscht würde und ohne daß das Entsorgungsproblem gelöst wäre. Die Sozialimperialisten sind hier keinen Schritt weiter als ihre westlichen Rivalen, nur noch rücksichtsloser und noch dreister in ihren Lügen. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Nutzung der Atomenergie, also der Leiter des ganzen Programms, ein gewisser A. Petrossjanz, wird in dem Artikel mit Stellungnahmen wie dieser zitiert:

„Das Risiko, bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk den Tod zu finden, ist geringer als die Wahrscheinlichkeit, durch einen Blitz getroffen zu werden, und wohl nur mit der Gefahr vergleichbar, von einem großen Meteoriten erschlagen zu werden."

Und über das Problem der Entsorgung von hochradioaktiven Abfallstoffen erklärt er:

„Zum Glück gibt es Wege zur Verringerung ihres Volumens, so daß sie in leergeförderten Abbauen von Salzbergwerken sicher gelagert werden können. Übrigens ist schon das Vorhandensein von Salz eine Garantie, daß in diese Abbaue noch nie Grundwasser eingedrungen ist noch je eindringen wird."

Solche hundertfach wiederholten Behauptungen würde in solcher Dreistigkeit wohl kein bürgerlicher Politiker in der BRD angesichts der Massenbewegung gegen die Kernkraftwerke sich mehr trauen aufzustellen.

In der Praxis machen es sich die Sozialimperialisten oft noch leichter: Im größten derzeitigen Kernkraftwerk bei Nowoworonesh wird der radioaktive Müll einfach „in Beton eingegossen und in einer Deponie auf dem Werksgelände eingelagert". Das berichtete ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Reuter nach einem Besuch des Kraftwerks. Er berichtete auch, daß es eine Flut von Protestbriefen gegen das Kraftwerk gegeben habe, die jedoch unterdrückt wurden. Unberücksichtigt blieben auch die Warnungen des bekannten Kernphysikers Kapiza, der einen 1000-Megawatt-Reaktor mit einer Atombombe in Hiroshima-Stärke verglich, falls es zu einem Unglück käme. (Blick durch die Wirtschaft, 19. Februar)

Viel sicherer als die Hoffnungen auf billigen Strom sind die Profiterwartungen, die die Produktion von Kernkraftwerken auf dem Felde der imperialistischen Expansion eröffnet. Die Sowjetunion ist mit den USA, Kanada, Japan, der BRD, Frankreich und England im Kartell der Produzenten von Kernkraftwerken, dem „Suppliers Club" (Lieferantenclub) zusammengeschlossen, dessen Existenz trotz Geheimhaltung letztes Jahr bekannt wurde. Mit den anderen „Atommächten", in erster Linie aber mit der anderen Supermacht USA teilt und verteidigt die Sowjetunion das Monopol der Verfügung über Wiederaufbereitungsanlagen für Uranbrennstoff, auf die die Kernkraftwerke angewiesen sind. Verträge mit der Sowjetunion über die Wiederaufbereitung haben nicht nur ihre unmittelbaren Klienten, sondern auch die kapitalistischen Länder Westeuropas, Großbritannien und Frankreich (obwohl sie selbst über Atombomben verfügen) ebenso wie die BRD, Belgien und Schweden. Die UdSSR liefert gegenwärtig Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 10 000 Megawatt an die DDR, Bulgarien, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Kuba sowie an Rumänien. Sie unternimmt bedeutende Anstrengungen, um auch vermehrt in die Länder der Dritten Welt zu liefern.

Der Vorteil besteht nicht allein im Monopolprofit aus dem Verkauf solcher Anlagen. Er besteht in der Masse von Folgeaufträgen, die sich notwendigerweise aus der Installation solcher Anlagen ergeben; in den erweiterten Möglichkeiten, unter dem Deckmantel „technischer Hilfe" tatsächlich Kapitalexport zu betreiben; und insgesamt in dem Netz von Abhängigkeiten bzw. Kontrollmöglichkeiten, die sich im Ringen mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft ergeben. Schließlich muß man das forcierte Programm der nuklearen Stromerzeugung im Zusammenhang der Ziele des sowjetischen Außenhandels insgesamt und der sowjetischen Kriegsvorbereitungen sehen. Die Sowjetunion hat 1975 128 Millionen Tonnen Erdöl und Erdölprodukte, 19,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas und 25,3 Millionen Tonnen Steinkohle exportiert. Wertmäßig war die Steigerung gegenüber den vorangegangenen Jahren noch bedeutender wegen der gestiegenen, d.h. speziell von den Sozialimperialisten gegenüber den übrigen RGW-Staaten drastisch erhöhten Preise. Laut Fünfjahresplan sollen bis 1980 89 bis 109 Millionen Tonnen Steinkohle, 129 bis 149 Millionen Tonnen Erdöl und 111 bis 146 Milliarden Kubikmeter Erdgas mehr gewonnen werden als 1975.

Aber nur ein Teil davon soll in die Steigerung der eigenen Energieerzeugung fließen; ein anderer, bedeutender Teil soll eben durch Kernenergie ersetzt werden und kann stattdessen exportiert und weiterverarbeitet werden. Vor allem die Erschließung der Quellen in Sibirien soll stärker vorangetrieben werden. „Die Fortschritte in der Wirtschaft Sibiriens und des Fernen Ostens eröffnen neue Möglichkeiten für den sowjetischen Export", schreibt die sowjetische Zeitschrift „Außenhandel". Aus der „Schatzkammer Sibirien" wollen die Sozialimperialisten einen Kriegsschatz herausschlagen, mit dem sie ihre wilde Aufrüstung finanzieren wollen. Die von den sowjetischen Revisionisten so laut gepriesene „friedliche Nutzung der Kernenergie" ist in ihren Händen ein nicht weniger abenteuerliches Programm zur Erzielung von Höchstprofit und zur imperialistischen Expansion als bei ihren Rivalen. – (gk)



Uwe Kräuter hält sich seit zwei Jahren als Übersetzer in China auf und ist Korrespondent für die Kommunistische Volkszeitung. Er hatte Gelegenheit, Datjing zu besuchen. Datjing, ein Erdölfeld im Norden Chinas, ist ein großes Vorbild für die Entwicklung der Industrie im sozialistischen China. Sein Aufbau beweist, zu welch großartigen Leistungen die Arbeiterklasse in der Lage ist, wenn sie die Ausbeuterherrschaft beseitigt hat, den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen anwendet und die kommunistische Gesellschaft schafft.
Kurz vor der Befreiung Chinas betrug die Rohölproduktion knapp 120 000 Tonnen im Jahr. China war von Erdöl aus dem Ausland abhängig, und die Imperialisten und Sozialimperialisten nutzten dies 1960, um eine Blockade zu verhängen. Erdölarbeiter zogen in die weite Steppe von Datjing, um dort neue Ölfelder zu erschließen. In knapp drei Jahren schufen sie eine moderne Basis für die Erdölindustrie. Seit 1963 kann sich China im großen und ganzen selbst mit Erdöl versorgen. Von da an steigerte sich die Erdölproduktion Jahr für Jahr.
1964 rief der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tsetung auf: „Lernt in der Industrie von Datjing!" Dies beflügelte den Aufbau der Industrie im ganzen Land und brachte neue Erfolge für den Aufbau des Sozialismus in China.

Spekulation in Stagnation und den eigenen Untergang

Der Goldpreis an den Goldbörsen steigt, weil sich die Bourgeois um das Gold reißen

Seit letzten Dezember hat der Goldpreis, zu dem das Gold an den Spekulationsmärkten der Bourgeoisie gehandelt wird, eine Höhe erreicht wie über ein Jahr nicht mehr. Nunmehr ist er weiter auf etwa 145 Dollar je Unze (31,1 Gramm) gestiegen. Noch im Sommer letzten Jahres hatte der Preis einen Tiefstand von 103 Dollar erreicht und die Anlageberater der Bourgeoisie verkündeten: „Goldpreis bald unter 100 Dollar." Die Analysen der bürgerlichen Klasse sind wie die Fahne im Wind, an der sich die Windrichtung feststellen läßt. Jetzt reden die Terminhändler an der Börse von einem Preis um die 145 Dollar die nächsten 6 Monate.

Der Goldpreis ist ein wichtiger Maßstab für die Entwicklung der imperialistischen Wirtschaft, täglich wird seine Höhe amtlich festgestellt und das „Handelsblatt" veröffentlicht ihn für seine Leser auf der ersten Seite.

Die Propaganda der bürgerlichen „Sachverständigen" vor einem halben Jahr, das Gold verliere seine Funktion als Weltgeld vollständig, war reine Zweckpropaganda. In Wirklichkeit ging es ihnen damals darum, das beim Internationalen Währungsfonds gesammelte Gold für die Weltmarktschlachten locker zu machen. Erstens wollten sie so auch das von der Dritten Welt dort zwangsweise eingezahlte Gold an sich bringen. Die Zeitungen waren voll von Sorge, daß die Ölstaaten, die ein Beispiel für den Kampf der Dritten Welt gesetzt hatten, versuchen würden, sich Gold zu kaufen. Zweitens waren sie sich einig darin, daß jeder für sich das Gold braucht, damit er es gegen den anderen als Waffe einsetzen kann.

4 660 Tonnen Gold sind beim Internationalen Währungsfonds (IWF) gesammelt. Davon wollen die Imperialisten jetzt ein Drittel unter sich verteilen.

Seit Mai letzten Jahres wurden alle zwei Monate Versteigerungen durchgeführt und dabei bisher runde 120 Tonnen verkauft. Durch gezielte Propaganda und vor allem durch gezielte Verkäufe vor den Versteigerungen sowie durch Drohungen der US-Regierung konnten die Imperialisten den Preis auf fast 100 Dollar drücken und so das Gold billig an sich bringen.

Schon damit haben sie große Spekulationsgewinne gemacht, eine noch größere Lumperei jedoch sind die Goldrückgaben an die Zentralbanken. Die Zuteilung erfolgt entsprechend den Anteilen am IWF. Mitte Januar holten sich bei der ersten Runde die USA 43,5 Tonnen, Großbritannien 18,6 Tonnen, die BRD 10,6 Tonnen, Frankreich 9,9 Tonnen und Japan 7,8 Tonnen. Für diese Rückgaben haben sich die Imperialisten, die im IWF die Stimmenmehrheit haben, einen Sonderpreis gemacht. So hat die Bundesbank für die 10,6 Tonnen 32,7 Millionen DM bezahlt, obwohl der Marktpreis etwa 117 Millionen DM beträgt. Faktisch kommen die westdeutschen Imperialisten damit in Besitz von Auslandsforderungen in Höhe von 117 Millionen DM und zahlen dafür bloß 32,7 Millionen DM.

Der Währungsfonds verkauft nur an ausgesuchte Länder mit „starker Währung" überhaupt Gold. Die anderen Länder können nur indirekt kaufen, zum Beispiel über die BRD. Mit der müssen sie dann „die Zahlungsbedingungen aushandeln. Bei diesem Mittlergeschäft hätten die USA und die BRD eine „dominierende Rolle" gespielt, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung".

Versteigerungen und Goldrückgaben sollen bis Anfang 1980 weitergehen, letztere allein werden den Imperialisten mit jetzigen Preisen gerechnet über 6 Milliarden DM Profit einbringen.

Die Imperialisten konnten das Drücken des Goldpreises nicht länger durchhalten, weil der ganze Bourgeoishaufen sich wie wild um das Gold rauft. Dies ist der Grund für den steigenden Goldpreis.

Das Vertrauen der Imperialisten in ihre Papiergelder ist nicht groß. Diese Wertzeichen sind bloß damit gedeckt, daß die Akkumulation des Kapitals durch die Ausbeutung der Arbeiter sich relativ gleichmäßig weiterentwikkelt. Und das ist eine in jeder Hinsicht schwankende Deckung, also suchen die Bourgeois nach Handfestem. Als in Vietnam im Frühjahr vor zwei Jahren das Schicksal der US-Imperialisten und ihrer Marionetten besiegelt war, haben diese Blutsauger tonnenweise Gold, das sie außer Landes gebracht hatten, an den Weltbörsen verkauft. Sie hatten ihre Profite nicht als Geld gehalten und auch nicht wieder investiert, sondern als Gold gehortet.

Die Garantie der kapitalistischen Währungen besteht darin, daß der staatliche Gewaltapparat sie garantiert. Im Verkehr untereinander zwischen verschiedenen Staaten ist diese Garantie nutzlos und statt der Papierwährungen muß daher das Gold fungieren. Es ist eine Waffe im Konkurrenzkampf der Imperialisten. Die Imperialisten besorgen es sich, um zu rüsten.

Trotzdem ist damit die große Preisschwankung noch nicht ganz geklärt. Die Produktionskosten des Goldes sollen bei 72 Dollar liegen. Der Preis des Goldes liegt demnach weit über seinem Wert. Die Preissprünge sind Ergebnis von Spekulationen.

Die Spekulation ist ein notwendiges Element der kapitalistischen Wirtschaft. Sie hält das freie Kapital in Bewegung und hilft, es dorthin zu befördern, wo es die höchsten Profite bringt.

Wenn die Imperialisten jetzt Gold kaufen wie die Wilden, dann deshalb, weil sie auf einen Extraprofit spekulieren. Dieser Extraprofit kann nur darin bestehen, daß der Goldpreis noch mehr steigt. Er steigt noch mehr, wenn sich die Widersprüche noch mehr zuspitzen. Wenn sich die Krise verschärft und die Inflation zunimmt, wenn aus dem Handelskrieg eine militärische Auseinandersetzung zu werden droht, wenn die Furcht der Bourgeois vor Enteignung zunimmt. Gold ist das verkommenste Anlageobjekt. Der Bourgeois überlegt, wie er sein Kapital besser anlegt, in Gold oder z.B. in Aktien. Wenn er in Gold spekuliert, dann bloß, weil er denkt, für seinesgleichen sei es nun am besten, auf den Geldsack draufzuhocken. Diese Tendenz, in die eigene Verfaultheit und den eigenen Untergang zu spekulieren, nimmt unter den Bourgeois zu. So betrachtet wird der Goldpreis in Zukunft nur noch steigen. – (fb)



Japan will zweite „grüne Revolution" in Asien

„Das japanische Finanzministerium hat 5 Millionen Yen für die Verwirklichung eines eigenen Plans für eine zweite ‚grüne Revolution' in Asien bereitgestellt." (Blick durch die Wirtschaft) Die Einleitung dieses Plans ist Bestandteil der Strategie der japanischen Imperialisten, die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erneut im asiatischen und pazifischen Raum ihre wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft zu errichten. (Vergleiche KVZ Nr. 4 und 5/1977) Dabei gibt sich Japan als „geläuterte, friedliche Handelsmacht", denn sie stößt überall auf den Widerstand der Völker, die Erfahrungen mit diesem Räuber haben. Die zweite „grüne Revolution" der japanischen Imperialisten soll genau wie das zweite Programm der USA-Imperialisten in den sechziger Jahren über die Lieferung von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und Agrarchemikalien sowie Bewässerungsprogrammen bewirken, die Länder Asiens in Abhängigkeit zu halten und riesige Profite zu machen durch die Monopolstellung an diesen Gütern. Die japanischen Imperialisten wollen, damit das wirklich klappt, große Mengen von Beratern in Marsch setzen. „Mehr praktische landwirtschaftliche Beratung über Informationszentren, Reisanbauinstitute und Versuchsbetriebe soll gewährt werden." Vorauskommandos der japanischen Imperialisten, um die Völker Asiens erneut zu versklaven. Es wird genausowenig gelingen wie bei früheren Versuchen. Bild: Japanische Aggressionstruppen müßten ihre Waffen strecken vor der siegreichen chinesischen Volksbefreiungsarmee (China 1945).

Sozialdemokratische Lohnpolitik: Planvolle Verwirrung und Betrug

Die Lohnbewegung in den öffentlichen Diensten und mit ihr die selbständige Bewegung gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung in den öffentlichen Diensten ist mit dem 5,3 %-Abschluß geschlagen. Die 150 DM Urlaubsgeld sind von lächerlicher Niedrigkeit, außerdem sind diese 150 DM an die Zusage der ÖTV gekoppelt, zwei Jahre lang nichts in dieser Sache zu fordern. So gesehen haben die 150 DM eher den Charakter eines Schutzwalles gegen eine erstarkende Kampfkraft der Masse der Beschäftigten. Den einzigen Vorteil dieses Abschlusses bildet die Ausdehnung der Urlaubszeit. Der allerdings wird mehr als wettgemacht durch die Tatsache, daß die ÖTV sich dazu hergegeben hat, als erste Gewerkschaft einer nominalen Lohnsenkung zuzustimmen. Die Krankenpflegeschüler, die nach dem 31.3.1977 eingestellt werden, werden eine Lohnsenkung von mehr als 10 % erhalten.

Nach unserer Ansicht ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in dieser Lohnbewegung aufs Ganze gegangen. Kluncker hat erprobt, wie weit man gehen kann, bevor im öffentlichen Dienst Streiks ausbrechen. Das Ergebnis liegt vor. Die Sozialdemokratie wird dies Ergebnis als Beweis nehmen:

Wenn nur die Gewerkschaftsfraktion der SPD alles tut, was man ihr von seiten der Regierung aufträgt, dann finden die Millionenmassen in öffentlichen Diensten nicht die Kraft, sich erfolgreich zu wehren.

Diese „Erkenntnis“ wird die Raubgier der Bourgeoisie schärfen. Die Lage in den öffentlichen Diensten ist jetzt so: Entweder man arbeitet systematisch und beharrlich daran, die Einheit der Belegschaften so weit zu festigen, daß sie ihren Interessen durch selbständigen Streik Nachdruck verleihen können, oder die Bourgeoisie wird sich alles leisten, und was jetzt bei den Krankenpflegeschülern eingetreten ist, wird üblich werden. Kampf gegen nominelle Lohnsenkung, vor allem gegen selektive nominelle Lohnsenkung, also Kampf unter der Bedingung aufs äußerste verschärften Spaltungsdrucks.

Die Gegenwehr gegen diesen Abschluß war seitens der Masse der Beschäftigten heftig. Sie war nicht erfolgreich. Sie konnte nicht erfolgreich sein, weil einzig *Streiks* hätten noch helfen können. Dafür war die Bewegung aber zu schwach. Dieser Lohnraubabschluß ist somit der neue Tarif.

Dieser neue Tarif konnte nicht verhindert werden. Das ist eine Tatsache, an der sich die Sozialdemokraten nicht genug tun können. Diese Reformisten verspotten jetzt alle, die versucht haben, diesen Tarif zu verhindern. In diesem Spott steckt aber auch eine Portion Furcht. Denn, wenn auch der neue Tarif nicht verhindert werden konnte, *er kann genausowenig geschluckt werden.* Denn das Geld wird nicht ausreichen.

Tarifabschlüsse stellen keinerlei Gerechtigkeit dar. Tarifabschlüsse sind das Ergebnis von Kampf und Kräftemessen. Tarifabschlüsse stellen das Kräfteverhältnis zwischen den Käufern von Arbeitskraft, in unserem Falle dem öffentlichen Dienstherren, und den zusammengeschlossenen Verkäufern von Arbeitskraft, in unserem Falle der Masse der Beschäftigten, *zum Augenblick des Abschlusses dar.*

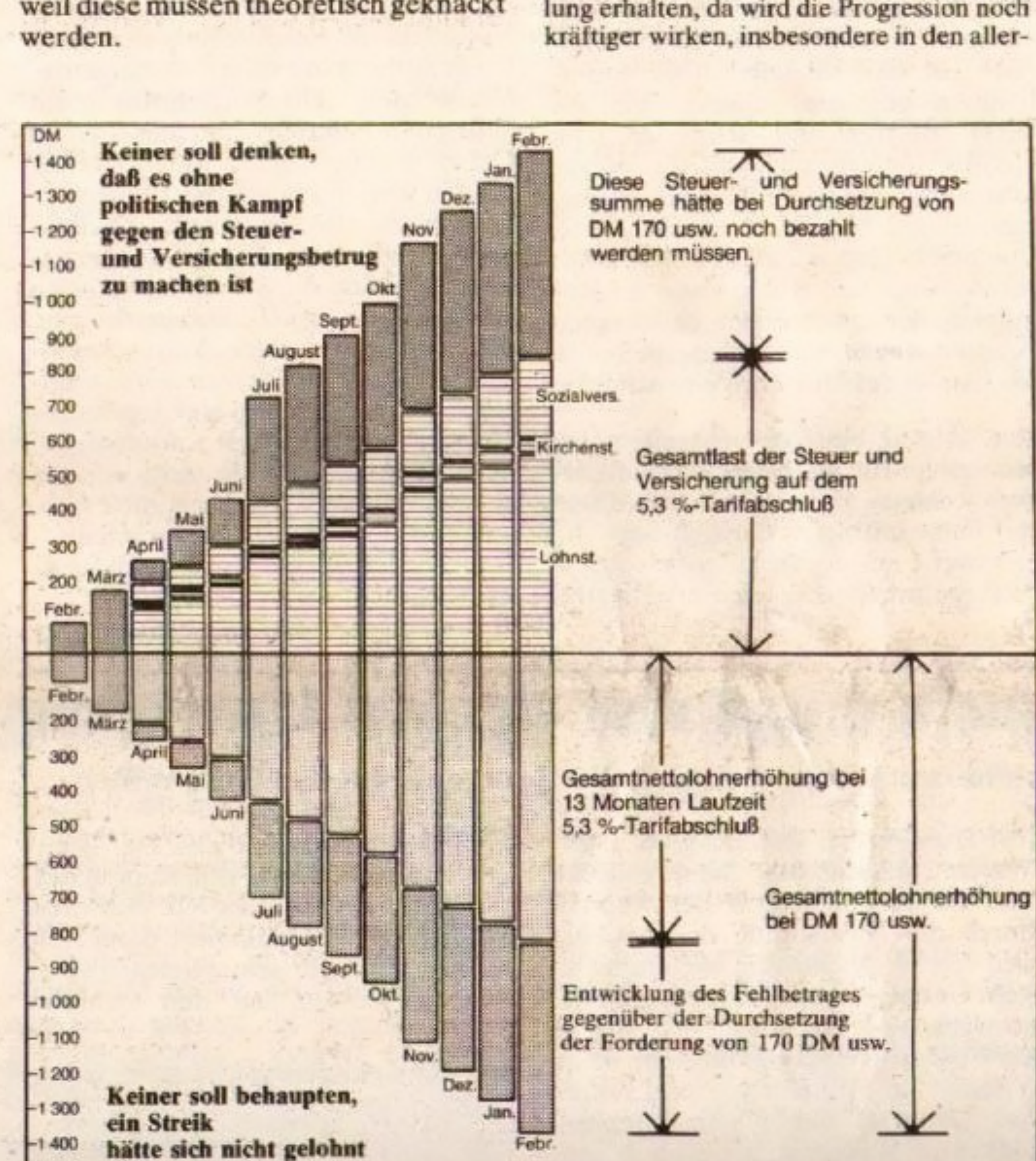
Niemand wird bestreiten wollen, daß dieser Abschluß zu einschneidenden Veränderungen in den Lebensgewohnheiten der Massen führen muß. Denn die Reproduktionsbasis wird eingeschränkt.

Da die Tarife für mehrere Monate festliegen, in unserem Falle für 13, aber die Lebensmittelpreise sich ebenso bewegen wie auch die durch Rationalisierung erzwungene Verausgabung von Arbeitskraft, tritt die Schrumpfung der Reproduktionsbasis nicht sogleich in Erscheinung. Die Lage verschlechtert sich unmerklich. Weil außerdem etliche Ausgaben für längerfristige Konsumgüter hinausgeschoben werden können, kann im täglichen Leben eine ökonomisch bereits feststehende Verschlechterung sowohl gar keine Auswirkung finden, als sogar in der Verkleidung einer gewissen Verbesserung daherkommen.

Deswegen ist es ein großer Irrtum zu glauben, die bloße Verschlechterung der Lage würde dazu führen, daß sich die Kräfteverhältnisse zu Besseren wenden, das heißt daß in den Belegschaften die Kraft zum Zusammenschluß und die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes wächst.

Es wird überhaupt nicht leicht fallen, sich zu zehn-, ja zu hunderttausenden über die Auswirkung dieses Tarifabschlusses, genau gesprochen dieses neuen Tarifes, zu verständigen. Tatsache ist jedoch, wenn es nicht zehn-, hunderttausenden gelingt, sich in den Belegschaften jeweils so weit zu verständigen, daß Kampfmaßnahmen ergriffen werden, die dann *Millionen* mitreißen können, dann wird nicht nur dieser Tarif bestehen bleiben, sondern es wird sich sowohl das Tempo der Rationalisierung *beschleunigen,* als auch der nächstfolgende Tarifabschluß *noch schlechter* werden.

Die Gewerkschaftssozialdemokratie hat diesen Tarif mit der Regierungssozialdemokratie abgeschlossen. Dieser Tarif enthält eine Fülle von Sicherheitsvorkehrungen, die sich gegen ein erstarkendes Bewußtsein der Millionenmassen der Beschäftigten richten. Mit diesen vielen Sicherheitsvorkehrungen, die alle als Mittel der Verwirrung und der Spaltung anzusehen sind, müssen sich die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten jetzt befassen, weil diese müssen theoretisch geknackt werden.



Die „Laufzeit“ und was in dieser Laufzeit alles läuft

Der Abschluß gilt für die Bezahlung der Arbeitskraft vom 1. Februar 1977 bis zum 28. Februar 1978. Die Laufzeit beträgt also 13 Monate. Nach Meldung der Zeitung „Welt“ wird *ein* Bestandteil eine weitaus längere Laufzeit haben, nämlich zwei Jahre keine neue Urlaubsgeldforderung, also offensichtlich drei Jahre.

Der Abschluß gilt seit erstem Februar. *Gezahlt* wird allerdings folgendermaßen:

Februar Im Februar wurde, wie jeder weiß, gar nichts bezahlt. Der Monat wurde zum alten Tarif gezahlt. Die Beschäftigten mußten Arbeitskraft liefern, aber über den Preis stand nichts fest. Kein Kapitalist würde unter solchen Bedingungen liefern. Aber das Tarifrecht verlangt das von den Arbeitern. Die Schlichtungsordnung gebietet den Arbeitern außerdem noch Friedenspflicht in diesem Zustand. Das ist bürgerliches Recht.

März Im Monat März wurde abgeschlossen. Eigentlich müßte 15. März vereinbarungsgemäß ausgezahlt werden:
a) die 100 DM Streckungszulage für alle gleiche;
b) die 5,3 %-Nachzahlung für Februar;
c) der neue, um 5,3 % höhere Bruttolohn für März.

Wer aber im März nicht zahlen wird, werden die „öffentlichen Hände“ sein. Das ist die Erfahrung. Angeblich dauert die Umstellung der Lohnbuchung. Das ist bereits *kein* bürgerliches Recht mehr. Man versuche z.B. die dauernden Straßenbahnpreiserhöhungen nicht zu zahlen mit dem Argument, „man habe sich an die neuen Preise noch nicht *gewöhnt*“, denn auf nichts anderes läuft's hinaus. Klar, es geht um einen zinslosen Kredit in Milliardenhöhe.

April Im April soll es nach aller bisherigen Erfahrung so gemacht werden. Ein gewisser Teil der Beschäftigten wird *immer noch nichts von der Erhöhung sehen,* weil hier der Computer halt besonders lange braucht. Ein anderer Teil, wahrscheinlich der größere, wird erhalten:
a) 100 DM Streckungszulage;
b) 5,3 % Nachzahlung für Februar;
c) 5,3 % Nachzahlung für März;
d) Den neuen, um 5,3 % höheren Bruttolohn für April.

Für diejenigen, die überhaupt was kriegen, wird also der Bruttolohn um 20 % bis 25 % höher ausfallen als bisher. Diese Nachzahlung muß voll entsprechend der Progression versteuert werden. Infolgedessen wird zum Beispiel bei einem Brutto-Ausgangslohn von 1 970,38 DM die Nachzahlung von 402,64 DM 20,4 % brutto ausmachen, aber im Netto-Entgelt werden es mit 200 DM bloß 15,4 % sein. – Dies ist ein vortreffliches Geschäft für die „öffentliche Hand“.

Dennoch wird die erste Auszahlung aus dem neuen Vertrag *erheblich mehr erscheinen,* als die 5,3 %, um die es in Wirklichkeit geht. So wird gehofft, den Eindruck zu verbreiten, der neue Tarif sei doch nicht so schlecht, wie oft von ihm gesprochen wird. Das wird gewiß nicht klappen. Aber Tatsache bleibt, daß im April immer noch kein Mensch wissen wird, was er netto eigentlich nun in Zukunft kriegen wird.

Mai Etliche werden im Mai die Nachzahlung erhalten, da wird die Progression noch kräftiger wirken, insbesondere in den alleruntersten Lohngruppen. Die Masse wird in diesem Monat erstmals in den Genuß der alleinigen 5,3 % kommen. Davon allerdings werden wiederum etliche erst jetzt bemerken, daß sie immer noch durch das Haushaltssicherungsgesetz gestraft werden. Eine Frau, deren Mann ebenfalls im öffentlichen Dienst arbeitet, bekam bereits letztes Jahr 42,50 DM Ortszuschlagsabzug „angerechnet“, das heißt von der Erhöhung abgezogen. In diesem Jahr werden es 43,75 DM sein, die angerechnet werden.*

Im Mai werden wir also *dreierlei* Tariflagen haben. Solche, die *nachgezahlt werden;* solche, die 5,3 % voll erhalten, solche, die 5,3 Prozent der Abzüge laut Haushaltssicherungsgesetz erhalten.

So verwirrend die Methoden, so klar der Zweck. Es soll keiner durchblicken und außerdem ist es ein gutes Geschäft für die „öffentlichen Hände“

In dieses Chaos wird die Sozialdemokratie hineinstoßen und davon reden, daß jetzt bald das Urlaubsgeld kommt. Das Chaos soll also mit Hoffnung auf eine gewisse Erleichterung verbunden werden.

Juni Im Juni werden unserer Vermutung nach die allermeisten der Beschäftigten den neuen Tarif ausgezahlt bekommen, das heißt es werden volle viereinhalb Monate vergangen sein, bis man wirklich schwarz auf weiß hat, was man jetzt kriegt. Vorher ausrechnen ist fast unmöglich. Die Unruhe, die fraglos über diese, dann für alle klare Tariflage entstehen wird, wird versucht werden, durch Verweis auf den Juli, der dann ja in der Tat bald kommt, abzufangen. Denn:

Juli *Da wird es also das berühmte Urlaubsgeld geben.* Allerdings: *nicht für alle.* Für jene der städtischen Arbeiter, die bisher bereits ein Urlaubsgeld hatten, wird die Tariferhöhung „angerechnet“ werden. Sie werden keinen Pfennig mehr haben. Falls diese städtischen Arbeiter was dagegen unternehmen, so hofft man, daß sie von den Beschäftigten bei Bund und Ländern wie Gemeinden, in denen kein Urlaubsgeld gezahlt wurde, nicht unterstützt werden, weil sie ja für eine „Sondervergünstigung“ kämpfen würden. So soll die Zulagenstreichung unter Dach und Fach gebracht werden, nichts anderes ist das doch für diese Arbeiter.

Außer der Arbeitern, die bereits ein Urlaubsgeld hatten, wird ebenfalls nichts kriegen, wer nicht seit 1. Juli 1976 im öffentlichen Dienst ist.

Die Tariflage, die im Vormonat für alle gleich war, wird sich also wiederum äußerst zersplittert darstellen. Bei dem ganzen, das wollen wir nicht vergessen, wird die öffentliche Hand von dem hier um 150 DM erhöhten Bruttolohn wieder progressiv Steuern nehmen.

August Im August werden alle 5,3 % haben. Die Bruttolohnerhöhung wird dann endgültig in ihren Umrissen klar sein. Nicht die Nettolohnerhöhung. Die Krankenkassen werden anziehen. Davon wird bei den jeweiligen Versicherten der Bruttolohn zwar gleich bleiben, aber der Nettolohn sinken.

September Zu diesem Zeitpunkt wird kein Geschwätz mehr helfen und es wird endgültig klar sein, nicht mehr verwirrt werden können, was dieser neue Tarif für eine Schweinerei ist.

Oktober Was bereits im September als Tröstung der Zaghaften propagiert wird, nämlich daß im November das 13. Monatsgehalt kommt, wird im Oktober bereits eine wirtschaftliche Realität sein. Man wird, weil man muß, die Gehaltskonten überziehen, weil es sich mit dem 13. Monatsgehalt ja ausgleichen kann. Ein Geschäft für die Banken, die dafür närrische Zinsen nehmen.

November *Da wird das* 13. Monatsgehalt kommen. Es wird äußerst rasch weg sein. Entweder für Schulden oder für Kredittilgung.

Dezember Im Dezember wird es wieder einheitlichen Tarif geben. Außerdem wird es Pfaffen geben, die davor warnen, daß man die materielle Seite überschätzt, und die darauf hinweisen, daß die heilige Maria auch in einer Krippe geboren hat. Diese Pfaffen werden ebenso unerträglich fett sein wie der Weihnachtsbraten, der in vielen Fällen aus Schweinebauch bestehen wird.

Januar Im Januar werden die Lohnpfändungen zunehmen. Man wird rechnen. Man wird feststellen, daß man einen Festgeldbetrag von . . . DM wird fordern müssen, um auch nur einen gewissen Ausgleich zu haben. Davor soll man dann zurückscheuen.

Februar Da wird man die 13monatige Laufzeit zu genießen haben.

Das ist der Fahrplan, den sich Regierungssozialdemokraten und Gewerkschaftssozialdemokraten ausgedacht haben, um über die Runden zu kommen. Wenn man es genau betrachtet, wird sich die Lohnsituation erst Januar 1978 unverhüllt, nicht durch Sonderzahlungen kaschiert, so ekelhaft darstellen, wie sie ist. Hunderttausende, wo nicht Millionen, werden sich da bereits in tiefer Schuldknechtschaft der Banken befinden. Schulden machen ängstlich.

Wir denken eigentlich, daß man jetzt besser versteht, wenn wir sagen, dieser Abschluß *kann nicht hingenommen* werden. *Es geht* nicht. Man würde das Problem *nur vor sich herschieben,* und die Bedingungen, es zu lösen, *würden andauernd schlechter.*

Ebenso versteht man, warum sich *von selber* nichts abspielen wird, sondern es einer bewußten Anstrengung von Zehn-, Hunderttausenden bedarf, diese Schmierenkomödie von einem Abschluß in ihrer betrügerischen Absicht zu durchschauen. – (Z-Red)

* *„Das Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur sieht mit Wirkung vom 1.1.1976 auch eine Änderung des Ortszuschlages als Besoldungs- und Vergütungsbestandteil vor. Eine Änderung des Ortszuschlages ist bei Verheirateten durchzuführen, deren Ehegatte aufgrund seiner Tätigkeit auch Ortszuschlag erhält. Der Ehegattenbestandteil ist einheitlich auf 90 DM festgelegt. Die Verringerung des Ortszuschlages um 90 DM gegenüber den bisherigen Beträgen wird durch die Zahlung einer Ausgleichszahlung zunächst aufgefangen. Diese Ausgleichszahlung verringert sich jedoch künftig:*
1. bei allgemeinen Besoldungsverbesserungen um die Hälfte des jeweiligen Erhöhungsbetrages
2. bei anderen Verbesserungen (z.B. Beförderungen, Aufsteigen in den Dienstaltersstufen) um den Gesamtbetrag der jeweiligen Verbesserung.“

(Rundschreiben an Mitarbeiter im öffentlichen Dienst)

Vor den Tarifverhandlungen: Die Druckkapitalisten nehmen das Maul voll

Kurz vor den ersten Tarifverhandlungen zwischen IG Druck und Papier und den Druckkapitalisten ist der Jahresbericht des Kapitalistenverbandes „Bundesverband Druck e.V.“ erschienen. Darin schreiben die Druckkapitalisten:

„Die Urabstimmung am 27. April 1976 war der Auftakt zu einem der härtesten Arbeitskämpfe in der bundesdeutschen Wirtschaft nach Kriegsende. Um 14 Uhr begann am 28. April 1976 der Streik von etwa 16 000 Arbeitnehmern in ausgewählten Betrieben, gefolgt durch den Beginn der Aussperrung gegen 18 Uhr zur Abwehr des Auszehrungsstreiks. Schließlich wurde am 3. Mai um 6 Uhr morgens die Aussperrung vorübergehend ausgesetzt, um 16 Uhr der Streik. Am folgenden Tag scheiterte jedoch der Vermittlungsversuch von Dr. Walter Hesselbach. Die Gewerkschaft rief am 6. Mai zu einem Totalstreik auf, der am 10. Mai in einen Schwerpunktstreik überging. Vermittlungsgespräche durch Minister Prof. Dr. Farthmann führten am 12. und 13. Mai zu einem Abschluß der Kampfmaßnahmen und zur Aufstellung eines neuen Lohnabkommens.

Zeitungs- und Akzidenzdrucker, große und kleine Betriebe, die Gesamtorganisation dieses Industriezweiges mit Bundesverband und seinen Landesverbänden haben dem härtesten Arbeitskampf in ihrer Geschichte standgehalten.

Die Gewerkschaft konnte den Weg des Auszehrungsstreiks dank der Solidarität der Unternehmer und der dadurch möglichen Abwehraussperrung nicht weitergehen.“

Die Druckkapitalisten nehmen das Maul reichlich voll. Natürlich gibt es keine Solidarität unter Geldsäcken, sondern bloß Kumpanei zum Zweck des Lohnraubs. Die Kumpane lauern gleichzeitig ständig darauf, wie sie sich gegenseitig an den Hals gehen können. Es hat letztes Jahr einen ziemlichen Krach unter den Druckkapitalisten und zwischen Zeitungsverlegern und Druckkapitalisten gegeben. Man erinnert sich an den Brief des Verlagsleiters der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der schnell wieder an Profite heranwollte und für raschen Abschluß war. Man erinnert sich auch, daß etliche Druckkapitalisten aus der Front der Kapitalisten ausscherten. Dennoch haben die Druckkapitalisten recht. Letztlich haben sie den Streik durchgehalten und sind mit 6 Prozent davongekommen. Die Ursache dafür war das Schwanken und Streben nach Klassenversöhnung der sozialdemokratischen IG-Druck-Führung. Die Rechnung für diese Politik mußten die Druckarbeiter bezahlen. Auch das kann man im Jahresbericht der Druckkapitalisten nachlesen. Daraus haben wir folgende Zahlenreihe gezogen für das erste Halbjahr 1976 gegenüber dem Vorjahr:

Umsatz	plus 6,7 %
Arbeiter	minus 3,9 %
Produktionsergebnis pro Arbeiter	plus 5,8 %
Produktionsergebnis pro Arbeiterstunde	plus 7,4 %

Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz ist durch die Kapitalisten mit Hilfe von Verschärfung der Arbeitshetze und Lohndrückerei seit 1973 von 37,9 Prozent auf 34 Prozent im ersten Halbjahr 1976 gesenkt worden. Ein großer Teil dieser Lohn- und Gehaltssumme kommt zudem bloß durch Überstunden zustande.

Letztes Jahr haben die Sozialdemokraten den Ausgleich mit den Druckkapitalisten gesucht und gefunden, indem sie die 140-DM-Mindestforderung fallen ließen. Dieses Jahr haben sie gleich bloß 9 Prozent aufgestellt. Da wird für die Druckarbeiter eine noch schlechtere Bilanz herauskommen. Oder die Ausgangslage wird geändert, und die Druckarbeiter setzen ihre Forderung von 1[illegible] DM gegen den Beschluß der Tarifkommission durch. Mal sehen, ob die Front der Kapitalisten hält, wenn die Druckarbeiter jeden Spaltungsversuch rechtzeitig zurückweisen. Bloß der Lohnkampf schafft auch die Grundlage für die Durchsetzung des Siebenstundentages, die inzwischen in Worten auch der Hauptvorstand vertritt. – (gs)

Sozialdemokraten betrieben Spaltung, um Entlassungen vorzubereiten

Betriebsversammlung Stahlwerke P u. S:

Salzgitter. „Wenn die Auftragslage weiter so schlecht bleibt, wird P&S in einem Jahr dicht machen müssen." So äußerte sich auf der letzten Betriebsversammlung im Werk Salzgitter von P&S die Werksleitung. Zahlreiche Gerüchte gibt es zur Zeit in den beiden Werken über die verschiedenen Pläne des Vorstandes, die Konkurrenzfähigkeit von P&S zu erhöhen. Die P&S-Herren verbreiten Weltuntergangsstimmung. Ganz richtig wurden sie auf der letzten Betriebsversammlung gefragt, warum sie dann investieren würden, wenn vielleicht in einem Jahr dichtgemacht würde. Gerade wird in Salzgitter der neue Hochofen A gebaut. In Peine ist vor erst anderthalb Jahren die Universalmittelstraße in Betrieb genommen worden, in Salzgitter im letzten Herbst ein neuer Konverter. Die Antwort ist einfach: Die Investitionen sind Rationalisierungsinvestitionen. In der Werkszeitung sagte der Vorstand das ganz offen. Der neue Hochofen wird drei alte ersetzen. Im Werk Peine wird von der Halbzeugstraße zum Feinwerk gerade ein überdachter Rollengang gebaut, der die heißen Blöcke von der Halbzeugstraße direkt ins Feinwerk befördert. Im Feinwerk brauchen sie so nicht erneut auf Walztemperatur gebracht werden, so daß 20 bis 30 Arbeiter eingespart werden. Genau wie die Rationalisierungsinvestitionen dient die Weltuntergangsstimmung der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit: Der Abbau der Belegschaft und die damit verbundene Steigerung der Arbeitshetze, die Schichtplanänderungen, die zu Lohnverlusten führen, und die anderen Angriffe sollen gegenüber den Arbeitern durchgesetzt werden. Jeder soll denken: „Wenn das so ist, kann man ja nichts machen."

Auf allen vorherigen Betriebsversammlungen in Salzgitter wandten die Sozialdemokraten im Betriebsrat die Taktik an, sich in Schweigen zu hüllen und nicht viel herauszulassen. Man hätte ja nichts schriftlich und könne noch nichts sagen, erzählten sie. Diese Taktik wurde erst auf der letzten Versammlung durchbrochen. Mehrere Arbeiter verlangten Klarheit über die Vorhaben des Vorstandes. 1 000 Arbeiter und Angestellte, vor allem aus der Produktion, sollen in diesem Jahr in beiden Werken abgebaut werden. Bis 1980 soll die Belegschaft von jetzt knapp 18 000 auf 16 000 abgebaut werden, bestätigten Werksleiter Dr. Timmke und Dr. Schulz. Die Reduzierung soll nach dem „R-Sozialplan" erfolgen (59er-Regelung), das heißt alle Arbeiter und Angestellten, die dieses Jahr 59 werden oder bereits älter sind, sollen kündigen. Sie erhalten eine einmalige Abfindung und eine Rentenwertminderung. Sicher ist aber, daß Lohnverlust herauskommt. Schließlich sind ja oft gerade die letzten Jahre wesentlich bei der Bestimmung der Rente.

641 Arbeiter und Angestellte sollen durch diese Regelung abgebaut werden. Unter Beifall fragte ein Arbeiter, wie denn so überhaupt die Zahl 1 000 erreicht werden soll, und forderte den Betriebsrat auf, keinen Entlassungen zuzustimmen. Dr Timmke, Werksleiter A des Werkes Salzgitter – der Werksleiter A, wovon es einen im Werk Peine und einen im Werk Salzgitter gibt, ist ein Mitbestimmungsposten, direkt dem Arbeitsdirektor des Vorstands untergeordnet – antwortete mit Spaltung: „Der Krankenstand der Gastarbeiter ist seit 1975 dreimal so hoch wie der der deutschen Mitarbeiter. Dies ist erheblich und wird weiterhin genauestens untersucht werden. Klar ist jedenfalls, daß das nicht ohne Folgen für die ausländischen Arbeiter bleiben wird." Ein Arbeiter hatte angegriffen, daß Arbeiter, die oft krank sind, entlassen werden sollen. Timmke hat es nur bestätigt.

Ebenfalls aufgefordert wurde der Betriebsrat, den Umsetzungen von Facharbeitern in die Produktion nicht zuzustimmen und für Übernahme aller Lehrlinge in ihrem erlernten Beruf einzutreten. Von den insgesamt 136 Lehrlingen, die jetzt im Werk Salzgitter auslernen, sollen nur 85 übernommen werden. Im Werk Peine 46 von 56. Einige sollen in die Produktion kommen.

Dementiert wurde von der Werksleitung auch gleich noch, daß es sich bei den Schichtumstellungen im Walzwerk 1 und 2 in Salzgitter um Probeversuche handelt. Der 4-Schichtbetrieb ist erst auf 3-Schichtbetrieb umgestellt worden. Es wird nur noch in der Woche produziert. Hinaus läuft das auf Mehrarbeit. Sobald die Aufträge wieder rollen, wird es auf Überschichten am Wochenende hinauslaufen, zu denen die Arbeiter dann durch den Wegfall der Sonntagsschichtzulage gezwungen sind. Der Lohnausgleich läuft nur 2 Jahre, durch die Besteuerung der in dieser Zeit weitergezahlten Schichtzuschläge bedeutet es jetzt schon Lohnverlust.

Vielfältig sind die Angriffe des P&S-Vorstandes auf die Arbeiter. „Die Kosten senken" ist ihr Schlachtruf, den sie auf der Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz Anfang des Jahres und in der Werkszeitung verbreiteten. Den Arbeitern geht es an die Existenz. Kürzlich ist im Werk Salzgitter ein Arbeiter mit Herzinfarkt während der Arbeit umgekippt. Die Unfallhäufigkeit ist gestiegen, die durchschnittliche Ausfallzeit wegen Unfall von 11 auf 19 Tage gestiegen. Dr. Schulz sagte, es sei ihm ein Rätsel.

Sie wollen nun Arbeitssicherheitsuntersuchungen anstellen. Die Arbeiter wissen da ohne große Untersuchungen die Antwort: die gestiegene Arbeitshetze. Die Unruhe unter den Arbeitern wächst. Das zeigte die Betriebsversammlung. Ein Arbeiter kritisierte den sozialdemokratisch beherrschten Betriebrat, daß er auf der Versammlung keine Stellungnahme abgegeben hatte, sondern alles „den Doktoren" überlassen hatte. Der Betriebsratsvorsitzende hatte sich erst gar nicht sehen lassen. Gut wird es sein, zum 1. Mai Forderungen aufzustellen gegen die Angriffe der Kapitalisten. Das nützt dem Zusammenschluß gegen die Angriffe der Kapitalisten. Die Arbeiter können sich dabei gerade die scharfe Konkurrenz unter den Stahlkonzernen zunutze machen. – (w, Bezirksverband Braunschweig-Östliches Niedersachsen)



1 800 Stahlarbeiter demonstrierten am Dienstag in Düsseldorf gegen die geplante Schließung der Mannesmann- Röhrenwerke Reisholz

Taktik wurde erst auf der letzten Versammlung durchbrochen. Mehrere Arbeiter verlangten Klarheit über die Vorhaben des Vorstandes. 1 000 Arbeiter und Angestellte, vor allem aus der Produktion, sollen in diesem Jahr in beiden Werken abgebaut werden. Bis 1980 soll die Belegschaft von jetzt knapp 18 000 auf 16 000 abgebaut werden, bestätigten Werksleiter Dr. Timmke und Dr. Schulz. Die Reduzierung soll nach dem „R-Sozialplan" erfolgen (59er-Regelung), das



1 800 Stahlarbeiter demonstrierten am Dienstag in Düsseldorf gegen die geplante Schließung der Mannesmann- Röhrenwerke Reisholz

Fortschritte im Kampf gegen die Sonderschichten

VW-Werk Wolfsburg

Wolfsburg. In unserer Betriebszeitung, der „Zündkerze", haben wir vor 14 Tagen einen Artikel gegen Überstunden und Sonderschichten gebracht. Darin griffen wir einen Meister aus der Golf-Endmontage, der sich durch besondere Schikane, durch Verweigerung von „fehlt entschuldigt" bei abgemeldetem Fehlen an Samstagen hervorgetan hatte, und den Betriebsrat, der ihn gedeckt hatte, namentlich an. Wir forderten die Abschaffung des „fehlt unentschuldigt" für Sonderschichten als Schritt zur Absetzung und zum prinzipiellen Verbot.

In der Golf-Endmontage an den Bändern, gerade auch wegen dem Angriff auf den Meister, ging die „Zündkerze" schnell rum, es bildeten sich kleine Diskussionsgruppen und der Artikel stieß überwiegend auf Zustimmung. Eine Arbeiterin meinte: „Wenn ich ein ‚u' („fehlt unentschuldigt") kriege, schreibe ich auch an die ‚Zündkerze', man darf sich hier wirklich nichts gefallen lassen." Da die nächste Sonderschicht am 12.3. schon vor der Tür stand, wurde in den Diskussionen gleich mitberaten, was zu tun sei. Einige Arbeiterinnen meldeten sich sofort ab, indem sie dem Vorarbeiter quer übers Band zuriefen, er könne sie gleich eintragen, sie kämen nicht und zwar jetzt prinzipiell nicht, 40 Stunden wären genug. Der Vorarbeiter wollte aber noch nichts dazu sagen, ob sie ein ‚u' oder ein ‚e' kriegen würden, das müsse der Meister machen. Der Meister schob es, als er von mehreren darauf angesprochen wurde, wieder auf den Vorarbeiter. Etwas verunsichert fragte dieser, ob sie ihn ansprächen, weil sie die „Zündkerze" gelesen hätten. Als die Arbeiter daraufhin erklärten, was da drin steht, ist richtig, trollte er sich. Bis Freitag hatten sich aus einem Bandabschnitt von ca. 40 Arbeitern dann schließlich 14 für Samstag abgemeldet. Meister und Vorarbeiter drohten allen mit einem ‚u'. Es steigerte nur die Entschlossenheit, daß man jetzt erst recht zusammenhalten und für seine Rechte kämpfen müsse.

Die Einschüchterung schlug fehl, deshalb setzten sie auf Spaltung. Am Montag erklärte der Vorarbeiter, der Meister hätte 12 Arbeiter entschuldigt und zwei nicht, weil diese überhaupt keine Bereitschaft zeigten, an Samstagen zu arbeiten. Über dieses Spaltungsmanöver herrschte große Empörung. Fast den ganzen Tag über wurde der Vorarbeiter an seinem Pult von Arbeitern, die gerade mal eine kleine Pause rausgeholt hatten, „bejagert" und lautstark angegriffen. Dieser versuchte nur noch, mit „Ich kann ja auch nichts dafür" sich zu verteidigen.

Schnell war klar, daß ein entscheidender Punkt die Haltung des Betriebsrates ist. Deshalb wurde als erster Schritt in der letzten Woche mit einer Unterschriftensammlung begonnen, in der der Betriebsrat aufgefordert wird, sich grundsätzlich für die Abschaffung der „u" für Sonderschichten einzusetzen und seine Stellungnahme dazu den Kollegen mitzuteilen. Noch bevor die Liste ganz rumgegangen war, hatten die sozialdemokratischen Betriebsräte von der Unruhe und der wachsenden Geschlossenheit was mitgekriegt. Die Sache drohte ihnen aus der Hand zu gleiten. Also setzten sie sich in Bewegung und erreichten beim Meister die Streichung des angedrohten „u" für die beiden Kollegen. Dies wirkte sich erst in der von ihnen gewünschten Richtung aus, zur Abstumpfung der Widersprüche. Doch in den Diskussionen setzte sich schließlich wieder die richtige Auffassung durch, daß die Betriebsräte das nur gemacht haben, weil sie unter Druck gesetzt sahen, daß grundsätzlich noch nichts geklärt wäre, dies aber unser Interesse ist. Der Brief wird deshalb abgegeben. Den erreichten Zusammenschluß nutzen die Arbeiter, um gemeinsam die anstehende Betriebsversammlung vorzubereiten, um dort die Front zu verbreitern gegen die Schikane und gegen Sonderschichten und Überstunden. – (r, VW-Zelle Wolfsburg)

Lohnabschluß: Porsche-Kapitalisten setzen nach

Nachdem die Porsche Kapitalisten und die sozialdemokratischen Betriebsräte und Gewerkschaftsführer den Lohnkampf für beendet und die Einheit der Belegschaft für gebrochen gesetzt halten, geht die Geschäftsleitung nun zügig daran, das Letzte aus uns herauszupressen.

Statt wie bisher 60 sollen nun 65 Wagen produziert werden. In der Endmontage ist es ihnen aber bisher nicht gelungen, ihre Pläne durchzusetzen. In der Regel werden dort 63 Wagen pro Tag produziert und auch nur, weil zusätzlich Arbeiter eingesetzt werden, die aber wieder abgezogen werden sollen. 65 Wagen durch weitere Verschärfung der Arbeitshetze ist nicht drin, weil man schon bei 60 Wagen in den Pausen flach liegt und zudem die Einheit nicht zersetzt, sondern durch den letzten Lohnkampf ergeblich vorangekommen ist. In dieser Abteilung haben 45 Arbeiter durch ihre Unterschrift den 6,9 %-Abschluß abgelehnt und stattdessen 1 DM mehr die Stunde gefordert.

Neuen Arbeitern wird direkt gesagt: „Das geht hier zu wie bei der Olympiade; laß dich bloß nicht fangen; wenn du hier 0,30 DM mehr verdienst, lebst du auch 10 Jahre weniger; mehr Lohn gibts hier nur, wenn alle zusammenhalten, hier läuft nichts mehr mit gegeneinander ausspielen und Akkord kaputtarbeiten." Bei einigen wird der Arbeitsplatz neu bewertet, wobei manche dann weniger und andere, die ohnehin nicht mit ihrer Zeit hinkommen, mehr arbeiten müssen. Ausländische Arbeiter werden von den Meistern mit „Dreckschweine" und „Kanaken" angebrüllt.

All diese Manöver haben aber zu nichts anderem geführt, als daß wir nur noch mehr zusammenhalten. So werden von ganzen Akkordgruppen die Wagen halbfertig weitergeschoben. Akkordgruppen zitieren den Meister zu sich und lesen ihm aus der Betriebszeitung des KBW vor. Oberantreiber und Hetzer werden häufig kräftig zwischen den Wagen eingeklemmt, Akkordgruppen beschweren sich geschlossen, wenn sie den Akkord nicht mehr schaffen. An der Linie reißen die Diskussionen über die Vorstellungen der Kommunisten, über den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, über die staatliche Ausplünderung und Unterdrückung, über ein Verbot der Akkordarbeit usw. nicht mehr ab.

Den Meisten ist völlig klar, daß es so nicht weitergeht. Wir gehen zunehmend daran, unsere Einheit gegen die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Handlanger weiter zu stärken.

Völklingen. Am 9.3. demonstrierten über 6 000 Stahlarbeiter und die Bevölkerung von Völklingen gegen die geplanten Entlassungen von mindestens 1 300 Stahlarbeitern der Röchlingwerke Völklingen und Burbach. Schon seit August 1976 haben die Kapitalisten jeden Monat 49 Arbeiter entlassen. Der 6-Prozent-Lohnraubabschluß „sollte die Arbeitsplätze sichern." Die Arbeiter haben den Kapitalisten die richtige Antwort gegeben: „Bosse reden von Verzicht, das ist wohl wahr, man braucht sie nicht!" Für Mittwoch, den 16.3. ist eine weitere Belegschaftsversammlung und Demonstration geplant.

AEG Oldenburg. Überstundenstreik gegen Zulagenabbau. „Die Gewerkschaft muß jetzt aktiv werden." Das sagte ein Vertauensmann auf der letzten Betriebsversammlung unter großem Beifall der Kollegen in der AEG Motorenfabrik Oldenburg. Die Gewerkschaft, das sind die Arbeiter selbst: Die Facharbeiter machen keine Überstunden mehr. Sie kämpfen um die Anrechnung der 6,9 % auf die Zulage. Die AEG-Kapitalisten wollen das verweigern. Das bedeutet einen durchschnittlichen Lohnabbau von 10 Pfennig in der Stunde. (Wir berichteten darüber in der KVZ Nr.8) Rechnet man das aufs Jahr aus, kommen dabei an die 250 DM heraus. Die Arbeiter können es sich nicht leisten, darauf zu verzichten. Das ist das Geld für eine halbe bis ganze Monatsmiete, oder das Geld für Benzin für über 3 000 km Autofahrt oder für 6 Monatskarten für den Bus. Kriegt man die 250 DM nicht, wird man gezwungen sein, zu sparen an der Nahrung, Kleidung, an Urlaub, an Büchern.

Für die Kapitalisten sieht die Rechnung anders aus: Rechnet man die 250 DM auf die gesamten Zeitlöhner um, kommen dabei runde 130 000 DM Extraprofit heraus. Den werden die AEG-Kapitalisten dazu verwenden, sich neue Maschinen und Anlagen anzuschaffen, die weitere Arbeiter überflüssig machen und die Ausbeutung verschärfen. Das können sich die Kollegen so oder so nicht leisten, dieses Geld den Kapitalisten hinzuwerfen.

Der Kampf der Arbeiter hat Erfolge für die ganze Belegschaft. Der Betriebsrat hat letzte Woche seine Zustimmung zu beantragten Überstunden verweigert. Gegen die Stimmen des Vorsitzenden Thiet und seiner engsten Gefolgsleute. Vorher hatte der Betriebsrat rund 100 Überstunden die Woche genehmigt. Jetzt haben die Arbeiter im Werkzeugbau, die auch an vorderster Front im Kampf gegen den Zulagenabbau stehen, die Forderung aufgestellt: Keine Entlassungen bei der AEG!

Bremer Vulkan. Hin- und hergeschoben wie Vieh. Mit Volldampf werden beim Bremer Vulkan Rationalisierung und Einsparung an innerbetrieblichen Arbeiten wie dem Werkzeugbau vorgenommen. Sie werden den Direktoren zu teuer, denn sie bringen keinen großen Profit. Also haben sie Arbeiter aus dem Werkzeugbau in die Bordmontage verschoben. Dort wird auf Arbeitssicherheit gepfiffen, Hauptsache, das Schiff wird schnell fertig. Am 11.3. gab es einen schweren Arbeitsunfall auf einem Neubau. Der Arbeiter erlitt einen Schädelbasisbruch und Splitterung der Schädeldek-

Bremer Vulkan. Hin- und hergeschoben wie Vieh. Mit Volldampf werden beim Bremer Vulkan Rationalisierung und Einsparung an innerbetrieblichen Arbeiten wie dem Werkzeugbau vorgenommen. Sie werden den Direktoren zu teuer, denn sie bringen keinen großen Profit. Also haben sie Arbeiter aus dem Werkzeugbau in die Bordmontage verschoben. Dort wird auf Arbeitssicherheit gepfiffen, Hauptsache, das Schiff wird schnell fertig. Am 11.3. gab es einen schweren Arbeitsunfall auf einem Neubau. Der Arbeiter erlitt einen Schädelbasisbruch und Splitterung der Schädeldek-
ke. Für die versetzten Werkzeugmacher, die noch nie an Bord gearbeitet haben, ist die Unfallgefahr besonders groß. Wie sehr die Versetzungen die Arbeiter fertigmachen, sieht man am Fall eines Maschinenschlossers, der innerhalb von zwei Wochen viermal versetzt wurde und daraufhin die Kündigung einreichte. – (Zelle Bremer Vulkan)

Die Kostenstruktur der Betriebe müsse so gestaltet werden, daß die deutschen Produkte wettbewerbsfähig bleiben, erklärte Wolf von Amerongen. Dazu gehöre auch die Rationalisierung der Arbeitsvorgänge sowie die ständige Beachtung der in den letzten zehn Jahren am meisten gestiegenen Personalkosten. Nur so seien die Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist an die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gerichtet: Angekündigt wird, verschärfte Ausbeutung, Vernichtung menschlicher Arbeitskraft und kapitalistische Rationalisierung im Interesse des Profits. Die Sozialdemokraten werden aufgefordert, den Widerstand der Arbeiter gegen dieses Programm mit dem Argument zu zersetzen, seine Durchführung sei im Interesse des Erhalts der Arbeitsplätze leider notwendig.

Ein Merkblatt gegen Kopfläuse hat das Baden-Württembergische Sozialministerium jetzt an den Schulen verteilen lassen. Darin werden die Volksmassen beschimpft und ihnen „mangelnde hygienische Sorgfalt" vorgeworfen. Außerdem steht darin, daß die Läuse erst weiß und nach dem Blutsaugen rot sind und sich durch Eier legen vermehren. Der Anlaß für die Herausgabe dieses Merkblatts war, daß immer mehr Schulen die Verbreitung der Läuse bei den Schülern feststellen und sich ans Sozialministerium gewendet haben. Hilflos stellt das Sozialministerium fest: „Die Kopfläuse nehmen immer mehr zu". Mit so einem Merkblatt sind die Läuse jedenfalls nicht zu bekämpfen. Es dient dem Staat dazu, die Volksmassen zu verhöhnen und zu demütigen. Sie sind ein Ergebnis der wachsenden Verelendung der Volksmassen, die der Kapitalismus hervorbringt, und die sich nach den letzten Lohnraubabschlüssen noch verschärft.

Sachspenden für den Befreiungskampf von Zimbabwe

Endgültig letzter Termin für die Abgabe von Gegenständen für die ZANU zur Verschiffung nach Mozambique: Sie müssen am 19. März fertig verpackt in Bremen, KBW-Büro Gröpelinger Heerstraße 261, angeliefert werden. (Inhalt auszeichnen!) Über 10 Tonnen Kleider, zirka 20 Tonbandgeräte, Radios, eine Druckmaschine, medizinisches Gerät und Medikamente, Fotoapparate lagern schon in Bremen. Dringend benötigt werden auch Schuhe und Schreibmaterial (Papier, Bleistifte, tropenfeste Kugelschreiber).

Oldenburg. Der Vertrauenskörper von Hüppe Sanitärtechnik hat einen Antrag zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes des Volkes von Zimbabwe an die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Oldenburg gestellt, die an diesem Wochenende stattfindet.

Osnabrück. Unterstützt wird von den Druckarbeitern der Firma **Fromm** der Streik der Drucker und Setzer von Berlingske Tidende, in Dänemark. Sie haben eine Spendensammlung durchgeführt, die einen Betrag von über 160 DM erbrachte.

Protestbrief an die Tarifkommission der IG Bau – Steine – Erden:

„Am 22.1. wurde die 1. Verhandlungsrunde im Bauhauptgewerbe ergebnislos abgebrochen und auf den 17.3. verschoben.

Die Arbeitgeber haben es nicht für nötig befunden, ein Angebot vorzulegen. Die Forderung der IG Bau – Steine – Erden(IGBSE) wurde von ihnen als „indiskutabel" abgelehnt. Das ist eine Provokation, die wir schärfstens zurückweisen. Wir fordern unsere Gewerkschaft zur Organisierung von Protestmaßnahmen auf, damit die Arbeitgeber gezwungen werden, am 17.3. ein klares Angebot zu machen. Nach dem Abschluß im letzten Jahr und dem Lohnabbau im Baugewerbe insgesamt, sind selbst die 8,5 % für die unteren Lohngruppen zu wenig, daneben bringen die Prozentabschlüsse nur denjenigen viel ein, die als höhere Angestellte oder Antreiber dem Arbeitgeber nützen. Um zu verhindern, daß ein großer Teil der Kollegen einen realen Lohnabbau hinnehmen muß, fordern wir die Tarifkom-
oder Antreiber dem Arbeitgeber nützen. Um zu verhindern, daß ein großer Teil der Kollegen einen realen Lohnabbau hinnehmen muß, fordern wir die Tarifkom-
mission der IGBSE auf, die Prozentfeilscherei fallen zu lassen und einen Festbetrag von monatlich 170 DM für alle gleich durchzusetzen. Maßnahmen in diese Richtung finden unsere volle Unterstützung."

Einstimmig verabschiedet und unterschrieben von einer 7-köpfigen Baustellenkolonne der Firma C. Peers in Kiel am 28.2.77.

Chemie-Vertrauensleuteversammlung Verwaltungsstelle Mannheim. 130 Vertrauensleute waren zu der Versammlung gekommen, um über den Tarifkampf zu diskutieren. Von verschiedensten Betrieben wurden die 170 DM gefordert: Der Vertrauensleutekörpervorsitzende der chemischen Fabrik Weyl, Mannheim, verlas den Vertrauensleutekörper-Beschluß für 170 Mark: „Wir erklären, daß wir den Lohnabbau verhindern wollen und dazu alle Maßnahmen bis hin zum Streik vorbereiten werden. Dazu stehen wir bereit." Ein Delegierter der Belegschaft von Hutchinson Mannheim hat eine Unterschriftensammlung für 170 Mark und eine Betriebsversammlung dem Bezirksleiter Altmann übergeben, auf der die Mehrheit der Arbeiter unterschrieben hat. Ein Angestellter von Metzeler-Friedrichsfeld wurde von seiner Abteilung beauftragt, 170 DM als Forderung vorzubringen. Noch in mehreren anderen Chemie-Betrieben im Bezirk finden Unterschriftensammlungen für 170 Mark statt. Die einzigen, die auf der Versammlung dann für den Hauenschild-Vorschlag von 9 % eingetreten sind, waren Hauptamtliche und Tarifkommissionsmitglieder. Trotzdem konnte aber eine Beschlußfassung auf der Versammlung noch verhindert werden. Es ist notwendig, weiter entschieden auf Beschlußfassungen in den Betrieben hinzuarbeiten, an denen die Tarifkommission Baden-Württemberg, die am Donnerstag tagt, zur Kündigung der Tarife, nicht nicht vorbeikommt.

Hamburg. Bei den Hamburger Aluminiumwerken haben die Arbeiter der Verfahrenskontrolle eine Erklärung zur Chemie-Tarifrunde verfaßt und diese im Pausenraum der Hütte ausgehängt: „Wir von der Verfahrenskontrolle sind gegen den Vorschlag des Vorsitzenden der IG Chemie, für die Tarifrunde 9 % Lohnerhöhung zu fordern.
1. weil die Forderung zu niedrig ist. In der Lohngruppe 3 würde die Lohnerhöhung gerade nur 135 DM betragen.
2. weil wir bei einer Prozentforderung nicht den einheitlichen Lohnkampf führen können.
Wir forderun:
1 DM mehr pro Stunde bzw. 173 DM monatlich für alle gleich. Diese Forderung muß mindestens durchgesetzt werden. (Unterschrieben von den sechs anwesenden Arbeitern der Verfahrenskontrolle bei HAW). Wir haben diese Erkärung dann im großen Pausenraum ausgehängt. Direkt unter den Artikel aus der KVZ, der am Morgen aufgehängt wurde. Jetzt hängen zwei Wandzeitungen in dem Pausenraum

Heinrich Bauer Verlag Hamburg

Die Belegschaft stärkt sich im Kampf gegen Rationalisierung und Entlassungen

Ende März soll die Stillegung der Druckerei und Weiterverarbeitung abgeschlossen sein. 400 Arbeiter liegen dann auf der Straße. Nur wenige haben bisher einen anderen Arbeitsplatz gefunden. Ganze 200 Arbeiter in der Technik wird es dann in Hamburg geben. 1970 waren noch 969 Arbeiter bei Bauer in Hamburg. Gut 300 wurden schon in den letzten Jahren wegrationalisiert.

Kaum ist die Druckerei stillgelegt, hat der Kapitalist Heinrich Bauer neue Pläne mit dem Gebäude. Die Redaktionen und Büros, die bisher in gemieteten Räumen untergebracht sind, sollen hierherkommen. 35 Mio. DM soll das Abreißen und der Neubau kosten. Für den Neubau hat Heinrich Bauer extra einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Das wurde mit großem Popanz von Stadtplanern und Denkmalschützern gewürdigt als Erhalt der „Einmaligkeit der Altstadt".

Durch die Stillegung sind jetzt seit Anfang des Jahres alle ein bis zwei Wochen 40 bis 50 Kündigungen ausgesprochen worden. Es war dadurch nicht mehr möglich, die dritte Schicht in der Druckerei aufrechtzuerhalten. Den Druckern ist es durch entschlossenes, einheitliches Auftreten gelungen, ihre Forderung, daß es keinen Lohnverlust geben darf, durchzusetzen. Die Geschäftsleitung muß jetzt die steuerfreien Zuschläge für die Nachtarbeit weiter zahlen. Anfang 1976 wurden in der Hamburger Druckerei noch Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 7,7 Millionen pro Woche gedruckt. Und das auf Maschinen, die zum Teil von 1952 stammen.

Genaue Zahlen über Umsätze beim Bauer Verlag gibt es nicht, da sich Bauer unter Berufung auf den Tendenzschutzparagraphen weigert, diese zu veröffentlichen. Aber es gibt Schätzungen, die von der Bauer-Geschäftsleitung auch bestätigt wurden:

1967 ca. 370 Mio. DM Umsatz
1968 " 400 " " "
1970 " 500 " " "
1971 " 600 " " "
1973 " 700 " " " bei ca. 5 000 Arbeitern und Angestellten
1976 " 775 " " " bei ca. 4 500 Arbeitern und Angestellten

Das ist ein Pro-Kopf-Umsatz von 172 000 DM. 1973 waren es noch 140 000 DM Umsatz pro Kopf. Erreicht wurde diese ungeheure Steigerung durch eine noch stärkere Ausbeutung der Arbeiter bei Bauer.

In den noch in Hamburg verbleibenden Abteilungen der Technik gibt es einen zähen Kleinkrieg zwischen Arbeitern und Abteilungsleitern oder Geschäftsleitung. So wurde z.B. in der neu eingerichteten Opal-Kopie versucht, Hilfskräfte einzusetzen, die zwar dieselbe Arbeit machen sollten wie die Photografen, aber nur Hilfsarbeiterlohn bekommen sollten. Dagegen haben sich die Arbeiter zur Wehr gesetzt und die Forderung erhoben nach Einstellung zusätzlicher Photographen. Falls keine Photographen zu bekommen sind, Einstellung aller Hilfsarbeiter (gemeint sind Laboranten) zu Facharbeiterlohn.

Jeden Tag steht es so auf der Kippe, ob die Termine platzen oder nicht. Zur Zeit sind von den acht Arbeitern drei krank geschrieben, was die Geschäftsleitung in helle Aufregung versetzt.

In der Photographie sieht es nicht viel anders aus. Vor ca. drei Jahren waren hier noch neun Frauen beschäftigt, die in zwei Schichten ca. 150 Aufnahmen machten. Jetzt sind es noch sieben, die aber pro Tag ca. 400 Aufnahmen machen. Das ist eine Steigerung von 343 %. Auch hier wird über die Forderung nach Neueinstellungen diskutiert. Aber auch gegen andere unzumutbare Arbeitsbedingungen setzen sich die Arbeiter zur Wehr. So gab es in dieser Abteilung nicht mal für jede Frau einen Stuhl. Waren alle anwesend, mußten immer einige stehen. Frech meinte der Abteilungsleiter dazu, daß die Frauen hier zum Arbeiten und nicht zum Rumsitzen seien. Es hat einige Auseinandersetzungen gekostet, aber davon gibt es viele und alle diese Sachen werden nicht länger hingenommen.

Das war nicht immer so bei Bauer. Vor einigen Jahren waren die Arbeiter bei Bauer unter den anderen Arbeitern der Druckindustrie verschrien, weil dort sowieso nichts läuft. Der Lohn war relativ hoch. Dafür wurden schlechte Arbeitsbedingungen in Kauf genommen. Das hat sich geändert.

Einen höheren Lohn als andere Druckkapitalisten zahlt Bauer schon lange nicht mehr. Das läßt die Konkurrenz unter den Kapitalisten nicht zu. Die Auswirkungen bekommen die Arbeiter zu spüren. Die Gesundheit wird ruiniert durch Arbeitshetze und Überstunden. In der Druckerei und der Weiterverarbeitung hatte 1976 jeder Dritte einen Arbeitsunfall. Trotzdem reicht das Geld vorn und hinten nicht.

Die Kämpfe im Betrieb stärken das Klassenbewußtsein. In der letzten Tarifrunde waren die Arbeiter bei Bauer führend in Hamburg. Zum 1. Mai 76 wurde von ihnen die Forderung nach dem 7 Stundentag bei vollem Lohnausgleich aufgestellt. Ebenso die Streichung der unteren Lohngruppen. Diese Forderungen wurden als Transparente auf der 1. Mai Demonstration mitgetragen. In der Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde haben in allen Abteilungen Diskussionen über die Forderungen stattgefunden. Klar war für die große Mehrheit: eine Festgeldforderung muß es sein und die unteren Lohngruppen müssen weg. Vorschläge waren 175, 200 und 225 DM. Aufgestellt wurden dann 200 DM, was vor allem daran lag, daß im Vertrauensleutekörper die Diskussion nicht darüber geführt wurde, hinter welcher Forderung die größte Einheit herzustellen ist. Man einigte sich einfach auf die Mitte. Was vor allem von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Eine einheitliche Forderung im Hamburger Ortsverein der Drupa wurde vom Vorstand verhindert, indem gesagt wurde, der Termin sei verpaßt, eine Delegiertenversammlung wird es nicht mehr zu diesem Thema geben.

Im Vertrauensleutekörper von Bauer konnten die Sozialdemokraten mit einer Stimme Mehrheit verhindern, daß eine außerordentliche Delegiertenversammlung einberufen werden sollte und dafür die erforderlichen 150 Unterschriften gesammelt würden. Stattdessen sollte eine Bitte an den Vorstand gerichtet werden, eine Delegiertenversammlung einzuberufen. Das wurde natürlich abgelehnt.

Gelaufen ist die Sache aber noch lange nicht. Auch wenn einige nach Aufstellung der 9 % durch die Tarifkommission erstmal resigniert hatten. Festgehalten werden muß jetzt an einer einheitlichen, richtigen Mark- und-Pfennig-Forderung. Hinter 175 DM muß man sich zusammenschließen. Die 9 % der Tarifkommission müssen vom Tisch. – (h, Bauer)

Tarifkampf der Landarbeiter

Tarifkampf der Landarbeiter

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Landarbeiter gegen die Agrarkapitalisten wächst

In der vorigen Woche hat die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten mit den Agrarkapitalisten einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Er bringt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 44 auf 43 Stunden und eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 60 Pfennig in der Stunde. Die Tarifkommission hatte die Verkürzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden gefordert, die Angleichung der Löhne der Landarbeiter an die der Industriearbeiter und die Verlängerung des Urlaubs. Die gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter des Bezirks Osnabrück hatten auf einer Mitgliederversammlung 180 DM für alle gefordert.

In den Domänen Derneburg und Marienburg hatten die Landarbeiter gestreikt, als die Agrarkapitalisten nach der ersten Verhandlung kein Angebot vorlegten.

Hildesheim. Die Domäne Derneburg wird vom Staat direkt durch einen Betriebsleiter bewirtschaftet, die Domäne Marienburg ist an den Eiscrem- und Konservenkapitalisten Graf verpachtet. Nach dem Krieg arbeiteten in Derneburg noch etwa 70 Familien.

Schon damals zahlten die Agrarkapitalisten nur Hungerlöhne. Mit ihrem Profit rationalisierten sie im Rahmen der Mechanisierung die meisten Arbeiter raus. Heute müssen sechs Landarbeiter und einige Lehrlinge die Arbeit in der Außenwirtschaft machen, ein Melker muß 90 Michkühe versorgen. In Marienburg waren es vor wenigen Jahren noch 15 Landarbeiter, heute sind es nur noch acht.Schon der miserable Lohn zwingt alle Landarbeiter zu Überstunden. „In den letzten Jahren haben wir immer nur um die 50 Pfennig Lohnerhöhung gekriegt. Davon geht erstmal die Steuer runter, z.B. sind von den 75 Pfennig Hitzeprämie im letzten Jahr nur 39 Pfennig netto übriggeblieben. Alles in allem habe ich netto knapp über tausend Mark, das reicht vorne und hinten nicht!"

Der Kampf der Landarbeiter ist schwer zu organisieren, weil sie zersplittert auf den Höfen der Großbauern arbeiten, meist nur einer oder zwei. Die Landarbeiter auf den Domänen und Gütern sind daher die kampfstärksten Abteilungen. Fast alle sind in der Gewerkschaft und gehen voran. So haben sie in Derneburg 40 Pfennig über Tarif durchgesetzt, in Marienburg muß der Kapitalist Graf allen den Facharbeiterlohn zahlen (45 Pfennig mehr). In Marienburg haben die Landarbeiter zusammen mit den Arbeitern der Eiscrem- und Konservenfabrik einen Betriebsrat durchgesetzt. Der Wille zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß ist aber auch bei den anderen Landarbeitern groß – das zeigte eine Protestversammlung in Hildesheim von 70 Landarbeitern. „Aber bei den Großbauern kann man nur was erreichen, wenn sie Druck kriegen!", sagte ein alter Landarbeiter. Er erzählte folgendes Beispiel: 1952 haben die Landarbeiter der Domäne Derneburg acht Pfennig Lohnerhöhung durch einen einwöchigen Streik in der Ernte durchgesetzt, während die Gewerkschaftsführung damals nur vier Pfennig aushandelte. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer schließen die Tarife stets bis zum 31.12. ab: „An den Weihnachtstagen kann man keinen Druck machen, da ist Winterruhe. Und dann fangen die erst im Februar mit den Verhandlungen an. Dann kriegt man das Geld rückwirkend auf einen Batzen im Juni, damit die Lohnsteuer auch viel auffrißt!"

Im Tarifkampf in der Chemieindustrie müssen sich die Belegschaften der großen, mittleren und kleineren Betriebe zusammenschließen

Der Bruttomonatsverdienst der Beschäftigten in der chemischen Industrie ist von Bezirk zu Bezirk verschieden.

Durchschnittlich liegen die Löhne der Chemiearbeiter über den Löhnen der gesamten Industrie:

Chemie: 11,48 DM
Industrie: 10,57 DM

Dieses ist aber tatsächlich nur in den Bezirken der Fall, wo die Hauptwerke der drei großen Konzerne (BASF, Bayer, Hoechst) liegen. In anderen Bezirken sieh t das Verhältnis von Bruttomonatslohn in der Chemie zur gesamten Industrie anders aus:

Schleswig-Holstein:	9,83 DM	Chemie
	10,62 DM	Gesamte Industrie
Baden-Württemberg:	10,37 DM	Chemie
	10,57 DM	Industrie
Saarland:	9,91 DM	Chemie
	10,73 DM	Industrie

Es gibt eine Spaltung zwischen den Belegschaften in den großen Konzernen und den Arbeitern in den mittleren und kleinen Betrieben.

Den Lohn der Arbeiter in den kleineren und mittleren Betrieben haben die Chemiekapitalisten unter den Durchschnitt gedrückt. Die Kapitalisten wollen alle Chemiearbeiter auf dieses Lohnniveau hinabdrücken. Das geht nur, wenn der Tarif das erlaubt. Der unterdurchschnittliche Lohn in den kleinen und mittleren Betrieben ist ein Druckmittel gegen die Belegschaften der großen Konzerne.

Mit dieser Drohung im Rücken wird die Rationalisierung und Antreiberei vorangetrieben.

Durch die Spaltung, die es im Lohn gibt, sollen die Belegschaften der großen Konzerne aus dem Lohnkampf herausgehalten werden, um eine Erhöhung des *Tariflo hns* zu verhindern.

Die 9 Prozent, die die Sozialdemokraten als Forderung vorschlagen, kommt den Zielen der Kapitalisten entgegen:

Anzahl der Betriebe in folgenden Betriebsgrößenklassen in der Chemieindustrie

Beschäftigte	1 – 9	10 – 49	50 – 99	100 – 199	200 – 499	500 – 999	über 1 000*	insges.
1950	4 540	2 049		179	115	39	37	6 959
in Prozent	65,23	29,4		2,5	1,6	0,56	0,53	100
1974	2 254	1 143	335	257	208	86	100	4 383
in Prozent	51,4	26,0	7,6	5,8	4,7	1,9	2,3	100

Anzahl der Beschäftigten in den Betrieben folgender Betriebsgrößenklassen in der Chemieindustrie

1950	15 583	57 716		24 557	34 612	26 606	115 165	274 239
in Prozent	5,6	21,0		8,9	12,6	9,7	41,99	100
1974	7 856	27 167	23 494	35 143	65 162	59 946	396 168	614 936
in Prozent	1,2	4,4	3,8	5,71	10,5	9,75	64,42	100

* Davon sind 29,79 % bei Bayer, Hoechst und BASF beschäftigt.

Quelle: Statisches Jahrbuch 53/76

Auf dieser Forderung wird in den mittleren und kleineren Betrieben kein Kampf zustandekommen. Sie ist für die unteren Lohngruppen viel zu niedrig, und für die höheren Angestelltengruppen streikt keiner. In den großen Konzernen kann dazu auch nichts zustandekommen: denn was nötig ist, ist eine Erhöhung des tariflich abgesicherten Lohns. So wird einerseits die Spaltung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben mit dieser Forderung betrieben. Andererseits die Spaltung zwischen den Beschäftigten in den kleinen und großen Betrieben verschärft.

Über 60 Prozent der Beschäftigten in der Chemieindustrie sind in Betrieben über 1 000 Mann.

Knapp 35 % arbeiten in den Betrieben mit unter 1 000 Mann. Die Konzentration der Arbeiter in den Betrieben ist gut für ihren Kampf um mehr Lohn. Der Kampf um die Erhöhung des Tariflohns kann aber nur erfolgreich geführt werden, wenn die Arbeiter und Angestellten der gesamten Branche sich zusammenschließen. Dieser Zusammenschluß kann nur hergestellt werden unter einer Forderung nach 170 DM für alle. – (am)

„Reformmodell MHH“

Patienten ins Grab befördern

Die Behandlung der Patienten in der Medizinischen Hochschule Hannover wurde vor kurzem an einem Vorfall in der Kieferchirurgie demonstriert. In der Kieferchirurgie der MHH wurde eine 87 Jahre alte Frau mit einem Geschwür im Mundbereich eingeliefert. Eine Operation des Geschwürs würde sie wohl kaum überleben. Oberarzt Schmidt wollte sie aber unbedingt operieren.

Schon bei der Einlieferung wehrte sich die Frau mit Händen und Füßen gegen eine stationäre Aufnahme und eine Operation. Die Frau war noch bei Kraft und Sinnen. Sie war fest entschlossen, lieber noch ein halbes Jahr in Ruhe zu leben, als die strapaziösen Folgen einer Operation noch an ihrem Lebensabend über sich ergehen zu lassen oder das Risiko einzugehen, die Operation nicht zu überleben, was ja in ihrem Alter durchaus möglich ist.

Der Oberarzt ging daran, ihren Willen zu brechen. Das rechtfertigte er mit der Bemerkung: „Die Frau ist doch verkalkt!“ Mit der Frau wurden endlose Voruntersuchungen gemacht und Medikamente verordnet, um ihren Widerstand zu brechen. Schließlich wurden ihr Beruhigungstabletten verschrieben, nach denen man apathisch und willenlos wird.

Die Kollegen waren empört und beschlossen, alle Kraft daranzusetzen, um die Patientin zu retten. Sie waren sich einig, daß die Frau sehr wohl in der Lage ist, über sich selbst zu entscheiden. Dies wurde auch dem Oberarzt gesagt. Die Ärzte waren auch gespalten. Ein anderer Arzt sagte, daß es unmöglich ist, diese Frau noch zu operieren, daß sie es kaum überleben kann. Krankenschwestern und -pfleger geben der Frau nicht das vom Oberarzt Schmidt angeordnete Beruhigungsmittel.

Jemand anders muß es ihr aber schließlich gegeben haben. Völlig zermürbt unterschrieb die Frau die Einwilligung zur Operation. Gleichzeitig wurden die Abgangspapiere – u.a. ein Totenschein – in einem Briefumschlag auf den Schreibtisch gelegt. Die Frau wurde operiert. Nach der Operation wurde nicht einmal eine Extrawache eingesetzt, obwohl der Zustand der alten und frisch operierten Frau es erforderte, daß ständig eine Pflegeperson anwesend ist. Die Frau bekam Krämpfe. Ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich rapide. Ein paar Tage später wurde die Frau dann stillschweigend verlegt in eine andere Klinik. Damit die Kollegen dies nicht richtig mitbekommen, hat die Stationsschwester die Sachen selbst zusammengepackt, was sonst immer das übrige Pflegepersonal machen muß. Die Beschäftigten der Station wissen nicht, ob die Frau jetzt noch lebt.

Wenn Patienten in der Medizinischen Hochschule sich nicht operieren lassen wollen, weil sie das Risiko für viel zu groß halten, werden sie unter Druck gesetzt. Erst vor kurzem hat ein Arzt dann eine Mitteilung an die Krankenkasse gemacht. Die Krankenkasse kann aufgrund dieser Mitteilung die Bezahlung jeder medikamentösen Behandlung ablehnen. Das bedeutet, daß er überhaupt nicht behandelt würde. Der Patient wurde am nächsten Tag auch operiert.

Patienten werden an der MHH aufgenommen, und gleich am nächsten Tag operiert. Das bedeutet, daß sämtliche Voruntersuchungen am Aufnahmetag am Patienten durchgeführt werden: EKG, Röntgen, Lungenfunktionsprüfung, Krankengeschichte und sämtliche Routineuntersuchungen. Für den Patienten bedeutet es eine aufreibende Untersuchungsmühle mit langen Wartezeiten. Eine Patientin, die gerade aufgenommen war, wurde zum Röntgen abgerufen. Der Oberarzt kam zuvor und gab die Anweisung, die Patientin zur Vorlesung zu schicken, und er meinte dazu: „Die Forschung geht schließlich vor.“ Vorlesungen sind um 11 Uhr, wo die Patienten mit ihrer Erkrankung den Studenten vorgeführt werden. Um 11.15 Uhr wird jedoch das Mittagessen ausgeteilt. Da es aber z.B. in der Kieferchirurgie keinen Wärmer gibt, bedeutet es kaltes Essen für die Patienten.

Eine Patientin brach beim ersten Aufstehen nach der Operation zusammen. Durch die Rationalisierung konnte nur eine Pflegekraft sich um die Patientin kümmern. Und so passierte es, daß sich die Patientin eine Platzwunde am Hinterkopf zuzog. Obwohl sie mehrere Tage über stärkere Kopfschmerzen klagte und die Schwester den Vorfall gleich an die Verantwortlichen weitergegeben hat, wurde nichts unternommen. Nach einer Woche wurde sie erst geröntgt. Das Ergebnis war eine Gehirnerschütterung. Dies wurde der Patientin nicht erzählt, so daß sie sich überhaupt nicht erklären konnte, warum es ihr so schlecht ging.

Das „Reformodell“ Medizinische Hochschule Hannover

Die MHH ist 1971 eröffnet worden. Sie ist – anders als Universitätskliniken andernorts – als Schwerpunktkrankenhaus angelegt für die Region Hannover.

In der MHH gibt es modernste und teure Geräte. Es gibt viele Spezialabteilungen. Von Kurator Frenzel wird sie gepriesen als ein Beispiel für das „Gesundheitssystem der Zukunft“ und als ein Stück „mehr Lebensqualität“.

Zwar hat der Bau und der Betrieb der MHH bisher schon Unsummen verschlungen, aber diese Investitionen zahlen sich für das Kapital aus. Der Pflegesatz der Medizinischen Hochschule Hannover ist mit 226,80 DM zumindest in Niedersachsen der höchste. Dafür hat die MHH mit 10,2 Tagen auch die kürzeste Verweildauer für stationäre Patienten in ganz Europa. In der BRD liegt sie im Schnitt bei 18 Tagen.

Vergleicht man nun, welche Kosten für einen Patienten mit gleicher Erkrankung in der MHH und z.B. im Kreiskrankenhaus Gehrden bei Hannover entstehen, wird der ökonomische Zweck schnell deutlich:
MHH: 10 Tage x 226,80 DM ergibt 2268 DM.
Kreiskrankenhaus Gehrden: 18 Tage x 166 DM ergibt 2988 DM.

So ist es auch zu erklären, daß im Raum Hannover Krankenhäuser geschlossen und Betten gestrichen werden. 600 Betten allein in den letzten Monaten. Bestimmte Behandlungen, z.B. Dialyse (Blutwäsche bei Nierenerkrankungen) können jetzt nur noch in der MHH durchgeführt werden. Und dort reichen die Plätze nicht aus, so daß Patienten aussortiert werden müssen, z.B. Rentner.

In der MHH selbst wird kräftig rationalisiert. Schon die Verkürzung der Liegezeiten bedeutet für das Personal Intensivierung der Arbeit: Mehr Pflegemaßnahmen und Behandlungen in kürzerer Zeit. Der Patientendurchlauf wird ständig gesteigert und laufend neue Stationen bzw. Kliniken eröffnet. Ablesen kann man das an der Entwicklung der Pflegetage. 1974 waren es 223 000 Pflegetage, 1975 waren es 273 000 und 1976 sollten 350 000 erreicht werden. Das alles ohne eine Erweiterung des Stellenplans. Im Gegenteil, es wird gestrichen. Im letzten Jahr wurden etliche Stationen mit 18 Betten zu Doppelstationen mit 36 Betten zusammengelegt, verbunden mit der Kürzung des Stellenplans von 15 auf 14 Stellen. Die Folge dieser Rationalisierungen ist ein ständiges Steigen der Arbeitshetze. Überstunden, das Einschieben von zusätzlichen Nachtwachen und dadurch 17 Stunden ununterbrochener Dienst, 3 Wochen Dienst ohne einen freien Tag durcharbeiten usw., das bringt das „Reformmodell“ für das Personal auf Station.

Kampf um Normalarbeitstag am Stadtkrankenhaus Wolfsburg

Wolfsburg. Folgendes Attest bekam ein VW-Arbeiter für die Betriebskrankenkasse VW: „Stadtkrankenhaus Wolfsburg/ Kinderabteilung
Chefarzt Prof. Dr. med. H.Löhr

durchsetzen kann. Die Angehörigen der Patienten sollen einen Teil der Pflegearbeiten gleich selbst übernehmen. Als das in einer Abteilung im VW-Werk bekannt wurde, gab es große Empörung unter den

des Pflegebereiches im Krankenhaus. Aus beiden Gründen begrüßen wir die Protestmaßnahmen der Krankenhausbelegschaft. Wir fordern die IGM auf,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit der Beschluß des Verwaltungsausschusses zurückgenommen wird!
(13 Arbeiter von VW-Wolfsburg)

Kampf um Normalarbeitstag am Stadtkrankenhaus Wolfsburg

Wolfsburg. Folgendes Attest bekam ein VW-Arbeiter für die Betriebskrankenkasse VW: „Stadtkrankenhaus Wolfsburg/ Kinderabteilung
Chefarzt Prof. Dr. med. H.Löhr
Ärztliche Bescheinigung zur Vorlage bei der Krankenkasse
Betrifft Ihr Kind ...
Obengenanntes Kind wird in der Kinderabteilung des Krankenhauses Wolfsburg stationär behandelt. Für die Genesung des Kindes ist es von Wichtigkeit, daß es regelmäßig von der Mutter besucht wird.“

Wie sich später herausstellte, mußte die Frau des Arbeiters das Kind selber wikkeln und füttern, wie es fast alle Mütter beim Besuch auch tun. Der Arbeiter berichtete, daß am Nachmittag zwischen 15 und 16 Uhr ganze zwei Krankenschwestern auf der Station waren, die die kranken Kinder unmöglich versorgen konnten. Er hat ein Gespräch zwischen den beiden Schwestern mitgehört, die sich gerade darüber unterhielten, daß schon wieder eine Schwester krank geworden sei und wie sie sich berieten, wie sie sich den Dienst auf der Station wieder neu einteilen. So und ähnlich wird es auf allen Stationen des Wolfsburger Krankenhauses aussehen, wenn Oberstadtdirektor Hasselbring sein „Sanierungsprogramm“ durchsetzen kann. Die Angehörigen der Patienten sollen einen Teil der Pflegearbeiten gleich selbst übernehmen. Als das in einer Abteilung im VW-Werk bekannt wurde, gab es große Empörung unter den VW-Arbeitern. Ein Teil hat gerade deshalb einen Brief gegen die 5 1/2-Tage-Woche im Krankenhaus unterschrieben.

An die Wolfsburger Nachrichten
An die Wolfsburger Allgemeine Zeitung
An den Kreisvorstand der ÖTV
An die Vertrauensleutekörperleitung VW Wolfsburg

Wir, die Unterzeichner, protestieren gegen den Beschluß des Verwaltungsausschusses des Wolfsburger Stadtrates und seine Bestätigung durch die Einigungsstelle. Wir fordern die sofortige Zurücknahme des Beschlusses: 5/6 Tagewoche und Planstellenstreichung. Die Streichung von 34 Planstellen und die Einführung einer 5/6 Tagewoche im Wolfsburger Krankenhaus, muß zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Kassenpatienten führen, und dies ist die große Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten. Außerdem bedeutet der Beschluß eine drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Kollegen des Pflegebereiches im Krankenhaus. Aus beiden Gründen begrüßen wir die Protestmaßnahmen der Krankenhausbelegschaft. Wir fordern die IGM auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit der Beschluß des Verwaltungsausschusses zurückgenommen wird!
(13 Arbeiter von VW-Wolfsburg)



Am Mittwoch letzter Woche fuhren etwa 100 Beschäftigte des wolfsburger Stadtkrankenhauses in einem Autokorso zu einer Protestkundgebung gegen die Einführung der Fünfeinhalb-Tage-Woche vor das Rathaus. Am nächsten Tag wurde auf einer Personalversammlung als weiterer Kampfschritt Dienst nach Vorschrift vorgeschlagen und noch am gleichen Tag damit begonnen.

Ehrenbergs „Besonnene unter den Ärzten“ wollen an der Verschlechterung des Gesundheitswesens mitwirken

Ärzte müssen sich entscheiden, auf welcher Seite sie stehen

Nach den Aktionen der Ärzte gegen Ehrenbergs Programm zur „Sanierung des Gesundheitswesens“ ist es verhältnismäßig still geworden. Ehrenberg verhandelt mit den Ärzteverbänden, über die Ergebnisse dringt wenig in die Öffentlichkeit. Weitere Aktionen gegen den Gesetzentwurf seien vorerst nicht geplant, versichert die Kassenärztliche Vereinigung. Die bürgerliche Presse, die sich vor vi er Wochen einig war, die „Verantwortungslosigkeit und Maßlosigkeit“ der Ärzte zu verurte ilen, sie hat jetzt die Tonart geändert. Man läßt „Verständnis“ durchblicken und bescheinigt den Ärzten „berechtigten Anlaß zur Sorge um ihre Zukunft.

Die Kommunistische Volkszeitung hat vor vier Wochen geschrieben, daß die Kampfa ktionen der Ärzte unterstützt werden müssen, insofern sie sich gegen den dreisten Angrif f der Bundesregierung auf die Gesundheit, das Leben und den Lohn der Volksmassen richten. Die Häupter der Ärzteorganisationen haben offensichtlich vor, sich mit dem bürgerlichen Staat zu arrangieren. Wie ein kurzer Rückblick auf einige ihrer Äußerungen zeigt, waren ihnen die Aktionen der Ärzte eh ein Dorn im Auge, weil s ie den Ausgleich mit Ehrenberg von Anfang an im Schilde geführt haben.

Muschallik, Vorsitzender des Kassenärztlichen Bundesverbandes am 8.2. in „heut e“:

„Ich würde es sehr bedauern, wenn aus den jetzigen Meinungsschwierigkeiten, di e bestehen, daraus etwas würde, was wieder zu solchen Flugblättern und solchen Maßnahmen führen würde.“

Roos, Bundesvorsitzender des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, im Spiegel am 14.2.:

„... zur Stunde sehe ich darin (im Streik) kein adäquates Mittel ... Aber bei u ns ist es wie bei den Parteien, wir haben die Basis auch nicht immer fest im Griff.“

Bourmer, Vorsitzender des Hartmannbundes, hat laut FAZ vom 2.3. erklär t,

daß „er ‚Ärztestreiks‘ nicht für ein vertretbares Mittel der sozialpolitischen Auseinandersetzung halte“.

„Ich habe das gute Gefühl, daß sich die Besonnenen unter den Ärzten insgesamt durchsetzen werden“, hat Ehrenberg gesagt. Nun, sie bemühen sich. „S ich durchsetzen“ kann nur heißen, das Programm der Bundesregierung bei der Verschlechterung des Gesundheitswesens zu unterstützen. So versicherte Muschalli k wiederholt, daß auch die Ärzte für „kostendämpfende Maßnahmen im Gesundheitswes en“ seien, aber: „Nicht in Konfrontation, sondern in Kooperation“. So sollen laut dem Vorschlag des 2. Vorsitzenden des Bundesverbandes die Kassenärzte „fü r die nächsten zwei Jahre garantieren, daß keine Kostensteigerungen eintreten“. So hä lt Roos „das Gesetz in der jetzt vorliegenden Form für nicht ausgewogen“ und glau bt „nicht, daß es wirklich dem Ziel der Kostendämpfung dienlich ist“.

„Kostendämpfung muß sein, aber ausbaden sollens allein die Patienten“, di e Lohnabhängigen also, fordern diese Herren. Und verbreiten gleich, gegen die Erhö hung der Rezeptgebühren auf 3,50 DM hätten sie nichts, schließlich: „In ‚die Vollen gehen‘ ... tun auf dem Sektor Medikamente nicht die Ärzte, sondern die Versicherten.“ (Roos im Spiegel !4.2.)

Wir sind sicher, daß die Häupter der Ärzteverbände im Widerspruch stehen zu einem größeren Teil der niedergelassenen Ärzte. Die FAZ berichtet von einem Ärztekongr eß:

„Auffallend ist nach wie vor die Unzufriedenheit vieler Ärzte ü ber die von den Spitzenorganisationen getroffenen Abwehrmaßnahmen. Die ‚Peripherie‘ ... fordert militantere Aktionen.“ (11.3.)

Welches Interesse auch sollten die Ärzte, die nicht gerade wie der Vorsitzen de des Ärztetages Sewering einen jährlichen Umsatz von über 600 000 DM haben, ohne die Behandlung der Patienten selbst umfassend durchzuführen, welches Interesse sollt en sie daran haben, durch Medikamentenkürzung, Streichung von Kuren usw. an der Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung des Volkes „mitzuarbeiten“?

Selbst wenn ihre Honorare nicht betroffen würden, blieben immer noch zwei Gründ e, die sie in Widerspruch zu Ehrenbergs Gesetzentwurf bringen: der Stolz auf ihre ärztl ichen Fähigkeiten und die Kenntnis über den gesundheitlichen Zustand der Lohnabhängige n, so daß sie abschätzen können, wie verheerend sich das Ehrenberg-Programm darauf auswirken w ird. Diese Ärzte gilt es zu unterstützen und für das Interesse der Arbeiterklasse nac h unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln sowie na ch Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen zu gewinne n. Dann werden „die Besonnenen“ sich nicht durchsetzen und Ehrenberg in dieser Auseinandersetzung nicht das letzte Wort haben. – (cs)

Hamburg. Am 9.3. führten über 600 Arbeiter und Angestellte der Deutschen Lufthansa im Werftbereich Hamburg einen halbstündigen Warnstreik durch gegen das Angebot der Lufthansa-Kapitalisten in der diesjährigen Tarifauseinandersetzung. Die ÖTV fordert für die Arbeiter und Angestellten im Lufthansakonzern (Haustarif) eine abgestufte Erhöhung der Löhne zwischen 6 % und 10 % für die unteren Lohngruppen, Urlaubsgeld von 300 DM für alle und 50 DM für jedes Kind. Angeboten wurden in der ersten Verhandlung von den Kapitalisten zwischen 4,9 % und 6,4 %, kein Angebot zum Urlaubsgeld, stattdessen eine Einmalzahlung von 100 DM.

Hannover. Vor kurzem ereignete sich in Hannover ein schweres Unglück: Ein Gleisbaukranwagen war mit seinem Ausleger unter die stromführende Fahrleitung gekommen und der Strom tötete einen Bahnarbeiter und verletzte einige schwer. Die Ursache: Damit der Kran möglichst viele Weichen auf den bereitstehenden Flachwagen stapeln kann, muß er seinen Ausleger so hoch wie möglich unter den Fahrdraht fahren: Nach Anordnung der Direktion 15 cm (Vorschrift ist: Man soll dem Draht nie näher als 1,5 m kommen). Ständig müssen die Arbeiter die Last führen, damit sie sich nicht direkt irgendwo hinterklemmt usw. Reißt hierbei die Kette des Ladegeschirrs, was nicht selten ist, schnellt der Ausleger hoch und kommt an die Fahrleitung. Bei Nässe, Nebel usw. passiert das dann noch früher. Ständig wird bei der Arbeit von den Bauleitern getrieben: Termin, Termin! So werden die Unfälle systematisch von der Bahn verursacht.

GEW-Landesvertreterversammlung Niedersachsen

Vom 4. bis 10. März fand in Wolfsburg die Landesvertreterversammlung der in der GEW Niedersachsen organisierten Lehrer statt. Verabschiedet wurden Anträge gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Spaltung der Lehrer durch die „Einführung des Vorbereitungsdienstes für Grund- Haupt- und Realschulen“, „Für die Einstellung aller Lehrer, für Unterstützung aller arbeitslosen Lehramtskandidaten und Assesoren durch ein Arbeitslosengeld, für ausreichende Entlastungsstunden, für die Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrer, gegen die Einstellung von ‚13- Stunden- Feuerwehrlehrern‘, für die Senkung des Pensionsalters.“

Beschlossen wurde auch der Antrag, für den nächsten Tarifkampf einen ausreichenden Festgeldbetrag zu fordern. Ausdrücklich legten die Delegierten fest, auch zum Kampfmittel Streik zu greifen, wenn die Forderung nicht anders durchgesetzt werden kann.

Beschlossen wurde auch der Antrag, für den nächsten Tarifkampf einen ausreichenden Festgeldbetrag zu fordern. Ausdrücklich legten die Delegierten fest, auch zum Kampfmittel Streik zu greifen, wenn die Forderung nicht anders durchgesetzt werden kann.

Frister will die Lehrer gegen die Bauern hetzen

Der sozialdemokratische GEW-Vorsitzende Frister hat eine Änderung der „Finanzpl anung“ verlangt, um die Arbeitslosigkeit der Lehrer zu beenden. Gefordert wird u.a. die „stärkere Besteuerung hoher Unternehmergewinne“, zusätzliche Einkommenssteuer ab 3 500 DM und ein *Abbau von Steuerprivilegien, beispielsweise in der Landwirtsc haft*“. 8 Wochen vorher hatte der ebenfalls sozialdemokratische Finanzminister Apel erkl ärt, das „Einkommensprivileg der deutschen Bauern“ müsse beseitigt werden. Und auch gleich entsprechende Maßnahmen angekündigt, nämlich eine „kleine Steuerreform“ , die zirka 10 % mehr Steuern für die kleinen Bauern bedeutet. (siehe KVZ Nr. 4/77) Sicher werden mehr als 10 % von ihnen dadurch binnen kürzester Zeit ruiniert und als Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die arbeitslosen Lehrer, die ebenfalls ins Proletariat absinken, unter den Fahnen der Steuererhöhung für Bauern mit Apel und Frister – so denkt sich das Frister, und damit es besser zie ht, wirft er die Profite der Kapitalisten mit den Bauerneinkommen in einen Topf. Das ist ungefährlich. Die stärkere Besteuerung der Profite hat Apel nicht vor, im Gegent eil, wohl aber das Bauernlegen.

Die arbeitslosen Lehrer sind zum größten Teil in der GEW. Nicht weil sie solche n Spaltungsmanövern von Regierung und Gewerkschaftsführung folgen wollen. Sondern weil sie nur durch den gemeinsamen Kampf mit den Lehrern, die eingestellt sind, etwas erreichen können. Die müssen durch Mehrarbeit die nicht eingestellten teilweise ersetzen, gegen sie wird die große Zahl der arbeitslosen Lehrer als Druckmittel eingesetzt. Statt so naiv zu sein, wie Frister es meint, und zu glauben, Steuererhöhungen brächten mehr eingestellte Lehrer, demonstrieren die arbeitslosen Lehrer mit den Arbeitern und Bauern und mit deren Kindern gegen den bürgerlichen Staat, der die unerträglichen Schulverhältnisse v erantwortet. Fristers Manöver soll gerade diesen Zusammenschluß zersetzen. Der Sozialdemokrat ie ist es nur durch Spaltung und Aufhetzung der Volksmassen gegeneinander möglich, das umfassende Raubzugprogramm der Finanzbourgeoisie durchzusetzen. Die Studente n und Lehrer für mehr Steuern für die Bauern, die Bauern und Arbeiter gegen höhere s BAFöG – solche Spaltungslinien wollen sie ziehen. Die arbeitslosen Lehrer haben über scheinbar gemeinsame Interessen mit dem bürgerlichen Staatsapparat Erfahrun gen: Zu Beginn ihrer Ausbildung wurde ihnen von den selben Sozialdemokraten dringend zugeraten, den Lehrerberuf zu wählen. Heute stehen sie da. Warum sollten sie der Bourgeoisie jetzt mehr Glauben schenken?

Bremen. Ab 1.8. soll in allen Bremer Berufsschulen Blockunterricht eingeführt werden. Die Blöcke sollen von einer bis 13 Wochen Länge sein. Mit der Einführung des Blockunterrichts wird die Zeit, in der der Lehrling nicht den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung steht, weiter zusammengedrückt. An der Berufsschule Elmerstraße ist der Blockunterricht in den 13 Wochen auf 150 Stunden zusammengekürzt worden.

39 Wochen im Jahr kann dann der Auszubildende als vollwertige Arbeitskraft in der Fabrik eingesetzt werden. Gegen die Einführung des Blockunterrichts wird der Kampf organisiert. Die Basisgruppe an der Berufsschule Holter Feld hat den Schülern eine Resolution vorgeschlagen, die vom Schülerring der Berufsschule Holter Feld Block AC Maschinenbau bereits verabschiedet wurde. Darin heißt es u.a.:

„. . . Die Einführung des Blockunterrichts dient einzig und allein den Interessen der Kapitalisten, die jugendliche Arbeitskraft, die eine reiche Profitquelle ist, besser in den Produktionsablauf einplanen zu können, d.h. besser ausbeuten zu können.

Davon ausgehend, daß die Jugend das Interesse an einer qualifizierten und umfassenden Ausbildung hat, muß sie sich zusammenschließen, um die Einführung des Blockunterrichts zu verhindern. Der Zusammenschluß muß unter den Forderungen „Für 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Weg mit dem Blockunterricht!" stattfinden, um die Verschlechterung der Ausbildung wirksam zu bekämpfen. Der Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung muß geführt werden mit dem Bewußtsein, daß die lernende und arbeitende Jugend das Interesse an einer einheitlichen, qualifizierten und umfassenden Ausbildung hat.

Damit wir uns zusammenschließen können, brauchen wir Vollversammlungsrecht, unzensierte Schwarze Bretter, unabhängige, selbständige Schülerringe."

In einer Konferenz mit Vertretern der Lehrlinge, Schülern, des Ortsjugendausschusses der Gewerkschaft und Lehrern der verschiedenen Berufsschulen wurde vereinbart, Versammlungen in den einzelnen Schulen einzuleiten.

Wildeshausen. Mit großer Mehrheit hatten sich auf zwei Klassenversammlungen der Berufsbildenden Schule Wildeshausen etwa 90 Eltern und Schüler dafür ausgesprochen, daß der kommunistische Lehrer Manfred Rebensburg keine Fünfen und Sechsen erteilt. Als dieser Beschluß durch ein Flugblatt öffentlich bekannt wurde, sollte M. Rebensburg den Notenerlaß unterschreiben. Er weigerte sich. Daraufhin wurde seine Suspendierung angedroht.

Wildeshausen. Mit großer Mehrheit hatten sich auf zwei Klassenversammlungen der Berufsbildenden Schule Wildeshausen etwa 90 Eltern und Schüler dafür ausgesprochen, daß der kommunistische Lehrer Manfred Rebensburg keine Fünfen und Sechsen erteilt. Als dieser Beschluß durch ein Flugblatt öffentlich bekannt wurde, sollte M. Rebensburg den Notenerlaß unterschreiben. Er weigerte sich. Daraufhin wurde seine Suspendierung angedroht.

Großen Wirbel erregten am folgenden Tag an der Schule angebrachte Parolen: „Weg mit dem Notensystem", „Einheitsschule" und „Manfred Rebensburg muß Lehrer bleiben". Auf der am selben Tag einberufenen Personalversammlung versuchte die Schulleitung vom Kollegium die Zustimmung zur Suspendierung von Manfred Rebensburg zu erhalten. Das gelang nicht. Alle Hebel setzte daraufhin die Reaktion in Gang, um zu spalten. Sie drohte damit, daß Schüler der Berufsschule Wildeshausen jetzt, da bekannt sei, daß ein kommunistischer Lehrer keine Fünfen und Sechsen mehr erteile, kaum noch Lehrstellen bekämen. Die Schüler ließen sich aber nicht einschüchtern und riefen zu einer Veranstaltung auf.

40 bis 50 Menschen kamen – etwa genausoviel wie tags zuvor zur Veranstaltung des KBW. Anwesend waren auch einige Vertreter der örtlichen Kleinbourgeoisie. Mit Entsetzen stellten sie fest, daß es jetzt auch schon eine Zelle des KBW in Wildeshausen gebe. Die versammelten Schüler und Eltern gründeten eine Initiative gegen das Notensystem, gegen die Entlassung des Kommunisten Manfred Rebensburg aus dem Schuldienst und für die Einheitsschule. Vorbereitet wird eine Vollversammlung der Berufsschüler.

Dransfeld. In der 6. Klasse der Dransfelder Schule wird im Kurssystem unterrichtet. In Englisch gibt es einen A 1, einen A 2 und einen B-Kurs. Jetzt hat der Schulleiter Stauder festgestellt, daß ein A-Kurs zuviel da ist, der die Schüler für eine weiterführende Schule qualifizieren würde. Deshalb hat er auf Schleichwegen einen A 2-Kurs zu einem weiteren B-Kurs umgewandelt, indem er dort eine Stunde Englisch weniger unterrichten läßt. Die Schüler dieses Kurses sollen dann aufgrund der schlechteren Zensuren im Vergleich zum anderen A-Kurs (wo eine Stunde mehr Unterricht erteilt wird) ausgesiebt werden für die Hauptschule.

Göttingen. Um die Schüler ins Schulgefängnis zu zwingen und sie der Auslese in der Schule zu unterwerfen, greift die Schulleitung des 5. Gymnasiums zu Ordnungsrecht und Geldstrafen. Sie schreibt in den „Informationen für die Kurswahl im 2. Halbjahr 76/77: „Fehlen Sie mehrere Stunden unentschuldigt – oder unzureichend entschuldigt – muß die Schule beim Ordnungsamt Göttingen gegen Sie Anzeige erstatten, von dort wird eine Ordnungsstrafe verhängt." Mindestens einmal wurde diese Ordnungsstrafe schon angewandt: Ein Schüler muß 750 DM bezahlen. Mindestens drei weiteren Schülern ist eine Geldstrafe angedroht worden.

Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Briefe an die ZANU

9 c der Hauptschule Vöhrum

Von 21 Schülern der Klasse 9c der Hauptschule Vöhrum haben 15 den nebenstehenden Brief an die Zanu geschrieben. (Vier waren krank und zwei wollten nicht unterschreiben) Am 12.3. wurde in der Biologiestunde der Inhalt des Briefes von einigen Schülern noch einmal diskutiert. Die Biologielehrerin bekam das mit und verlangte die Herausgabe des Briefes. Mit Drohungen wie: „Ihr geht gleich zu Herrn Sittig" (Herr Sittig ist Rektor der Schule) versuchte sie, die Herausgabe des Briefes zu erreichen. Die Schüler kümmerten sich nicht um ihr Geschwätz und teilten ihr lediglich mit, daß der Brief einen guten Zweck erfülle.

Schon vor einiger Zeit erzählte der Rektor in der Klasse 9c, daß Südafrika und Zimbabwe mit die freiesten Länder Afrikas seien. Das wurde von den Schülern angegriffen. Eine Schülerin berichtete, daß die Schwarzen in beiden Ländern brutal unterdrückt und ausgebeutet werden. Der Rektor Sittig daraufhin: „Die Schwarzen haben genug zu essen und zu trinken." Außerdem seien die Weißen vor den Schwarzen dagewesen. Er erntete das Gelächter von der ganzen Klasse, weil sie wußte, daß Cecil Rhodes Zimbabwe als Kolonie für die Engländer eroberte und daß damals die schwarze Bevölkerung einen erbitterten Widerstand leistete. Die Schüler forderten von Rektor Sittig, in seinem Unterricht eine von der GUV (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe) herausgegebene Unterrichtseinheit zu Zimbabwe zu behandeln.

An die 400 Schüler in den Ausbildungslagern der Zanu (Zimbabwe)

Wir möchten gerne mit Euch Kontakt aufnehmen. Wir haben schon viel aus Euren Land gehört und finden es richtig, daß Ihr Euer Land vom Imperialismus u. Unterdrückung befreien wollt und Euch deshalb als Befreiungskämpfer ausbilden läßt.
Wir werden in der Schule auch unterdrückt und führen seit einiger Zeit einen Kampf dagegen
Uns würde interessieren was Ihr zum Befreiungskampf braucht, da wir Euch gerne unterstützen möchten.

Mit solidarischem Gruß
Schüler der Klasse 9c

Kevin Schmiedel
Barbara [illegible]
Ramona Wettstach
Andreas [illegible]
Christiane Meyer
Michael Fraese
Marianne Schlüter
Dirk Ender

Jugendliche aus dem Kinder- und Jugendhaus des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Osnabrück:

„Osnabrück, am 14.3.77 Bramscher Straße 11
Liebe Kameraden!
Wir sind eine Gruppe von Arbeiterjugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Knapp die Hälfte von uns ist arbeitslos. Wir werden von den gleichen Imperialisten ausgebeutet wie Ihr. Wir gehören der gleichen ausgebeuteten Klasse an wie Ihr. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns gegenseitig durch die internationale Solidarität im Kampf gegen unseren gemeinsamen Gegner unterstützen. Mit großer Freude haben wir von Eurem Entschluß, Euch auf die Seite des kämpfenden Volkes von Zimbabwe zu stellen, gehört. Von daher sind wir bereit, Euch im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zu unterstützen. Bitte schreibt uns, wie wir das am besten machen können.

Wir würden uns auch freuen, wenn Ihr uns Informationen über die Lage der Jugendlichen in den von den Weißen besetzten und den inzwischen befreiten Gebieten zukommen lassen würdet.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!"

Brief von 31 Jugendlichen aus Hamburg-Eimsbüttel:

„An die Jugendlichen von Zimbabwe!
Liebe Freunde!
Wir finden das gut, daß ihr diesen Aufstand gemacht habt. Wir hoffen, daß ihr die Weißen bald vertrieben habt und wünschen euch viel Erfolg.
Chimurenga Zimbabwe Chimurenga Zimbabwe pamberi ne chimurenga!"
31 Jugendliche aus Hamburg-Eimsbüttel

10 Schüler einer Sprachheilschule in Hannover schreiben an die Jugend Zimbabwes:

„Liebe Kinder von Zimbabwe, wir finden es gut, daß ihr für eure Freiheit kämpft.. Wir wollen auch in Hannover den Kampf aufnehmen (unsere Klasse). Es grüßen euch . . ."

Vier Schüler des Gymnasiums Bremen-Horn

„Wir, Schüler des Gymnasiums Horn aus Bremen, haben davon gehört, daß Ihr aus der Schule weggegangen seid, um Befreiungskämpfer zu werden. Wir haben schon viel über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gehört und unterstützen die Befreiung. Euer Kampf ist ein gerechter Kampf und muß zum Sieg führen.

Hier in der BRD führt die Jugend den Kampf gegen die Ausbeutung im Betrieb und die staatliche Unterdrükkung in der Schule. Wir wissen, daß die BRD-Imperialisten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Siedler-Herrschaft in Zimbabwe haben. Daher ist unser Kampf gegen die staatliche Unterdrückung und Reaktion auch ein Teil Eures Kampfes für die Befreiung des Volkes von Zimbabwe von Imperialismus und Kolonialismus.

Weil Euer Kampf auch unserer ist, wollen wir Euch unterstützen und bitten Euch, uns zu antworten, was Ihr für Euren Befreiungskampf braucht."

fahrtsverbandes Osnabrück:
„Osnabrück, am 14.3.77 Bramscher Straße 11
Liebe Kameraden!
Wir sind eine Gruppe von Arbeiterjugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Knapp die Hälfte von uns ist arbeitslos. Wir werden von den gleichen Imperialisten ausgebeutet wie Ihr. Wir gehören der gleichen ausgebeuteten Klasse an wie Ihr. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns gegenseitig durch die internationale Solidarität im Kampf gegen unseren gemeinsamen Gegner unterstützen. Mit großer Freude haben wir von Eurem Entschluß, Euch auf die Seite des kämpfenden Volkes von Zimbabwe zu stellen, gehört. Von daher sind wir bereit, Euch im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zu unterstützen. Bitte schreibt uns, wie wir das am besten machen können.
Wir würden uns auch freuen, wenn Ihr uns Informationen über die Lage der Jugendlichen in den von den Weißen besetzten und den inzwischen befreiten Gebieten zukommen lassen
ist unser Kampf gegen die staatliche Unterdrückung und Reaktion auch ein Teil Eures Kampfes für die Befreiung des Volkes von Zimbabwe von Imperialismus und Kolonialismus.
Weil Euer Kampf auch unserer ist, wollen wir Euch unterstützen und bitten Euch, uns zu antworten, was Ihr für Euren Befreiungskampf braucht."

„Menschenrechte" und Arbeiterrechte

Unter der Phrase von den „Menschenrechten" will Carter die in Verruf gekommene Supermacht USA beim Kampf um die Weltherrschaft wieder in die Offensive bringen. Dazu müßten die USA selbst „in der Sorge um die Menschenrechte ... eine Norm setzen", hat er auf einer Pressekonferenz am 26. Februar angekündigt.

Carter hat wiederholt „die Ideale von Thomas Jefferson", einem der ersten Präsidenten der USA und Autoren ihrer Unabhängigkeitserklärung, als seinen Idealen entsprechend bezeichnet. In der Unabhängigkeitserklärung der USA waren erstmals die „Menschenrechte" feierlich als Verfassungsprinzipien proklamiert worden: „daß alle Menschen gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, darunter Leben, Freiheit und das Streben nach Glück".

Jefferson, wie die anderen „Väter der Verfassung", war großer Sklavenhalter und Grundbesitzer. Unter seiner Präsidentschaft nahm die weitere Ausbreitung der Sklaverei einen schwungvollen Aufschwung. Die „unveräußerlichen Rechte" und das „Streben nach Glück", wie in der Verfassung proklamiert, entpuppte sich als das Recht der Sklavenhalter und Kapitalisten zur unermüdlichen Ausbeutung der unfreien Arbeiter, ihrem kaufmännisch kalkulierten Zu-Tode-Schinden. Die Rechte der Sklaven bestanden in nichts außer dem „unveräußerlichen Recht" ausgebeutet zu werden. Sie galten überhaupt nicht als Menschen. (Nicht anders als die Indianer, durch deren Vertreibung und Ausrottung das Land zusammengeraubt war.)

Die Sklaven nahmen sich das Recht auf Rebellion. Durch ihre fortgesetzten Rebellionen und schließlich durch den Bürgerkrieg, den die Kapitalisten der Nordstaaten aus Konkurrenzgründen begannen, aber den die Bataillone der Arbeiterfreiwilligen und der entflohenen Sklaven ausfochten, kam die Sklavenwirtschaft zu Fall. Das war ein Sieg der ausgebeuteten Massen gegenüber dem „Menschenrecht" der Ausbeuter auf völlige Abhängigkeit und Unfreiheit der Arbeiter.

Doch die Abschaffung der direkten Sklaverei verallgemeinerte zunächst nur die Lohnsklaverei. Kein einziges Recht, das die Arbeiter nicht in heftigsten, oft Jahrzehnte dauernden Kämpfen der Kapitalistenklasse abtrotzen mußten, die alle Mittel der Unterdrükkung anwandte, um die Ideale des Thomas Jefferson und der anderen Sklavenhalter zu verteidigen: das „Menschenrecht" auf Ausbeutung und das „Streben nach Glück" durch Höchstprofit.

Die Wahl Carters zum Präsidenten drückt das steigende Gewicht der Südstaaten in der kapitalistischen Wirtschaft der USA aus. Worin besteht dieses steigende Gewicht? Die großen Konzerne lagern im Rahmen ihrer sogenannten „Südstrategie" systematisch Fabriken in die südlichen Staaten aus, weil sie dort auf eine Massenarbeitslosigkeit von 20, 30 oder noch mehr Prozent treffen. Die auf den großen Plantagen massenweise herausrationalisierten Landarbeiter, zum großen Teil Nachfahren der früheren Baumwollsklaven, sind fast ohne gewerkschaftliche Organisation. Reaktionäre „Recht-auf-Arbeit"-Gesetze unterdrücken alle Bestrebungen dazu. Sie müssen oft um 30 Prozent höhere Arbeitsnormen und bis zu 2 Dollar niedrigere Stundenlöhne in Kauf nehmen, im Vergleich zu den Arbeitern im Norden, die viel besser organisiert sind und im letzten Jahr in großen Streikkämpfen sich der wachsenden Verelendung durch Lohnraub und Ausplünderung entgegengestemmt haben. Die „Südstrategie" der US-Monopole ist ein wesentlicher Teil ihres Angriffs auf die Rechte und Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse der USA. Carter ist dort selbst Grundbesitzer und Besitzer von Fabriken. Bevor er Präsident wurde, war er Gouverneur von Georgia, einem dieser Südstaaten. Wenn Carter die Ideale Thomas Jeffersons, Menschenrechte und Gottesfurcht predigt, dann meint er: Lohn*sklaverei*.

Göttingen: Erbitterter Kampf gegen kapitalistische Stadtsanierung





Göttingen. Am Montag, dem 17.3. wurde das stadteigene Haus in der Weender Straße 79 besetzt. Die Besetzung sollte verhindern, daß das ganze Reitstallviertel dem Erdboden gleich gemacht wird, damit der Oetker-Konzern, der dieses Viertel fast vollständig aufgekauft hat, dort seinen Profit machen kann. Über 6 000Bewohner der Göttinger Innenstadt sind in den letzten 15 Jahren in die Trabantenstädte vertrieben worden.

Durch einen Polizeieisatz gelang es zunächst, das Haus zu räumen. Die Verhaftung der Besetzer wurde jedoch verhindert. Ausgehend von einer Demonstration mit 300 Teilnehmern wurde das Haus am selben Abend erneut besetzt. Dienstag fanden mehrere Polizeiangriffe statt, doch vergeblich. Denn die Besetzung findet volle Solidarität unter der Bevölkerung. Die Göttinger Polizei ist zersetzt und wird zurückgezogen. Am Mittwochmorgen hat die Bourgeoisie mit sieben Hundertschaften Polizei aus ganz Niedersachsen die Innenstadt in eine Festung verwandelt. Mit dieser Übermacht kann sie das Haus räumen. Nachmittags demonstrieren 1 500 gegen den Abriß des Hauses und gegen die Polizeiaktion.

Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde am 19.3.

Am 19.3. wird in Grohnde gegen das KKW, das sich im Bau befindet, demonstriert. Am 12.3. demonstrierten gegen die Atommülldeponie in Gorleben und Umgebung 10 000 bis 15 000 Menschen.

An verschiedenen einzelnen Punkten will der bürgerliche Staat sein imperialistisches Energieprogramm durchsetzen.

Die Kernkraftwerke müssen gebaut werden, die „Entsorgung" muß gesichert sein, um die Ausbeutung im eigenen Land und die imperialistische Expansion fortzusetzen und auszubauen.

War Gorleben und ist Grohnde ein neues Brokdorf, wo der Kampf eine Entscheidung sucht?

In den letzten Monaten hatte sich der politische Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm zugespitzt um das KKW Brokdorf. Über 50 000 Menschen haben sich an der Demonstration gegen das KKW Brokdorf beteiligt. Sie hatten die Sympathie von Millionen, denen klar war: Besetzen wir den Bauplatz, werden sich die Kräfteverhältnisse zwischen dem bürgerlichen Staat auf der einen Seite und der Arbeiterklasse, den Bauern und den Volksmassen auf der anderen Seite für den weiteren Kampf wesentlich verändern. Verändern zugunsten der Massen. So stellt sich die Lage in Grohnde noch nicht dar.

Den Massen war klar, dies wird sich positiv gegen den Bau des KKW in Brokdorf auswirken und wird sich positiv für die Bewegung gegenüber allen anderen KKWs auswirken. Wird sich vor allem positiv auf den Einfluß im Kampf der Volksmassen an den anderen Fronten gegen den Bau der KKWs ausdrücken.

Die Demonstration gegen das KKW Brokdorf hat diese Wende nicht erreicht. „Gemäßigten Kräften" ist es gelungen, auf die Demonstration einzuwirken und sie von dem Ziel der Besetzung des Bauplatzes Brokdorf abzuhalten.

Der Kampf gegen das KKW in Grohnde, Krümmel, Geesthacht und an anderen Orten wird fortgesetzt.

Dieser Kampf ist ein langwieriger und schwieriger Kampf. Soll das KKW gebaut werden, sind wir gegen den Bau, soll es in Betrieb genommen werden, sind wir gegen die Inbetriebnahme, wird das KKW betrieben, sind wir dagegen. Daß diese Auseinandersetzungen zäh geführt und langwierig geführt werden müssen, zeigen die Kämpfe in Wyhl und Brokdorf deutlich.

Ist der politische Zusammenschluß der Massen fest, kann dieser Kampf geführt und für die Interessen der Massen entschieden werden.

Die Bürgerinitiative Hameln schreibt zur Demonstration zu Grohnde: „Der Kampf gegen das Atomkraftwerk Grohnde muß aber in erster Linie von der ortsansässigen Bevölkerung getragen werden."

Eine Reisetätigkeit zwecks Verhinderung des Baus von Kernkraftwerken ist eine Linie, die den Bau nicht verhindern wird und der die Massen überhaupt nicht folgen können. Der politische Kampf muß an dem Ort und in der Umgebung des Kernkraftwerks oder der Atommülldeponie entschieden werden.

Wollen die Massen den Bau der Kernkraftwerke verhindern, müssen sie den Zusammenschluß auf der richtigen Linie suchen.

Weil dies die Opportunisten vom KB Nord fürchten, stellen sie Forderungen auf wie: „Für einen Frauenblock am 19.3.!" Vorschläge auf der Konferenz zur Vorbereitung der Demonstration in Grohnde, daß Arbeiter und Bauern sprechen müssen, wurden abgetan. „Die Frauen müssen zur Sprache kommen."

Die politische Lage ist klar, die bürgerlichen Kräfte wollen die Arbeiter und Bauern, die sich zusammenschließen müssen, um diesen Kampf zu entscheiden, spalten und mit bürokratischen Ideen wie Frauenblocks Verwirrung stiften.

Entschieden wird der Bau des KKW in Grohnde und auch anderswo, indem die Einheit der Volksmassen auf Grundlage ihrer Interessen und auf Grundlage von Forderungen, die ihren Interessen entsprechen, hergestellt wird. Wenn einer Frau aus Hamburg befohlen wird, mit einer Frau aus Hameln oder auch aus Hamburg-Harburg zu laufen, dann ist das eine Beamtenidee. Wird der Zusammenschluß nicht organisiert, wird die Bewegung desorganisiert.

Die Lage ist günstig, um die nächsten Ziele der Arbeiterklasse und der Volksmassen festzulegen. Klar geworden ist dies durch die Demonstration in Gorleben. Viele Menschen aus der Umgebung haben sich an der Demonstration beteiligt.

In Grohnde treten die Opportunisten vom KB Nord ähnlich wie bei Brokdorf auf. Sie lassen aber diesmal die letzte Entscheidung offen. Eine Bauplatzbesetzung sei nicht auszuschließen, meinen sie auf ihrem Flugblatt.

Verhindern sie auf der einen Seite den bewußten Zusammenschluß der Massen wollen sie es nicht dabei belassen. Sie wollen die Bewegung, die politisch gespalten ist, gegen die Mauern des Bauplatzes führen, nicht, um den Bauplatz zu schleifen, sondern, um dann schnell das Scheitern zu erklären.

Die Position der Opportunisten ist klar. Die revolutionären Kräfte müssen für den Zusammenschluß der Massen eintreten, müssen dafür eintreten, daß die Einheit der Arbeiter und Bauern hergestellt wird. Dazu muß die Demonstration und Kundgebung in Grohnde genutzt werden. Das ist jetzt die Hauptsache. Im ganzen Land werden jetzt die Maidemonstrationen vorbereitet. Der Zusammenschluß im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm wird sich in den Maidemonstrationen ausdrücken.

Die Bezirksverbände Hannover und Südliches Niedersachsen rufen zur Demonstration nach Grohnde auf. Die Demonstration in Grohnde wird gleichzeitig am Samstag unterstützt mit einer Enthüllungs- und Propagandakampagne in ganz Norddeutschland. Dies wird nicht nur dem Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern und der ganzen Volksmassen dienen, sondern für die Interessen und Ziele des Kampfes gegen das Energieprogramm im ganzen Land unterstützend sein.

Regionalleitung Nord
Ständiger Ausschuß
Hannover, den 14.3.77

Den Massen war klar, dies wird sich positiv gegen den Bau des KKW in Brokdorf auswirken und wird sich positiv für die Bewegung gegenüber allen anderen KKWs auswirken. Wird sich vor allem positiv auf den Einfluß im
hindern wird und der die Massen überhaupt nicht folgen können. Der politische Kampf muß an dem Ort und in der Umgebung des Kernkraftwerks oder der Atommülldeponie entschieden werden.
Gorleben. Viele Menschen aus der Umgebung haben sich an der Demonstration beteiligt.
In Grohnde treten die Opportunisten vom KB Nord ähnlich wie bei Brokdorf auf. Sie lassen aber diesmal
des Kampfes gegen das Energieprogramm im ganzen Land unterstützend sein.
Regionalleitung Nord
Ständiger Ausschuß
Hannover, den 14.3.77

Hamburg. Zur Wahl als Delegierter für die Demonstrationsleitung am 19.3. in Grohnde standen in der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Hamburg Hopfenmüller und Storiem. Storiem wurde mit 55 Stimmen gewählt, Hopfenmüller erhielt 30 Stimmen. Storiem vertritt die Position des Arbeitskreises Politische Ökologie.

Meppen. Um das Kernenergieprogramm endlich zügig durchzuführen, plant die westdeutsche Bourgeoisie, ein sogenanntes Zwischenlagerbecken zu errichten. Der Vorteil für die Bourgeoisie: Genehmigungsbehörde ist das Innenministerium in Bonn (und nicht wie bei den Wiederaufbereitungsanlagen die jeweilige Landesregierung), es gibt kein Anhörungsverfahren, was den Bau einer solchen Anlage herauszögern könnte. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernstoffen (DKV) hofft, bereits in einem Jahr mit dem Bau zu beginnen.

Nachdem die Meppener Tageszeitung diesen neuen Plan bekanntmachte, führte die Bürgerinitiative sofort zwei Aktionstage in der Stadt durch. Denn klar ist, auch diese Anlage ist nicht sicher, wie die Fachleute der DWK sagen. Die Brennelemente sollen „abklingen" und setzen dabei natürlich Radioaktivität frei. Die Unfallgefahr bei Transport und die Gefahr der Verseuchung von Wasser und Boden und damit die Vernichtung von Tausenden von Bauernexistenzen ist groß.

Die Mitgliederversammlungen der Bürgerinitiativen im Emsland werden die Situation auf der nächsten Mitgliederversammlung beraten und Maßnahmen festlegen. Geplant ist bereits eine Kundgebung am geplanten Bauplatz in der Nähe von Meppen.

Wolfsburg. Eine junge Arbeiterfamilie, der Mann Student, die Frau Lehrling, ein Baby, hat zum Lebensunterhalt 736 DM (336 DM Lehrlingsvergütung und 400 DM Unterstützung durch die Eltern) Der Antrag des Mannes auf BAFöG wird

Wolfsburg. Eine junge Arbeiterfamilie, der Mann Student, die Frau Lehrling, ein Baby, hat zum Lebensunterhalt 736 DM (336 DM Lehrlingsvergütung und 400 DM Unterstützung durch die Eltern) Der Antrag des Mannes auf BAFöG wird nun schon ein dreiviertel Jahr bearbeitet. Das Geld reicht vorne und hinten nicht, sie brauchen mindestens 1 200 DM und können nur leben, weil die Eltern für sie einkaufen und mitkochen. Das Kind wird tagsüber von den Eltern in Pflege genommen, damit die Frau noch arbeiten gehen kann.

Als die beiden Wohngeld beantragten, sagte man ihnen auf dem Sozialamt: „Sie brauchen erst gar keinen Antrag stellen. Wenn Ihr Mann kein BAFöG bekommt, bekommt er auch kein Wohngeld."

So sehen die „Hilfen" des Staates aus, die zum Beispiel bei den Pro-Familia-Beratungsstellen propagiert werden, um die Frauen zum Austragen der Schwangerschaft zu zwingen. Während der Schwangerschaft spielt sich der Staat als Beschützer des ungeborenen Lebens auf, danach kann man sehen, wie man zurechtkommt. Der Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 und die Forderung nach 100 DM mehr BAFöG und Erhöhung des Elternfreibetrags auf 1 500 DM ist zwingend gegeben.

Die Abenteurer und Spekulanten werden auch durch Unterdrückung, Erpressung und Betrug ihr Ziel nicht erreichen

Mit aller Macht drängt die Bourgeoisie darauf, ihr imperialistisches Energieprogramm durchzusetzen. Um den Widerstand der Volksmassen zu brechen, arbeitet die Bourgeoisie an deren Spaltung. Von Zeit zu Zeit brüstet sie sich mit „Erfolgen".

Den tatsächlichen Charakter dieser „Erfolge" enthüllen die folgenden Artikel: Er besteht in Unterdrückung, Betrug, Erpressung, unterstützt durch die Sozialdemokraten, die die Führung der Gewerkschaften besetzt halten. Zeitweilig mag es der Bourgeoisie dadurch noch gelingen, den Zusammenschluß der Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse aufzuhelfen. Doch die Entwicklung läuft denkbar ungünstig für sie und ihr abenteuerliches Programm. Der Betrug wird durchschaut, der Erpressung sich nicht gebeugt, die Unterdrückung bekämpft.

Interview mit einem Arbeiter der Kraftwerksunion

Noch im Dezember war die Bourgeoisie, im Ruhrgebiet allen voran die Kraftwerksunion (KWU), mit großem Eifer und scheinbarem Erfolg dabei, die Arbeiterbewegung im Kampf gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung zu spalten und vor ihren imperialistischen Karren zu spannen. 5 000 KWU-Arbeiter sind unter Transparenten für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und für den Bau von Kernkraftwerken gegen die Bewegung gegen die Kernkraftwerke durch Mühlheim demonstriert. An die Spitze hatte sich die Geschäftsleitung, Betriebsratsvorsitzender Busch (SPD) und andere führende Gewerkschaftsvertreter gesetzt.

Die Arbeiter von KWU – Verteidiger der Profite ihrer Ausbeuter und deren Klasse? So soll es nach dem Willen der KWU-Kapitalisten gehen. Es geht nur mit Betrug, Drohungen und blankem Terror gegen die Belegschaft, wie ein Dreher uns berichtet hat.

Wie ist es zu der Demonstration im Dezember gekommen? Was ist an diesem Tag geschehen?

Ich kam zur Arbeit um sechs Uhr. Acht Uhr kam der Vertrauensmann rum und sagte, wir demonstrieren heute. Wir fragten ihn, ob wir das bezahlt kriegen. Darauf bekamen wir keine Antwort, also dachten wir, daß wir das bezahlt kriegen. Wir zogen los und trafen uns alle am Tor. Dann zogen wir durch die Stadt. Wir haben uns dann versammelt auf dem Platz an der Stadthalle, und da wurde uns vom Betriebsratsvorsitzenden Busch gesagt, daß die Demonstration freiwillig geschehen wäre und daß es unbezahlt wäre. Und daß nicht der Betriebsrat und auch nicht die Gewerkschaft dazu aufgerufen hätten, sondern spontan von der Belegschaft gekommen wäre. Was ja nicht stimmt, da sie durch die Vertrauensleute dazu aufgefordert haben.

Es hat jetzt eine Betriebsversammlung stattgefunden. Kannst du berichten, wie sie abgelaufen ist?

Der Betriebsrat und Vertreter der IG Metall waren strikt gegen die Bürgerinitiative Umweltschutz. Uns wurde mit Entlassung gedroht, wenn wir dafür sind und wenn wir darüber diskutieren oder andere aufwiegeln, gegen Kernkraftwerke zu sein.

Du bist Mitglied der IG Metall. Was hältst du davon, daß der DGB in Mühlheim auf einer Pressekonferenz die Bürgerinitiativen dafür verantwortlich macht, wenn Arbeitsplätze gefährdet würden?

Ich meine, daß die Gewerkschaftsvertreter mit den Unternehmern gemeinsame Sache machen und die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Busch hat bekanntgegeben, daß im zweiten Halbjahr 1976 insgesamt 200 Arbeiter entlassen worden wären.

In unserem Betriebsbereich wird ständig mit Entlassung gedroht. Mein Ablöser ist selbst entlassen worden, weil er seine Akkordprozente nicht schafft. Ich habe deswegen auch schon einen schriftlichen Verweis.

Derweil die Gewerkschaftsführer der Bourgeoisie die Stiefel lecken, wird der Druck auf die KWU-Arbeiter intensiviert. Vor einigen Wochen hatte sich ein Vertrauensmann in einem Leserbrief an die „Neue Ruhr Zeitung" dagegen gewandt, immer wieder Erklärungen für den Bau von Kernkraftwerken abgeben zu müssen, und erklärt, er werde es nicht mehr tun. Er ist kurze Zeit später unter fadenscheinigen Vorwänden entlassen worden.

Zur Zeit läuft im Betrieb eine Unterschriftensammlung unter eine Erklärung, deren Urheber allen Grund haben, sich versteckt zu halten. Die Erklärung fordert dazu auf, daß alle KWU-Arbeiter, die nicht bedingungslos für den Bau von Kernkraftwerken eintreten oder gar mit der Bürgerinitiative sympathisieren, als erstes bei anstehenden Entlassungen getroffen werden sollen. – (f/m, Bezirk Rhein-Ruhr)

Der neueste Spaltungsversuch

Wer immer der „Bürgerinitiative Kernenergie" seinen Namen geliehen hat, die Machart verrät den Initiator und Förderer: Die KWU-Geschäftsleitung. So heißt es im „Programm der Bürgerinitiative": „In der Bürgerinitiative schließen sich Bürger zusammen, die erkennen, daß ... eine funktionierende Wirtschaft in ihrem Staat nur gegeben ist durch eine ausreichende Industrieproduktion, nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern nicht zuletzt für den Export (...), Mit dem Einsatz der Kernenergie mittelbar die Zukunft des Volkes und Staates steht und fällt." Besorgt um die Zukunft ihres Profits, auf den sie mit dem Kernkraftwerk spekulieren, lassen die Urheber zur unnachgiebigen Unterdrückung der „Gegner der Energieversorgung" aufrufen. Die bisherigen Spaltungsversuche verfangen unter den KWU-Arbeitern immer weniger. Diesem neuesten wird erst recht kein Erfolg beschieden sein.

An die Mitarbeiter der KWU am Standort Mh.

Die
Bürgerinitiative Kernenergie
ist gegründet

Warum ?

Seit Jahren werden die Gegner der Kernenergie und der Energieversorgung mit dem Bürger identifiziert.
Es scheint einer Minderheit zu gelingen der politischen Führung dieses Landes ihren Willen aufzuzwingen.

Die Mehrheit der Bürger befürwortet die Kernenergie aber sie schweigt. Jetzt muß sie ihre Stimme bekommen!

Die schweigende Mehrheit muß reden!

Es geht um mehr als um die Sicherstellung der Arbeitsplätze

Die Mitarbeiter anderer KWU-Standorte haben sich schon öffentlich zur Kernenergie bekannt. Bekennen auch Sie sich durch Ihren Beitritt zur

Bürgerinitiative Kernenergie

werben Sie auch bei Ihren Verwandten und Bekannten

Für die Bürgerinitiative Kernenergie
[illegible]

Bopp & Reuther Mannheim:

Arbeiter entlassen, weil er „Sicherheitsprüfung" nicht abstempeln wollte

Die Firma Bopp & Reuther in Mannheim-Waldhof stellt Armaturen und Meßgeräte her, unter anderem Sicherheitsventile für Kernkraftwerke.

In der letzten Woche wurde ein Arbeiter entlassen, der in der Sägerei arbeitete, wo Rundmaterial und Röhren für die Sicherheitsventile zugeschnitten und jedes Teil genau abgestempelt werden muß. Sicherheitsventile werden in den Primärkreislauf von Kernreaktoren eingebaut und dienen der Überdrucksicherung. Falsches Material kann zu frühem oder – was gefährlicher ist – zu spätem Öffnen der Ventile führen. Alles Material für die Sicherheitsventile unterliegt deshalb der Kontrolle des TÜV. Die Abnahme erfolgt nach bestimmten Prüfbedingungen (A-Abnahme durch den TÜV, B-Abnahme durch den Betrieb selber). Der entlassene Arbeiter aus der Sägerei hat die Signierung des Materials abgelehnt. In einem Interview mit der Kommunistischen Volkszeitung schildert er die Arbeitsbedingungen und seine Entlassung so:

Auszüge aus dem Interview:

„Im Fernsehen ist der Bericht zu den Kernkraftwerken gekommen, und das ist mir zu Herzen gegangen. Erst als ich mir die Sendung mit dem AKW angeguckt habe, bin ich wegen dem Material stutzig geworden. Wie ich das gesehen habe mit den Brennelementen, und was da für Sicherheit erforderlich ist, und daß wir natürlich schon manchmal Fehler gemacht haben, und daß natürlich sein kann, daß es zu einer Explosion kommt. Wäre es zu einem Unfall gekommen, hätten sie auch den Kernpunkt rausgefunden und wären auf das Material gekommen. Da wäre ich drangekommen, ich und der TÜV-Beamte, und nicht der Reuther."

„Da sind die Terminjäger, die kommen und legen die Zettel hin, und sofort sollst du das machen, das geht gar nicht. Im Kernkraftwerk Gundremmingen hat ja ein Sicherheitsventil funktioniert. Wenn es da mal zu einer Verwechslung kommt beim Material, dann kann es schon zu einer Explosion kommen und es gehen viele Menschen kaputt. Wenn sie schon TÜV-Material haben, dann muß es auch gewissenhaft gehen. Ich bin als Säger eingestellt, was billiger ist als ein Facharbeiter. Vor der Lohnerhöhung hatte ich 9,24 Stundenlohn. Aber für die Arbeit müßte man richtig ausgebildet werden."

„Ja, da war keine Beleuchtung. Da habe ich dem Meister gesagt, er soll mir eine Lampe anschaffen. Das hat er nicht gemacht, die alte Lampe war kaputt, da habe ich gesagt, ich stempel das nicht."

„Ja, wir werden immer getrieben. Im Februar haben sie ein Prämiensystem eingeführt. Ein paar an der Säge kriegen Prämie und die anderen nichts. Manche kriegen 40, 50 Pfennig und manche 20 Pfennig. Einen Tag haben sie mehr, einen Tag haben sie weniger, das ist nicht fest. Ich habe überhaupt keine Prämie gekriegt. Die haben auch verschiedene Versuche gemacht, mehr herauszuholen. Die Maschinen haben dann verschiedene Werte rausgebracht. Einmal ist sie schneller gelaufen, das liegt auch am Material. Wenn 45/80 Material gesägt wird, das ist härter, geht's langsamer. Einmal hat sie 20 Sekunden, einmal 5, einmal 7 gebraucht, einmal 8, einmal 9 zum Durchsägen von Stahlmaterial. Die haben dann irgendeinen Wert genommen und gesagt, soviel muß die Maschine rausbringen. Das hat die Maschine überhaupt nicht geschafft. Ich habe zum Beispiel an der Maschine Spindeln für Schieber gemacht, habe drei Maschinen bedienen müssen.

Zum Beispiel bei Urlaub hat man die Arbeit vom anderen mitmachen müssen. Und das Stempeln der TÜV-Materialien noch dazu. Materialabladen ist manchmal auch dazugekommen. Oder ins Schraubenlager rennen und auch dort arbeiten müssen. Das hat einer gar nicht machen können, was die da verlangt haben ...

Jeden Samstag habe ich gearbeitet, weil so viel zu stempeln war, 51 Stunden in der Woche. Hab noch Schulden auf dem Haus, und meine Frau muß schon lange arbeiten gehen. Krieg' jetzt vier Wochen Geldsperre (vom Arbeitsamt) und war schon bei anderen Firmen, die mich wegen der fristlosen Kündigung nicht einstellen wollen."

„Früher ging es ja auch ohne Kernkraftwerke. Da haben sie Bergarbeiter entlassen und die Zechen mit Wasser gefüllt. Ja, und mit Müll. Ob das gut geht, glaub ich nicht. Es muß ja alles richtig überprüft werden, ich meine, daß die Sicherheit nicht gut ist. Da hab ich Bedenken."

Kiel. Studienabschluß mit 14 000 DM Schulden. Das Medizinstudium dauert mindestens sechs Jahre. Das letzte Jahr ist das Praktische Jahr. Muß ein Medizinstudent die ersten fünf Jahre vom BAFöG leben, so hat er bei einer Darlehenshöhe von 130 DM nach fünf Jahren 7 800 DM Schulden. Nimmt er für das Praktische Jahr einen Kredit von der Ärzte- und Apothekerbank auf, weil der BAFöG-Satz nicht für die im Praktischen Jahr noch erhöhten Studien- und Lebenshaltungskosten reicht (zum Beispiel Fahrkosten und unter Umständen zweite Wohnung, wenn das Lehrkrankenhaus in einer anderen Stadt liegt, Arbeitskleidung usw.) und gleichzeitig Geldverdienen während des Praktischen Jahrs kaum möglich ist, kommen hinzu 1 000 DM an einmaliger Einlage (Bedingung für Kredit), 400 DM für jeden Monat, das sind 4 800 DM plus 5,5 % Zinsen bei zweijähriger Laufzeit gleich 478,50 DM. Insgesamt steht so ein Medizinstudent am Ende seines Studiums mit 14 078 DM Schulden da.

Hannover. Fünf Studenten, die in den Semesterferien in dem Kleinbetrieb Elementbautechnik arbeiteten, haben eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Sie waren für 7 DM Stundenlohn für zunächst eine Woche eingesetzt. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zwingt sie, solche Löhne anzunehmen: Zwischen drei und fünf Uhr morgens muß man schon bei der Studentenvermittlung Schlange stehen, um unter den ersten Zwanzig zu sein und Aussicht auf einen Job zu haben. Noch nie sei das Amt so überlaufen gewesen wie in diesen Semesterferien, wird berichtet. Am Ende der ersten Woche verlangten die Studenten eine Mark mehr in der Stunde, wenn sie in der nächsten Woche weiterarbeiten sollten. Den vom Geschäftsführer angebotenen Akkord haben sie abgelehnt: Sie könnten zwar in der kurzen Zeit, die sie beschäftigt sind, viel herausholen, sie wollten aber nicht den übrigen Arbeitern einen solchen Akkord vor die Nase setzen.

Der Geschäftsführer versuchte zu spalten: Sogar zwei der auf längere Zeit angestellten Arbeiter würden schließlich keine acht DM kriegen. Daraufhin erklärte einer der Arbeiter, daß er auch acht DM wolle. Herausgekommen ist schließlich, daß die Studenten 7,50 DM für beide Wochen erhielten und der Geschäftsführer auch den niedriger bezahlten Arbeitern die Lohnerhöhung zugestehen mußte.

An verschiedenen Hochschulen haben die Medizinstudenten Boykottbeschlüsse gegen die Vorverlegung des Praktischen Jahrs gefaßt. In Göttingen mußte inzwischen bereits zugesagt werden, daß das Praktische Jahr am 2.5., nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse beginnt und nicht schon am 1.4., 14 Stunden nach Abschluß des zweiten Teils der Staatsexa-

An verschiedenen Hochschulen haben die Medizinstudenten Boykottbeschlüsse gegen die Vorverlegung des Praktischen Jahrs gefaßt. In Göttingen mußte inzwischen bereits zugesagt werden, daß das Praktische Jahr am 2.5., nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse beginnt und nicht schon am 1.4., 14 Stunden nach Abschluß des zweiten Teils der Staatsexa-
mensprüfung. Ebenso in Baden-Württemberg. Die Medizinstudenten hatten beschlossen, erst am 2.5. anzutreten. In Nordrhein-Westfalen wurde ein Spaltungsmanöver unternommen: der 18.4. wurde angeboten. Das hat nichts genützt. Die Landesfachschaftskonferenz Nordrhein-Westfalen hat am 18.3. beschlossen, dazu aufzurufen, weiterhin erst nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses anzufangen. Das sechste klinische Semester der Medinzinstudenten in Köln hat dieser Beschluß ebenfalls gefaßt. In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein soll das Praktische Jahr weiterhin am 1.4. beginnen. Die Medizinstudenten des sechsten klinischen Semesters in Kiel und Meinz haben den Beschluß gefaßt, nicht anzutreten. Auf einer Versammlung der sechsten Semester in Hamburg ist einstimmig ebenfalls die Forderung nach Beginn des Praktischen Jahrs am 2.5. aufgestellt worden.

Die Landeskonferenz der Medizinerfachschaften Nordrhein-Westfalens hat auf ihrer Sitzung vom 11. März einstimmig eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„. . . Die Landesfachschaftenkonferenz stellt fest, daß die Regierung ihre Position, daß das Praktische Jahr am 1.4. ohne Vorverlegen der Prüfungsergebnisse angetreten werden muß, zurückgenommen hat und den Beginn auf den 18.4. festgesetzt hat für NRW. (. . .) Die Landesfachschaftenkonferenz ist sich sicher, daß dies nur ein taktisches Manöver der Landesregierung ist, und daß sich damit am Zustand der absoluten Rechtlosigkeit im PJ absolut nichts ändert. (. . .) Die Konferenz der Medizinerfachschaften ruft alle Studenten in den 6. klinischen Semestern auf, das praktische Jahr nicht anzutreten. Stattdessen soll die Zeit bis zum 2.5. genutzt werden (. . .), ein geschlossenes und eindeutiges Streikvotum in der Urabstimmung zu erreichen. An allen Orten in NRW sollen bei Versammlungen der 6. klinischen Semestern über diese Frage Beschlüsse herbeigeführt werden."

Westberlin. Am Donnerstag, dem 10. März fand eine Gesamt-Vollversammlung der Erzieherschüler statt. 600 Schüler waren anwesend. Anlaß war die geplante Durchsetzung einer neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung ab 1. August 1977. Unter anderem sind dabei Praktikantengeldstreichungen und verschärfte Prüfungsbestimmungen vorgesehen. Folgende Forderungen wurden beschlossen:

Weg mit der geplanten Ausbildungsordnung!
100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher!
1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober 1976!
Tarifvertrag für Praktikanten!

Praktisches Jahr – Bereicherung von Kapitalisten, Professoren und Klinikchefs um 100 Millionen im Jahr

Die Medizinstudenten müssen für die tarifliche Absicherung ihres Lohns kämpfen

Mit jährlich 1 000 DM – das sind pro Monat 83,33 DM – gibt die Deutsche Krankenhausgesellschaft die Kosten an, die Universitätskliniken und Lehrkrankenhäusern entstehen, wenn sie einen Studenten ins Praktische Jahr übernehmen. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft ist der Verband der Träger der Krankenhäuser. In ihm verbunden sind die Dienstherren der Krankenhäuser der Städte und der Länder, die Kirchenfürsten, insoweit die Kirchen Krankenhäuser unterhalten, und schließlich die Träger der Privatkliniken. Sie müssen es also wissen.

Diese 83,33 DM Kosten für die monatliche Arbeit eines Medizinstudenten, nachdem er 5 Jahre Medizinstudium hinter sich hat und bevor er als Arzt anerkannt wird, stehen seit Oktober 1976 für 13 Monatsgehälter von etwa 1 000 bis 1 500 DM, die die Medizinalassistenten als tariflich vereinbarten Lohn im Monat erhielten. 1 000 DM Unkosten berechnet für Unterbringung, Verpflegung, Ausbildung, Verwaltungsaufwand, Arbeitskleidung usw. für die Vernutzung der Arbeitskraft der Medizinstudenten auf ein Jahr. Die Medizinstudenten erhalten davon keinen Pfennig, die Krankenhausträger erhalten die Summe rückerstattet aus den Länderhaushalten. Das Gesetz, das diese Überführung der 5 000 bis 6 000 Medinzinalassistentenstellen in „Ausbildungsplätze für Medizinstudenten" seit Oktober 1976 ermöglicht, soll also der Kapitalistenklasse eine jährliche Ersparnis von knapp 100 Millionen DM Lohnkosten direkt eintragen. Das Gesetz wurde von den Sozialdemokraten schon unter Willy Brandt beschert. Die „Kostendämpfung im Gesundheitswesen" durch Lohnabbau und Rationalisierung in den Krankenhäusern und durch weitere Verschlechterung der Gesundheitsversorgung gibt es nicht erst seit der Regierungserklärung Schmidt. Versteht sich, daß die reaktionäre und für ihre Korruption und Bereicherungssucht bekannte Medizinerprofessorenschaft an den Universitätskliniken und als Chefs der Krankenhäuser bei dieser Reform nach Kräften geschoben und bei ihrer Geburt mit Begeisterung dabei gewesen ist.

Die Medizinstudenten sind entschlossen, sich nicht mit ein paar Mark BAFöG, die die Regierung noch dazu als Darlehen bietet, abspeisen zu lassen und ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Vernutzung wegzugeben. Sie haben beschlossen, für Bezahlung ihrer Arbeitskraft und für ihre gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten



Agitation der Liedergruppe der Fachschaftsgruppe Medizin der Universität Kiel in der Mittagspause in der Mensa.

als Auszubildende am Krankenhaus zu Beginn des kommenden Semesters in den Streik zu treten.

Die reaktionäre Professorenschaft an den Medizinfakultäten ist darüber in Sorge. Sie wollen in die entgegengesetzte Richtung. Sie sind mit der Reform noch nicht zufrieden. Während die Medizinprofessoren gegenüber den Medizinstudenten Teilnahme heucheln und ihre Unschuld an dieser Reform behaupten, verlangen ihre Sprecher und Verbände, daß durch Gesetzesnovellierung die unentgeltliche Vernutzung der Arbeitskraft der Medizinstudenten noch mehr erleichtert und in größerem Umfange ermöglicht werden soll. So schlägt zum Beispiel der Professor Mittelmeier von der Universität des Saarlandes in einem Brief vom 14. Januar des Jahres an den Westdeutschen Medizinischen Fakultätentag vor,

„daß es u.E. viel wünschenswerter wäre, den Medizinstudenten, die im Jahr nur etwa 7 Monate lang eigentliche Ausbildung haben, anstatt der fünfmonatigen Ferien 4 Monate Famulatur auf zu erlegen . . . hier aber mit der wünschenswerten Streuung der Studenten auf *alle* Krankenhäuser und auch zuzulassende ärztliche Allgemein- und Fachpraxen".

Der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag verlangt bereits seit langem, daß die Krankenhäuser von dem Anspruch der Ausbildung befreit werden, der noch im Gesetz enthalten ist. Die beiden vorhergehenden Abschnitte des Universitätsstudiums sollen dafür entsprechend verschärft werden. Die Chefs der Krankenhäuser haben ihre Unterstützung für Novellierungsforderungen in dieser Richtung erklärt.

Schettler – Medizinprofessor in Heidelberg und Chef der Inneren an der Universitätsklinik, Präsident des Fakultätentages von 1968–71, als die neue Ausbildungsordnung entstand – hat die weiteren Schritte, auf die die Mediziner-Professoren hinauswollen, in einem im Januar veröffentlichten Festvortrag umrissen:

„Es ist einem Kandidaten heute theoretisch möglich, ohne ausreichende Kenntnis z.B. in Innerer Medizin . . . die für ein bestandenes Staatsexamen notwendige Punktzahl zu erreichen, wenn er nur für punkteliefernde Spezialfächer gepaukt hat. Hinzu kommt, daß am Schluß des Internatsjahres nur noch eine Kollegialprüfung erfolgt, bei der das Risiko des Durchfallens praktisch nicht mehr besteht! . . . Weiter wäre (zur Zulassung) zu überlegen . . . möglichst viele Studenten zuzulassen, die dann im Laufe von ein bis zwei Semestern sich für das Weiterstudium qualifizieren müssen. Ich bin mir freilich bewußt, daß hier ein sehr starker Leistungsdruck erzeugt wird . . ." (Zeitschrift für Allgemeine Medizin, Heft 2/77)

Folgendes haben die Reaktionäre im Auge: Sie fürchten den Widerstand und Kampf der Studenten und wissen, daß er ihren Zielen und Pfründen eine Gefahr ist. Sie wollen diesen Widerstand brechen, indem sie eine beträchtliche Verschärfung der Unterdrückung der Studentenmassen ins Werk zu setzen beabsichtigen. Das steckt hinter der Heuchelei und Teilnahme, die die Reaktionäre in den Lehrveranstaltungen bei dem Thema „Praktisches Jahr" an den Tag legen. Der Streik, zu dem sich die Medizinstudenten entschlossen haben, wird diese Reaktionäre in der Krankenhausgesellschaft und im Fakultätentag als die erbitterten Gegner der Forderungen und Aktionen der Studenten finden. Davon darf man sich nicht überraschen lassen. Darauf muß man sich vorbereiten, und dies keineswegs bloß an den medizinischen Fachbereichen. – (hj)

Gesundheitsversorgung gibt es nicht erst seit der Regierungserklärung Schmidt. Versteht sich, daß die reaktionäre und für ihre Korruption und Bereicherungssucht bekannte Medizinerprofessorenschaft an den Universitätskliniken und als Chefs der Kran-
in Sorge. Sie wollen in die entgegengesetzte Richtung. Sie sind mit der Reform noch nicht zufrieden. Während die Medizinprofessoren gegenüber den Medizinstudenten Teilnahme heucheln und ihre Unschuld an dieser Reform behaupten, verlangen ihre Spre-
Fachpraxen".
Der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag verlangt bereits seit langem, daß die Krankenhäuser von dem Anspruch der Ausbildung befreit werden, der noch im Gesetz enthalten ist. Die beiden vorhergehenden Ab-
Fakultätentag als die erbitterten Gegner der Forderungen und Aktionen der Studenten finden. Davon darf man sich nicht überraschen lassen. Darauf muß man sich vorbereiten, und dies keineswegs bloß an den medizinischen Fachbereichen. – (hj)

Aus der Empfehlung der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 21.7.1976 über eine „Mustervereinbarung für die Beteiligung von Krankenanstalten außerhalb der Hochschulen an der klinisch-praktischen Ausbildung der Studierenden der Medizin"

„Die Empfehlung ist vor ihrer Verabschiedung u.a. eingehend mit den Verbänden der Krankenhausärzte und der Studenten erörtert worden. Der Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands hat ihr inzwischen voll inhaltlich zugestimmt. Sie ist überdies mit Vertretern aus dem Bereich der Kultusministerkonferenz und des Westdeutschen Medizinischen Fakultätentags mehrfach ausführlich besprochen worden." (Vorwort)

„Es ist nicht das Ziel der Ausbildung im Praktischen Jahr, auch die theoretischen Grundlagen für die klinisch-praktische Ausbildung zu vermitteln.

Die DKG empfiehlt in diesem Zusammenhang und im Interesse einer einheitlich zielorientierten klinisch-praktischen Ausbildung an den Akademischen Lehrkrankenhäusern, die im Gegenstandskatalog 4 aufgeführten Prüfungsthemen bereits in die Ausbildung und Prüfung des 2. Studienabschnittes einzubeziehen (entspricht den Vorschlägen des Westdeutschen Medizinischen Fakultätentages). Zur Verwirklichung der Ausbildungsziele im Praktischen Jahr soll eine möglichst *weitgehende Integration* der Ausbildungsmaßnahmen *in den ärztlich-pflegerischen Arbeitsablauf* der Krankenversorgung erfolgen."

„Darüberhinaus sollen die Studenten in der Regel *einmal in 14 Tagen an Nachtdiensten* und nicht häufiger als *einmal im Monat an Wochenenddiensten* teilnehmen."

„*Das Land hat den Krankenhausträger von allen Schadensersatzansprüchen freizustellen,* die gegen den Krankenhausträger während der Vertragsdauer im Zusammenhang mit der vertraglichen Nutzung als Akademisches Lehrkrankenhaus geltend gemacht werden. Das gleiche gilt für Schäden, die dem Krankenhausträger durch Handlungen oder Unterlassungen von im Dienst des Landes stehenden oder im Auftrage des Landes handelnden Personen oder von den im Akademischen Lehrkrankenhaus auszubildenden Studenten im Zusammenhang mit deren Ausbildung zugefügt werden."

„Ausbildungsverhältnisse der Studenten: die Medizinstudenten sind während ihrer klinisch-praktischen Ausbildung im letzten Studienjahr weiterhin Studenten der Hochschule, bei der sie immatrikuliert sind. *Sie sind nicht Arbeitnehmer, Praktikanten, Auszubildende des Praktischen Lehrkrankenhauses und stehen zum Krankenhausträger in keinem Vertragsverhältnis. Sie sind Gäste* des Akademischen Lehrkrankenhauses, an dem sie im Rahmen ihres universitätsbezogenen Ausbildungsverhältnisses zu Ausbildungszwecken am Krankenhaus teilnehmen. Den Studenten steht ein Anspruch gegenüber den Krankenhausträgern auf Zahlung einer Vergütung oder Ausbildungshilfe, auf Gewährung von Unterkunft und Verpflegung sowie Erstattung sonstiger Kosten nicht zu."

„Das Land hat dafür zu sorgen, daß die Studenten vor dem Eintritt in das Akademische Lehrkankenhaus durch die Hochschule eine Ausfertigung der Hausordnung des Krankenhauses erhalten und darauf hingewiesen werden, daß die Hausordnung einzuhalten ist, daß das Hausrecht des Krankenhausträgers auch gegenüber den Studenten uneingeschränkt gilt und die Anweisungen der bei der Durchführung des Praktischen Jahrs tätigen Ärzte und sonstigen Lehr- und Aufsichtspersonen zu befolgen sind.

Die Studenten sind auch darauf hinzuweisen, daß *bei groben oder wiederholt angemahnten Verstößen gegen die Pflichten die weitere Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen untersagt und ggf. ein Hausverbot erteilt werden* kann. Es ist jedoch zu vereinbaren, daß vor solchen Maßnahmen mit der Hochschule Kontakt aufgenommen und der Betroffene gemeinsam angehört wird."

Abrichtung zum Lohnarbeiter á la Negt

Schulversuch Glocksee

Seit 1972 arbeiten bürgerliche Wissenschaftler, wie Negt, die sich gerne das Mäntelchen des „Linken" umhängen, an einem Schulversuch. Dieser Schulversuch wird in Hannover vom bürgerlichen Staat unterstützt. In dieser „neuen" Schule geht es um „Selbstregulierung", Lernen ohne Angst und Zwang", um die „Entschulung der Schule".
Von der Erscheinungsebene her werden tatsächlich Konflikte an den Schulen aufgegriffen, z.B. daß der gesamte Schulbetrieb nur durch Zwang und Unterdrückung aufrechterhalten werden kann. Angeknüpft wird mit diesem Schulversuch an den Kämpfen gegen die Klassenschule – aber mit welchem Ziel? Nach Negt ist das Grundproblem „die Zunahme des diffusen Agressionspotentials der Schüler" und die „Tendenz der Motivationsstörung". Negt sagt auch, woher dieses „Grundproblem" angeblich kommt: Aus der „Primärsozialisation", also der Erziehung durch die Eltern. Das führt er genauer aus: „Gibt es ein Interesse der Kinder, sich die Technik des Lesens anzueignen? Ja, spätestens dann, wenn sie den Elternbetrug durchschauen und selber nachsehen wollen, was es im Fernsehen gibt."

Seit mehreren Wochen stehen die Eltern und Schüler der Klasse 2 e an der Grund- und Hauptschule Mühlenberg im Kampf gegen die Versetzung einer Lehrerin, die Auflösung der Klasse 2 e und wollen weiterstreiken, bis sie ihre Ziele durchgesetzt haben. Ginge es nach Professor Negt, würden sich die Eltern mit ihren Kindern streiten und sich gegenseitig in die Schuhe schieben, daß an der Schule Mühlenberg nur Unterdrückung ist, und nichts gelernt werden kann; Regierungspräsident Baier könnte sich die Hände reiben und ohne Widerstand das imperialistische Bildungsprogramm zur verschärften Konkurrenz und Auslese durchsetzen. Was Negt will, ist klar: Kinder und Eltern aufeinanderhetzen, damit keine gemeinsame Front gegen den bürgerlichen Staat entstehen soll, die wirklichen Triebkräfte des Hasses der Schüler auf die Schule verdecken. Nicht gegen die Ausbildung zum billigen Lohnarbeiter, nicht gegen die Verstümmelung ihrer Fähigkeit sollen die Schüler kämpfen, sondern sich zuallererst von der Unterdrückung durch die Eltern befreien und dann den Kapitalismus bekämpfen. Natürlich gibt es die Elterngewalt, sie ist aber eine Folge der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und wird überwunden in den Kämpfen gegen diese Produktionsverhältnisse und wird überwunden in den Kämpfen gegen diese Ausbeuterordnung, wo Arbeiterjugend und Arbeitereltern Seite an Seite stehen.

Negt will spalten, zu nichts anderem ist dieser Schulversuch gedacht. Und nicht umsonst „hatten wir noch nie Schwierigkeiten mit dem Staat" (Weigelt, Mitarbeiter an dem Projekt).

Am 28.2. fand nun im Rahmen der Hochschulwoche in Hannover eine Veranstaltung zu diesem Schulversuch statt. Es lief anders ab, als die Initiatoren sich gedacht hatten. 200 Menschen, darunter Schüler, Eltern, Lehrer und Studenten waren gekommen, um sich mit den Vorstellungen der Herren Negt und Weigelt auseinanderzusetzen. Weigelt hatte sich einen schönen Plan zurechtgelegt, berichtete über die Pädagogik im Allgemeinen, über das „Eingreifmonopol der Erwachsenen", die sich anmaßen, den Kindern zu sagen, was richtig und was falsch ist. Er vertrat, daß „Erziehung durch Erfahrung" ersetzt werden müsse, damit die Kinder lernen, ihre Interessen untereinander zu regulieren. Lange ließ sich das die Versammlung nicht bieten: „Komm doch mal zur Sache!" „Was lernen die Kinder eigentlich bei Euch?" „Wie sieht der Schulalltag in der Praxis denn bei Euch aus? Meine Kinder gehen zu einer normalen Schule und haben z.B. zwei Stunden Englisch, dann zwei Mathematik und danach zwei Sportstunden und kommen dann kaputt nach Hause. Wie macht Ihr das?" So kamen aus allen Ecken Fragen. Weigelt stand vorne, wurde immer unruhiger und meinte, er würde das alles nicht verstehen, er könne keine Antworten darauf geben und außerdem sei er „wissenschaftliche Begleitung" für diese Schule und wolle hier einen wissenschaftlichen Vortrag halten.

Das klappte nicht. Sofort wurde er angegriffen. „Was sagen denn die Schüler, wenn sie solch einen Stuß daherreden?" Nicht gelungen ist es Weigelt, seine Ideologie zu verankern. Im Gegenteil. Die Eltern und Studenten waren sich einig, daß sie auf eine solche Schule ihre Kinder nicht schicken werden. Die Menschen verließen nach zwei Stunden den Saal und schimpften auf Weigelt und seine Theorien. – (g. KHG Hannover/Red.)

Polizisten haben kein Kündigungsrecht

„Nervlich waren sie alle sehr angespannt", berichtet ein junger Polizeibeamter aus Baden-Württemberg, der im dritten Polizeigürtel um den Bauplatz des Kernkraftwerks in Brokdorf mit Schießbefehl eingesetzt war. Da überlegt sich manch einer, wozu er mittels des Beamtenrechts noch verpflichtet werden kann. Einige überlegen sich dabei auch, ob sie nicht den Dienst aufgeben sollen. Aber einfach ist das nicht. Die Bourgeoisie hat für den Fall vorgesorgt: Ein Polizeibeamter kann genausowenig wie ein normaler Beamter oder etwa ein Soldat den Dienst einfach quittieren, auch wenn § 30 des Bundesbeamtengesetzes oder § 46 Ab. 3 des Soldatengesetzes das so erscheinen lassen. Und so wird es den Polizeibeamten und Soldaten auch beigebracht. Betreibt einer tatsächlich seine Entlassung, wie es im Sommer 1975 während der Heidelberger Fahrpreiskämpfe mehrfach der Fall war, so erfährt er, daß die Entlassung „jedoch solange hinausgeschoben werden (kann), bis der Beamte seine Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt hat, längstens jedoch drei Monate" (§ 30 Abs. 2 BBG). Ist ihm die Verhinderung einer Bauplatzbesetzung als sein „Amtsgeschäft" übertragen worden, wird er unter Umständen lange auf seinen Entlassungsbescheid warten müssen. Ist er aber direkt im Polizeivollzugsdienst eingesetzt, kann seine Entlassung „bis zum Ablauf von sechs Monaten hinausgeschoben werden, wenn überwiegende Gründe des öffentliches Interesses es erfordern" (§ 9 Abs. 4 Bundespolizeibeamtengesetz). Welcher Art derlei „überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses" sind, hat jetzt gerade der dafür zuständige Minister Maihofer praktiziert.

Ob aber auch die um sechs Monate hinausgeschobene Entlassung reicht, um den Bau eines Kernkraftwerks durchzusetzen, ist eine Frage, die auch der Bourgeoisie nicht eindeutig erschien. Und vor allem hat der aus dem Dienst entlassene Polizist oder Soldat viel gelernt, dem er mit seiner Entlassung den Rücken kehren und den Kampf ansagen will. Er ist für die Bourgeoisie ein Sicherheitsrisiko. Das weiß sie. Deshalb verhindert sie schlicht und einfach seine Entlassung: „Ein Polizeivollzugsbeamter auf Widerruf, der eine Dienstzeit von mehr als zwei Jahren im Bundesgrenzschutz abgeleistet hat, kann auf seinen Antrag nach § 30 des Bundesbeamtengesetzes nur entlassen werden, wenn sein Verbleiben im Dienst für ihn wegen persönlicher, insbesondere häuslicher, beruflicher oder wirtschaftlicher Gründe eine besondere Härte bedeuten würde." (§ 9 Abs. 4 Bundespolizeibeamtengesetz) Genauso verhält es sich nach § 46 Abs. 3 Soldatengesetz mit dem Berufsoffizier nach sechs Dienstjahren als Offizier.

Die Bourgeoisie ist zur Verteidigung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk auf den staatlichen Gewaltapparat angewiesen, dessen Beschäftigte zum allergrößten Teil selbst aus der Arbeiterklasse und dem Volk kommen. Mit nacktem Zwang werden sie in diesem Gewaltapparat gehalten. Sie werden von innen heraus mitwirken, ihn zu zerschlagen. – (eb)

Rücknahme der Entlassung Holger Arends aus der Armee!

Uneingeschränktes Recht auf Erlernen des Waffenhandwerks!

Am 9. März ist der Soldat Holger Arend fristlos aus der Bundeswehr entlassen worden. Ein Offizier hat ihn vors Tor der Lorcher Kaserne eskortiert und ihm „Kasernenverbot" mitgeteilt. Zwecks Entlassung wurde gar eine 21-tägige Haftstrafe, die Arend in Idar-Oberstein absitzen sollte, um ein paar Tage verkürzt: In der Begründung für die Entlassung heißt es: „. . . Da andere Maßnahmen ohne Erfolg geblieben sind und für die Zukunft auch keinen Erfolg versprechen, kann die Gefahr für die militärische Ordnung nur noch dadurch beseitigt werden, daß Ihnen keine Gelegenheit mehr gegeben wird, Ihre Störtätigkeit als Soldat in der Truppe fortzusetzen."

Die operative Leitung für die Einkerkerung in Idar-Oberstein und die fristlose Entlassung hatte ein gewisser Oberst Kommer im IT-Stab des Verteidigungsministeriums, gestützt auf zahlreiche MAD-Chargen.

Die „Gefährdung der militärischen Ordnung" besteht in folgendem: Die Soldatenbewegung entfaltet ihre Kraft; sie entzündet sich an der täglichen Schikane, an Fragen wie den ständigen Zusatzdiensten und am abverlangten Kadavergehorsam, und sie entwickelt sich in Richtung Kampf gegen den Wehrsold, das entscheidende Kettenglied der Unterdrückung der Soldaten und ihrer Abspaltung vom Volk, und für Lohnfortzahlung in der Armee.

In Sontra als Kanonier hat Arend im Block der Henschel-Arbeiter am 1. Mai 76 die Forderung nach Lohnfortzahlung und politischen Freiheiten in der Armee getragen, in der Kaserne ist er aufgetreten gegen die Propagierung der imperialischen Tradition der Bundeswehr durch einen Umzug, am Tag der offenen Tür hat er vor den Volksmassen einen Imperialistenhauptmann angegriffen. Die Generalität wollte ihn durch zahlreiche Haftstrafen und Strafverfolgungen wegen Verleumdung, Verunglimpfung des Staates, Störpropaganda gegen die Bundeswehr kleinkriegen. Die Soldaten haben ihn zum Vertrauensmann vorgeschlagen.

Strafversetzung nach Lorch. Dort haben sich Soldaten mit Gewalt ausreichend Nahrung verschafft, gegen den plündernden Kantinenwirt wurde vorgegangen, Beschwerdeaktionen gegen Dienstverlängerungen beraten.

Dann unterschrieben im Februar neun Soldaten eine Presseerklärung für Lohnfortzahlung. Tagelange MAD-Verhöre der Soldaten der 4. Batterie; dann verlängerter Wochenendurlaub, in der nächsten Woche ins Manöver nach Sardinien. Währenddessen wurde Arend unter vollständiger Geheimhaltung und Funküberwachung nach Idar-Oberstein verschleppt. Während der Aktion sicherte Polizei mit Maschinenpistolen den Eingang der Rheingaukaserne. Vollständige Isolierung in Idar-Oberstein. Am Morgen, bevor die Kompanie aus dem Manöver kam, zurück nach Lorch, Auskleidung, MAD-Spitzel zur Seite, dann der Kaserne verwiesen. Die zurückkommenden Soldaten erhielten Sonderurlaub, um sie von der Kaserne und der Agitation des Soldaten- und Reservistenkomitees Wiesbaden fernzuhalten.

Das ist fehlgeschlagen. Die Debatte in der Kaserne wird geführt. Soldaten haben den Stand des SRK vor der Kaserne geschützt und einem Unteroffizier Prügel angedroht; die Flugblätter kursieren in der Kaserne. In Köln, Diez und anderen Städten haben Soldaten sich mit ihrer Unterschrift gegen die Diziplinierung von Arend gewandt und die Forderung nach Lohnfortzahlung unterstützt. Die Presseerklärung der neun Soldaten klebt als Plakat an der Rheingaukaserne, in Wiesbaden, an einer Reihe anderer Kasernen. In einer Werkzeugmacherklasse der Karmeliterschule in Mainz haben sich 16 hinter die Erklärung der Lorcher Soldaten gestellt. Der Ortsjugendausschuß in Offenbach hat zur Vorbereitung der Kreisjugendkonferenz eine Resolution mit der Forderung nach Lohnfortzahlung verabschiedet.

Die Forderung nach Lohnfortzahlung ist unbedingt richtig. Man muß sie unterstützen. Preßt die Bourgeoisie die Arbeiterjugend in die Bundeswehr, zum Kadavergehorsam für einen Hungersold, so nimmt die Arbeiterklasse das für das Recht auf Erlernen des Waffenhandwerks. Dieses Recht braucht sie, will sie die Ausbeuterherrschaft stürzen. Man muß darauf bestehen.

Mit der Entlassung Holger Arends soll die Soldatenbewegung zersetzt und die Arbeiterklasse getroffen werden. Das werden die Soldaten und die Volksmassen verhindern. Sie kämpfen gegen diese Entlassung.

Die Soldatenbewegung ist nicht zersetzt, sondern gestärkt. Zersetzen tut sich die Generalität. Der Bataillonskommandeur in Lorch ist aus bisher ungeklärten Gründen von seinem Posten verschwunden. Nach Berichten soll er Rosenmontag nacht angstbleich im Nachthemd durch die Kaserne gefegt sein, den Schreckensruf, „Die Kommunisten kommen!" auf den Lippen. Auch habe er die Polizei angerufen, die Kommunisten wollten die Bürgermeistersfrau entführen. Die Bereitschaft hat er jedenfalls unter Waffen antreten lassen. „Oberstleutnant Edgar Lenz hat . . . einen Schwächeanfall erlitten", war die offizielle Stellungnahme der Bundeswehrführung. – (k)

Verdreifachung der „Wehrstraftaten"

Im Weißbuch 1975/76 schreibt die Bundeswehrführung: „In der Armee herrscht seit 1972 mehr Disziplin. Die Einstellung der jungen Soldaten zum

Die „Straftaten" dieser Soldaten sind ebenso unerfreulich für die Generale. Angaben liegen nur vor für 1971 und 1972 im Land Baden-Württemberg,

bekämpft die Reaktion sie mit harten Strafen. Von den angeklagten Soldaten wurden 1972 in Baden-Württemberg 87 Prozent zu Gefängnisstrafen

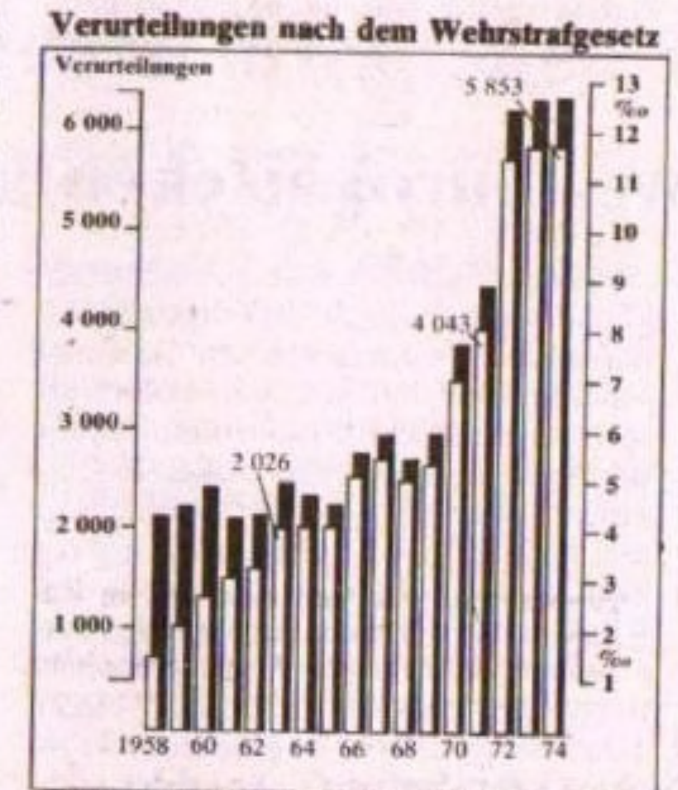
Verdreifachung der „Wehrstraftaten"

Im Weißbuch 1975/76 schreibt die Bundeswehrführung: „In der Armee herrscht seit 1972 mehr Disziplin. Die Einstellung der jungen Soldaten zum Wehrdienst hat sich positiv entwickelt." Die Zahl der Disziplinarstrafen verschweigen die Generale dann vornehm im weiteren Text. Bis dahin hatten sie diese Zahl angegeben in den Jahrbüchern. Die Imperialisten haben allerdings Grund dazu, diese Verhältnisse in ihrer Armee zu verdecken. In dem Schaubild beschränken wir uns heute auf die Entwicklung der Disziplinarstrafen nach dem *Wehrstrafgesetz*, die schwereren Bestrafungen also (die Zahl der Bestrafungen nach der *Wehrdisziplinarordnung* macht jährlich über 100 000 aus). Was müßten sie berichten? Daß in ihrer Armee die Disziplin sich so entwickelt, daß es eine *Verdreifachung* seit 1958, eine *Verdopplung* von 1969 bis 1974 des Anteils der Soldaten, die nach dem Wehrstrafgesetz verurteilt wurden, an der Gesamtzahl der Soldaten gegeben hat.

Die „Straftaten" dieser Soldaten sind ebenso unerfreulich für die Generale. Angaben liegen nur vor für 1971 und 1972 im Land Baden-Württemberg, das kann uns aber einen Eindruck geben. Etwa 52 Prozent der Verurteilten hatten sich „unerlaubt von der Truppe entfernt" (§ 15), 29 Prozent wurden wegen Fahnenflucht verurteilt (§ 16), etwa 10 Prozent wegen Gehorsamsverweigerung (§ 20), etwa 5 Prozent wegen „tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten" (§ 25), 4 Prozent wegen sonstiger „Delikte".

Für die Bourgeoisie ist solche Antwort der Jugend des Volkes auf die zuchthausmäßige Unterdrückung in den Kasernen untragbar. Eine Armee, der die Soldaten öfter nach eigenem Willen fernbleiben, wird schwer in den Krieg zu schicken sein; wenn Offiziere schon im Frieden verprügelt werden, was werden die Soldaten mit den Schindern im Krieg machen! Diese Entwicklung widerspricht dem imperialistischen Zweck der Armee. Darum bekämpft die Reaktion sie mit harten Strafen. Von den angeklagten Soldaten wurden 1972 in Baden-Württemberg 87 Prozent zu Gefängnisstrafen verurteilt, 17 Prozent ohne, 70 Prozent mit Bewährung. 2 Prozent dieser Soldaten erhielten Geldstrafen, bei 8 Prozent wurde das Verfahren eingestellt, 3 Prozent Freisprüche gab es. 1972 haben die Sozialdemokraten das Wehrdisziplinarrecht umfassend reformiert; an dem Schaubild kann man das Ergebnis messen. Genützt hat es ihnen nichts. Die „Disziplinlosigkeit" in den Griff zu kriegen, ist der Bourgeoisie nicht gelungen. Das zeigt das Schweigen im letzten Weißbuch. Die Sache steht erfreulicher. Die „Disziplinlosigkeit" besteht immer mehr aus organisierten Anstrengungen der Soldaten, Fortschritte zu machen im Kampf um die Zerschlagung der bürgerlichen Armee, für die proletarische Revolution.

Verurteilungen nach dem Wehrstrafgesetz



Weiße Säule: Zahl der Verurteilungen nach dem Wehrstrafgesetz
Schwarze Säule: Verhältnis der Verurteilungen zur Ist-Stärke der Bundeswehr in Promille
Angaben über die Zahl der Verurteilungen nach Auskunft des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

„Damals betrug der Wehrsold 64 DM"

Bremen. Ein Arbeiter der Klöckner-Hütte berichtete mir über seine Erfahrungen bei der Bundeswehr vor ca. 14 Jahren. Von seinem Heimatort im Ruhrgebiet wurde er zur 1./325 in Schwanewede eingezogen. Damals betrug der Wehrsold 64 DM. Eine Hin- und Rückfahrt zu seiner Familie ins Ruhrgebiet kostete damals – ermäßigter Preis! – ca. 45 DM. Natürlich ist er ab und an mal nach Hause gefahren, aber dies ist nur möglich gewesen, weil seine Eltern ihm das Geld für die Reise geschickt haben.

Auch einem einzelnen Arbeiter bricht man nicht so leicht das Kreuz in der Bundeswehr. Schließen sich die Soldaten zusammen, geht das schon gar nicht, und es wird gleich gefährlich für die Unterdrücker. Das zeigt seine folgende Erfahrung aus der 1./325: 1963 sollte die Kompanie zu einem sechswöchigen Manöver ausrücken. Jeder weiß, daß die Vorbereitung eines solchen Manövers für die Mannschaften mit einem erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden ist, besonders am Abend vor dem Ausrücken.

Am nächsten Morgen um vier Uhr sollte es losgehen. Bei Abmarsch zum Essenfassen am Abend vorher gefiel dem Unteroffizier irgendetwas nicht, er machte Meldung beim Spieß. Zusammen setzten diese beiden dann nach dem Essen einen „Maskenball" an. Spontan einigten sich die Kameraden, den Firlefanz nicht mitzumachen. Brüllte der Spieß: „In zwei Minuten antreten im Trainingsanzug", erschienen die Kameraden im Kampfanzug. Befahl der Spieß: „Antreten in Ausgehuniform", kamen die Kameraden im Trainingsanzug usw. Alle Kameraden haben bei dieser Aktion mitgemacht.

Die Offiziere brüllten was von Befehlsverweigerung und Meuterei und suchten sich vier oder fünf „Rädelsführer" raus, um die Einheit zu brechen. Als ihnen das nicht gelang, befahlen sie „Ausrücken ins Gelände". Das ist ihnen nicht bekommen. Es war dunkel und man konnte nichts sehen. So war es ganz „natürlich", daß die Offiziere über den im Wege stehenden Fuß eines Kameraden stolperten, daß zwei Kameraden zusammenprallten, den Spieß in der Mitte. Den Kameraden hat es Spaß gemacht, obwohl sie in ein paar Stunden zum Manöver ausrücken mußten. Den Offizieren stand der Angstschweiß auf der Stirn. Sie haben den „Vorfall" auf sich beruhen lassen. Kein Wort mehr von „Befehlsverweigerung", „Meuterei" und Diszis.

Zur Forderung nach Lohnfortzahlung für die Wehrpflichtigen meinte der Arbeiter: „Klar ist das richtig! Denn warum zahlen die denn einen so niedrigen Wehrsold? Erstens kaufen die dadurch ganz billig Arbeitskräfte ein, praktisch umsonst. Zweitens können sie die Kameraden viel besser drücken, wenn sie ihnen gerade so viel lassen, daß sie sich mal ein Bier leisten können. Bei uns haben die damals fast nur verschärften Ausgang oder Bau verhängt; wenn sie heute Geldstrafen verhängen, dann nur deshalb, weil sie die Soldaten besser klein kriegen können, wenn sie ihnen auch noch das letzte Geld abnehmen.

Daß die Bundeswehr einsatzbereit ist in Südafrika oder gegen streikende Arbeiter, glaube ich kaum. Das haben wir bei mir doch schon im Manöver erlebt: Rot gegen Blau, da drüben ist der Feind, alles mal halt: Was machen wir jetzt? Wir gehen einfach durch und wenn die schießen, dann schießen wir auch. Die anderen haben genau dasselbe gedacht und so sind wir freundlich winkend aneinander vorbeigezogen. – (w, Bremen)

Änderung des Wehrdienstgesetzes

Erneut verhandelt wurde di e Änderung des Wehrdienstgesetzes am 16. März im Bundestag in erster Lesung. SPD und FDP haben einen neuen Gesetzentwurf eingebracht. Der letzte war vom Bundestag zwar beschlossen, von dem Bundespräsidenten Scheel aber nicht unterschrieben worden (siehe KVZ Nr. 43/1976). Seit fast zwei Jahren kochen die Unterdrückungsspezialisten der bürgerlichen Parteien daran, wie unter dem Mantel der „Liberalisierung der Kriegsdienstverweigerung" die Verschärfung der Disziplinierung in der Armee abgesichert werden kann. Im März letzten Jahres schrieben wir anläßlich der damaligen Bundestagsdebatte: „Das Gesetz muß man aber nicht für fertig halten. Es muß durch den Bundesrat. Heute schon ist sicher, daß es ähnlich ausgehen wird wie mit dem § 218: Im Volk soll der Eindruck einer ‚guten Absicht' verbleiben, während in Wirklichkeit die Staatskontrolle ausgeweitet wird." (KVZ Nr. 11/1977) In ihrem neuen Gesetzentwurf haben SPD und FDP einen weiteren „Fortschritt" in Richtung Knebelung der Soldaten vorgesehen. Nachdem bereits im letzten Entwurf stand, daß *alle* Kriegsdienstverweigerer, sofern die Bundesregierung es anordnet, ständig aber die *Soldaten*, die den Kriegsdienst verweigern, weiter vor Prüfungskammern müssen, ist im *neuen Entwurf* zusätzlich vorgesehen, daß die Entscheidung der Prüfungskammern (es sollen übrigens die alten Kammern bei den Wehrersatzämtern bleiben) *unanfechtbar* sein soll. Das zersetzende Recht auf Kriegsdienstverweigerung soll für Soldaten praktisch beseitigt werden. Die CDU/CSU ist noch immer nicht zufrieden und bringt einen eigenen Entwurf ein. Die KVZ wird über die Debatte noch berichten.

Oldenburg. „Bis 30 000 DM frei verfügbar auch für Altschulden. Ledige ohne Bürgschaft! Beamten/Soldatenspezialkredite mit extra kleinen Monatsraten." Solche Anzeigen findet man täglich in den Tageszeitungen. Die Kredithaie wissen, daß der Wehrsold nicht reicht, und sie bieten Kredite ohne Bürgschaft, ohne Sicherheiten an. Die Zinsen sind entsprechend hoch, aber sie vertrauen auf den Staat, über den sie Pfändungsbeschlüsse erwirken, und auf die Kapitalisten, die die Lohnpfändung dann praktisch vornehmen. Sie wissen, daß es sich bei den Wehrpflichtigen um noch unvernutzte Arbeitskräfte handelt.

Aus 2 950 DM Barauszahlung wurden bei einem Arbeitskollegen von mir 6 470 DM. Zwei Jahre nach Beendigung der Wehrdienstzeit hat dieser Kollege immer noch eine Restschuld von 2 000 DM zu begleichen. Pfändungsbeschlüsse belaufen sich um die 500 DM, bei einem Nettoeinkommen von knapp 1 000 DM. „Man kommt ja schon auf den Gedanken, sich einen Strick zu nehmen", sagte der Kollege. Den Kredithai juckt das nicht, auch dagegen ist er versichert. Die Versicherungsprämie hat der „Kunde" bezahlt. Die Lohnfortzahlung für Soldaten wird solchen Blutsaugern, die die schlechte Lage der Soldaten ausnutzen, die Grundlage entziehen. – (r, Oldenburg)

Gedanken, sich einen Strick zu nehmen", sagte der Kollege. Den Kredithai juckt das nicht, auch dagegen ist er versichert. Die Versicherungsprämie hat der „Kunde" bezahlt. Die Lohnfortzahlung für Soldaten wird solchen Blutsaugern, die die schlechte Lage der Soldaten ausnutzen, die Grundlage entziehen. – (r, Oldenburg)

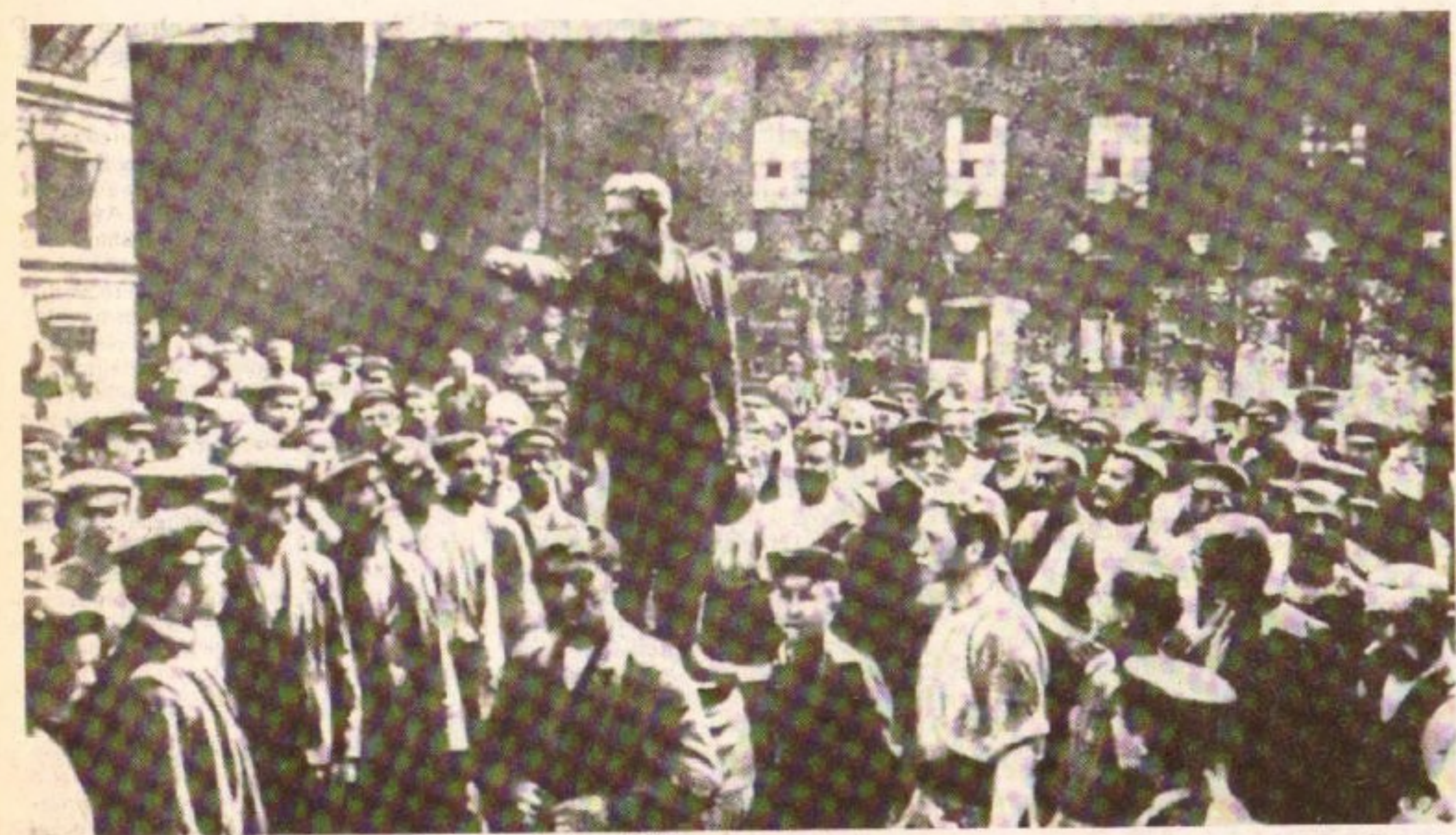
Wunstorf. Die Luftwaffensoldaten, deren Grundwehrdienst Ende März zu Ende ist, sollen erst am 31. März entlassen werden. Die Jahre zuvor war es üblich, die Wehrpflichtigen drei bis fünf Tage vor dem 30. oder 31. „in Marsch zu setzen".

Für die Kameraden aus dem Rheinland, die in Norddeutschland stationiert sind, bedeutet dies ca. 15 Uhr Abfahrt und vier Stunden Fahrt. Dann aber am 1. April gleich wieder arbeiten, damit man zwischen dem Wehrdienst und der Ausbeutung im Betrieb nicht mal mehr Luft holen kann. Besorgungen, die sich aus der Umstellung ergeben, sind nicht möglich, geschweige denn neue Arbeit suchen.

Bis zum letzten Tag will die Bourgeoisie die Soldaten schikanieren und ihre Arbeitskraft praktisch für umsonst vernutzen.

Bremervörde. Am Ersten mußte ein Kamerad zum Kompaniechef. Man hat ihm einen Pfändungsbescheid auf seinen Wehrsold geschickt. Für einen Verkehrsverstoß 120 DM Bußgeld laut Bescheid vom 28.6.76. Das Steueramt war schon bei ihm zu Haus. Er war natürlich nicht da. Da haben sie sich gleich an den Kompaniechef gewendet. Der Kamerad braucht sein Auto. Der Standort Bremervörde ist nur schwierig und mit großen Zeiteinbußen mit der Bahn zu erreichen. Sein Vater bezahlt schon Steuern und Versicherung. Der Sold geht allein für Benzin, 120 DM im Monat, mal ein Bier, bischen Schokolade oder das obligatorische Kantinenfrühstück drauf. Die Eltern zahlen im Jahr 1 400 DM drauf. Den Pfändungsbescheid werden sie auch zahlen müssen. – (aus Volksmiliz, Zeitung des SRK Bremen)

Die **Panzerstandardisierung** zwischen den US- und den westdeutschen Imperialisten platzt voraussichtlich völlig. Nachdem der ursprüngliche Plan eines gemeinsamen Panzers bereits an der scharfen Konkurrenz gescheitert war, wurden Verhandlungen über die Standardisierung von Motor und Kanone geführt. Die USA haben sich geweigert, eine Entscheidung über die Einführung der Leopard-Kanone bis zum vorgesehenen Termin (15. Januar) zu fällen, und haben dieser Termin auf den 30. Dezember 1977 verlegt. Die Bundesregierung wird dem Bundestag bereits im März vorschlagen, die geplante 120-Millimeter-Kanone mit glattem Lauf einzuführen.



Revolutionäre Kundgebung russischer Arbeiter, 1905.

„Die Enterbten und Werktätigen haben den Reichen und Ausbeutern den Krieg erklärt!“ (Lenin)

1. Mai im zaristischen Rußland

Aus „Die Mutter“ von Maxim Gorki

Gorki beschreibt in dieser Szene seines Romans den Streik der Arbeiter einer russischen Stadt am 1. Mai und das erste offene Hervortreten auf der Straße der Gruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Schilderung beruht auf tatsächlichen Ereignissen im Jahr 1902 in Nishnij-Nowgorod. Dieser 1. Mai war Teil des großen Aufschwungs der Kämpfe der russischen Arbeiter und Bauern in den Jahren 1901 bis 1904, in denen der Aufbau der Partei des Proletariats, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, gewaltige Fortschritte machte.

Ein Zittern lief durch die Menge, die Sitzenden standen auf, einen Augenblick war alles starr, wartete gespannt, und viele Gesichter wurden blaß.

„Genossen!“ ertönte Pawels Stimme klangvoll und fest. Ein trockner, heißer Nebel versengte die Augen der Mutter, und mit einer einzigen Bewegung ihres plötzlich erstarrten Körpers stellte sie sich hinter den Sohn. Alle wandten sich Pawel zu und umringten ihn wie Eisenfeilspäne einen Magneten.

Die Mutter blickte ihm ins Gesicht und sah nur seine stolzen, kühnen, glühenden Augen.

„Genossen, wir haben beschlossen, offen zu erklären, wer wir sind. Wir erheben heute unser Banner, das Banner der Vernunft, des Rechts und der Freiheit.“

Eine lange, weiße Stange blitzte in der Luft, senkte sich, zerteilte die Menge, verschwand in ihr, und eine Minute später flatterte die breite Leinwand der Arbeiterfahne wie ein roter Vogel über den aufwärts gerichteten Gesichtern.

Pawel reckte den Arm in die Höhe – die Fahnenstange schwankte. Da griff ein Dutzend Hände nach dem weißen, glatten Holz, und unter ihnen war die Hand seiner Mutter.

„Es lebe die Arbeiterschaft“ rief er.

Hunderte von Stimmen antworteten ihm mit schallenden Rufen.

„Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, unsere Partei, Genossen, unsere geistige Heimat.“

Die Menge wogte; wer die Bedeutung der Fahne erfaßt hatte, drängte sich zu ihr hin; neben Pawel traten Masin, Samoilow, die beiden Gussews, mit gesenktem Kopf stieß Nikolai die Menschen auseinander, und mehrere der Mutter unbekannte junge Leute mit glänzenden Augen schoben sie beiseite.

„Es lebe die Arbeiterschaft aller Länder!“ rief Pawel, und ein immer kräftiger und freudiger anschwellendes tausendstimmiges Echo antwortete ihm mit ergreifendem Klang.

Die Menge schloß sich dichter zusammen. Pawel schwenkte die Fahne, sie entfaltete sich in der Luft und schwebte, von der Sonne beschienen, rot und breit lächelnd voran.

„Wir sagen uns los von der alten Welt ...“
ertönte Fedja Masins helle Stimme, und Dutzende Stimmen nahmen den Gesang in weicher, starker Woge auf.

„Wir schütteln den Staub von den Füßen ...“ (...)

„Steh auf, erhebe dich, Arbeitervolk!
Auf den Feind, ihr hungernden Brüder!“

Und die Leute liefen der roten Fahne entgegen, schrien etwas, schlossen sich dann der Menge an und gingen mit ihr wieder zurück, und ihr Geschrei ging unter in den Klängen des Liedes, jenes Liedes, das zu Hause leiser als die übrigen gesungen wurde. Auf der Straße strömte es laut und gleichmäßig mit erschreckender Gewalt dahin. Unbeugsamer Mut klang aus ihm, es rief die Menschen auf den weiten Weg in die Zukunft und sprach ehrlich von der Beschwerlichkeit des Weges. In seiner großen, ruhigen Flamme schmolzen die schwarzen Schleier des Überlebten, der schwere Klumpen alltäglicher Gefühle, und die verfluchte Angst vor dem Neuen verbrannte zu Asche ... (...)

Jetzt sah die Mutter, daß am Ende der Straße eine graue Wand gleichaussehender Menschen ohne Gesichter den Zugang zum Platz versperrte. Über ihren Schultern blitzten kalt und dünn die scharfen Spitzen der Bajonette. Und von dieser schweigenden, unbeweglichen Wand wehte eine Kälte zu den Arbeitern herüber, legte sich der Mutter schwer auf die Brust und drang in ihr Herz. (...)

„Genossen!“ sprach Pawel. „Wir müssen das ganze Leben lang vorwärts! Einen anderen Weg gibt es nicht für uns!“

Eine gespannte Stille trat ein. Die Fahne erhob sich, sie schwankte, flatterte nachdenklich über den Köpfen der Menschen und schwebte auf die graue Soldatenwand zu. Die Mutter erbebte, schloß die Augen und stöhnte auf: Pawel, Andrej, Samoilow und Masin, nur die vier sonderten sich von der Menge ab. (...)

Unter der Fahne standen etwa zwanzig Mann, nicht mehr, aber sie standen fest! Die Mutter fühlte, wie es sie zu ihnen hinzog; es war ein Gefühl der Angst um sie und der unklare Wunsch, ihnen etwas zu sagen ...

„Leutnant, nehmen Sie ihm das da weg!“ ertönte die ruhige Stimme des großen alten Mannes.

Er streckte die Hand aus und zeigte auf die Fahne.

Der kleine Offizier sprang auf Pawel zu, packte die Stange und schrie kreischend: „Her damit!“

„Hände weg!“ sagte Pawel laut.

Die Fahne zitterte rot in der Luft, neigte sich nach rechts und links und stand wieder gerade. Der kleine Offizier prallte ab und flog zu Boden. Mit ungewohnter Schnelligkeit glitt Nikolai, die ausgestreckte Hand zur Faust geballt, an der Mutter vorüber.

„Nehmt sie fest!“ schrie der Alte, mit dem Fuß aufstampfend.

Ein paar Soldaten sprangen vor. Einer schlug mit dem Kolben zu, die Fahne zitterte, neigte sich und verschwand in dem grauen Soldatenhaufen.

Lenin zum 1. Mai 1904

„Genossen Arbeiter! Es naht der 1. Mai, der Tag, an dem die Arbeiter aller Länder ihr Erwachen zum bewußten Leben feiern, ihre Vereinigung im Kampf gegen jede Bedrükkung und jede Knechtung des Menschen durch den Menschen, im Kampf für die Befreiung der Millionen Werktätigen von Hunger, Elend und Erniedrigung feiern. Zwei Welten stehen einander in diesem gewaltigen Kampf gegenüber: die Welt des Kapitals und die Welt der Arbeit, die Welt der Ausbeutung und Sklaverei und die Welt der Brüderlichkeit und Freiheit.

Auf der einen Seite – ein Häuflein reicher Schmarotzer. Sie haben Fabriken und Werke, Arbeitsgeräte und Maschinen an sich gerissen. Sie haben Millionen Desjatinen von Land und Berge von Geld in ihr Privateigentum verwandelt. Sie haben die Regierung und das Heer gezwungen, ihre Diener, die treuen Wächter des von ihnen angehäuften Reichtums zu sein.

Auf der anderen Seite – Millionen Enterbter. Sie müssen bei den Reichen um Erlaubnis bitten, für sie arbeiten zu dürfen. Sie schaffen durch ihre Arbeit alle Reichtümer, selber aber plagen sie sich ihr ganzes Leben lang für ein Stückchen Brot ab, sie betteln um Arbeit wie um ein Almosen, unterhöhlen ihre Kraft und Gesundheit durch übermäßige Arbeit, hungern in den Elendshütten der Dörfer, in den Kellerlöchern und Dachstuben der großen Städte.

Und nun haben diese Enterbten und Werktätigen den Reichen und Ausbeutern den Krieg erklärt. Die Arbeiter aller Länder kämpfen für die Befreiung der Arbeit von der Lohnsklaverei, von Elend und Not. Sie kämpfen für die Errichtung einer Gesellschaft, in welcher die durch gemeinsame Arbeit erzeugten Reichtümer allen Werktätigen zugute kämen und nicht einem Häuflein Reicher. Sie wollen, daß der Grund und Boden, die Fabriken und Werke, die Maschinen in das Gemeineigentum aller Arbeitenden umgewandelt werden. Sie wollen, daß es keine Reichen und keine Armen gibt, daß die Früchte der Arbeit denen zufallen, die arbeiten, daß alle Errungenschaften des menschlichen Geistes, alle Verbesserungen in der Arbeit das Leben dessen verbessern, der arbeitet, und nicht als Werkzeug zur Unterdrückung des Arbeitenden dienen. (...)

Genossen Arbeiter! So laßt uns mit verzehnfachter Energie den nahenden Entscheidungskampf vorbereiten! Laßt uns die Reihen der sozialdemokratischen Proletarier enger schließen! Ihre Propaganda erfasse immer breitere Massen! Kühner entfalte sich die Agitation für die Arbeiterforderungen! Möge der Feiertag des 1. Mai uns Tausende neuer Kämpfer zuführen und unsere Kräfte in dem großen Kampf um die Freiheit des ganzen Volkes, um die Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitals verdoppeln!
Es lebe der achtstündige Arbeitstag!
Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!
Nieder mit der verbrecherischen und räuberischen zaristischen Selbstherrschaft!“

Werke Band 7, Seite 192

Lohnsituation in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern

In allen kapitalistischen Staaten Westeuropas führen die Arbeiter gegenwärtig heftige Kämpfe gegen die Senkung ihrer Löhne, gegen die kapitalistische Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze, gegen die Angriffe auf das Tarif- und Streikrecht durch die Kapitalisten und die Regierungen, und für Verkürzung des Arbeitstags, Senkung des Rentenalters, Zahlung der Sozialversicherung durch die Kapitalisten und andere Forderungen der ganzen Klasse. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit (in den neun EG-Staaten sind zu Beginn 1977 insgesamt 5,4 Millionen Lohnabhängige offiziell arbeitslos gemeldet gewesen), vor allem aber mit Hilfe der Spaltungsmanöver von Reformisten und Revisionisten, ist es den Kapitalisten dennoch gelungen, in allen Ländern Lohnsenkungen in verschiedenem Umfang durchzusetzen.

Ein Vergleich, den uns die Tabelle ermöglicht:

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten von 1970–75 ist in England mit 84,4 % am größten, die Niederlande haben 51,7 % zu verzeichnen, mit „nur“ 34,7 % liegt die BRD an letzter Stelle.

Bei den Steuern und Sozialabgaben stehen die britischen Arbeiter an siebenter, die der BRD an sechster Stelle. Die höchsten Abgaben aber haben die niederländischen Arbeiter

Nur an dritter Stelle liegen die britischen Arbeiter unter dem Diktat des „Sozialvertrags“ bei den Lohnsteigerungen, wodurch sie wegen der hohen Teuerung auf das unterste Niveau der europäischen Arbeiterlöhne hinabgedrückt wurden. Die Arbeiter der BRD liegen an siebenter Stelle. Die geringste Lohnsteigerung haben jedoch die niederländischen Arbeiter zu verzeichnen gehabt.

Schon dieser Zahlenvergleich macht klar, daß es schlicht falsch ist, wenn in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 9/77 in der Berichterstattung aus den Niederlanden behauptet wird, der Abschluß einer Lohnerhöhung von 1,8 % zuzüglich eines „Teuerungsausgleichs“ von 2,5 % nach drei Wochen heftiger Streikkämpfe, die einem Generalstreik nahe kamen, sei ein „Erfolg“ der Arbeiter gewesen. Vielmehr zeigt gerade das Beispiel der Niederlande, daß die Spaltung und Lähmung der Arbeiterbewegung durch die Reformisten und Revisionisten das Hauptinstrument der europäischen Bourgeoisie ist, um massiven Raub an den Löhnen der Arbeiter zu treiben.

Noch schlechter ist es angesichts dessen, daß der Artikel in der KVZ Nr. 9 behauptet und propagiert: „Die Sprengkraft des Streiks lag in den Forderungen nach dem automatischen Teuerungsausgleich und Lohnerhöhung von 2 %.“

Tatsächlich ist gerade die Orientie rung des Lohnkampfs auf „automatischen Teuerungsausgleich“ oder ähnliche Formeln, die eine staatliche Kontrolle des Lohnzuwachses beinhalten, das Hauptmittel der Reformisten und Revisionisten, um die Löhne der Arbeiter zu einer abhängigen, „automatisch“ berechenbaren Größe im Rahmen der kapitalistischen Volkswirtschaft zu machen, genauer gesagt: um den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse zu lähmen und ihn unter die Fuchtel des bürgerlichen Staates zu stellen. Im Endeffekt läuft es überall auf Lohnsenkung hinaus. Solche Regelungen des „automatischen Teuerungsausgleiches“ bedeuten die Aufhebung der gewerkschaftlichen Tarifautonomie und vor allem Streikverbot für die Arbeiter.

Gerade das ermöglicht den Kapitalisten dann, auch einen rein nominellen „Teuerungsausgleich“ in Frage zu stellen und die reformistischen Gewerkschaftsführer auf offenen Lohnraub festzulegen, wie in Großbritannien, wo der Staat in den letzten beiden Jahren einen Lohnraub von 10 % ausdrücklich verlangt und großteils auch hat erzwingen können; wie in Italien, wo den Kapitalisten die Senkung der Löhne im Rahmen des „Teuerungsausgleiches“ durch die „mobile Lohnskala“ nicht ausreicht und sie noch größere „nationale Opfer“ verlangt und von der revisionistischen Gewerkschaftsführung auch bekommen haben; oder wie in Dänemark, wo die Regierung das mit der Gewerkschaftsführung auf drei Jahre ausgehandelte „Stillhalteabkommen“ von 6 % nach den Verhandlungen gleich so ausgelegt hat, daß selbstverständlich pro Jahr 2 % gemeint seien. Nur eine Arbeiterklasse, deren Kraft durch Reformisten und Revisionisten gefesselt wird mittels staatlicher Lohnkontrollen, muß sich solche Ohrfeigen gefallen lassen.

Überall in den europäischen Ländern beginnen die Arbeiter, die Fesseln des Reformismus und der staatlichen Lohnaufsicht abzustreifen und zu sprengen. Die „Welt“ schreibt anläßlich des Streiks der Werkzeugmacher bei Leyland in Großbritannien: „Die Tage der britischen Lohnsdisziplin sind gezählt, denn die Forderung nach Abschaffung des Sozialkontrakts wird massiv erhoben. Die Leyland-Arbeiter bezeichnen den Sozialvertrag als ‚Mauer von Jericho, die eingestürzt werden muß‘.“ Sie verlangen freie Lohnverhandlungen.

	Primarschullehrer (a)			Autobuschauffeur (b)			Werkzeugmacher (c)			Textilarbeiterin (d)		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Niederlande	32 601	23 199	71,2	29 957	20 345	67,9	23 396	16 142	69,0	16 949	11 317	66,8
Belgien	26 111	17 721	67,9	21 727	26 828	77,5	24 435	18 710	76,6	13 263	10 625	80,1
BRD	31 838	27 030	84,9	28 755	20 464	71,2	23 807	17 031	71,5	12 389	8 837	71,3
Schweiz	54 250	41 393	76,3	39 150	28 971	74,0	32 000	25 376	79,3	19 500	15 152	77,7
Finnland	27 122	16 823	62,0	26 744	17 658	66,0	22 076	15 436	69,9	12 993	9 555	73,5
Dänemark	41 851	23 771	56,8	27 900	17 800	63,8	33 234	20 047	60,4	24 618	16 322	66,3
England	20 101	13 404	66,7	16 135	11 813	73,2	15 459	11 412	73,8	9 465	6 666	70,4
Italien	10 433	9 171	87,9	17 775	15 020	84,5	12 894	11 295	87,6	6 960	6 264	90,0
Norwegen	27 748	19 835	71,5	28 755	20 455	71,2	28 302	20 194	71,4	20 830	14 789	71,0
Frankreich	20 020	15 631	78,1	20 319	19 728	97,1	19 313	17 285	89,5	12 064	10 098	83,7
Schweden	31 806	19 907	62,6	28 197	19 625	69,6	30 791	20 809	67,6	23 460	15 734	67,1
Österreich	16 339	13 442	82,3	17 739	15 211	87,5	24 757	19 926	80,5	11 398	8 548	75,0

Angaben in Schweizer Franken (1 DM gleich 0,975 Franken) 1: Bruttojahreseinkommen 2: Nettojahreseinkommen nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben 3: in Prozent des Bruttoeinkommens (a) Seit zehn Jahren im staatlichen Schuldienst, etwa 35 Jahre, verheiratet, ohne Kinder (b) Bei den Städtischen Verkehrsbetrieben, zehnjährige Praxis, verheiratet, zwei Kinder (c) Facharbeiter mit Lehre, Metallindustrie, etwa 35 Jahre, verheiratet, zwei Kinder (d) An- bzw. ungelernte Hilfsarbeiterin, etwa 25 Jahre, ledig
Quelle: „Preise und Löhne“, Schweizerische Bankgesellschaft (Stand Mai/Juni 1976)

„Teile und herrsche“ im östlichen Mittelmeer

Das Ringen der beiden Supermächte um die Beherrschung des östlichen Mittelmeeres und ihre Einmischung auf Zypern, in Griechenland und der Türkei ist in eine neue Phase intensiver Geheimdiplomatie eingetreten, die den Völkern nichts Gutes verheißt und Wachsamkeit verlangt.

Im Februar reiste der Sonderbotschafter der US-Regierung, Clark Clifford, einer der Autoren der Truman-Doktrin, die nach dem Zweiten Weltkrieg auch Griechenland und die Türkei der Oberhoheit der US-Imperialisten unterwarf, und unter Johnson Kriegsminister der USA, nach Griechenland, in die Türkei und nach Zypern. Das war nach der Reise von Young ins südliche Afrika und von Vance in den Nahen Osten eine weitere „Sondierungs“reise der Carter-



Sowjetische Kriegsschiffe in der Ägäis bedrohen die Selbständigkeit der Mittelmeerstaaten. 279 ausländische Schiffe kreuzten 1976 durch die Türkische Meerenge zwischen Schwarzem Meer und Ägäis. 235 davon waren sowjetische Schiffe. Am 18. Juli lief der 40 000-Tonnen-Flugzeugträger „Kiew“ ins Mittelmeer und den Atlantik aus.

Leute, um zu prüfen, wie die Völker am besten gespalten und die Einmischung am effektivsten gestaltet werden kann.

„Clifford war vorsichtig genug, weder in Athen noch in Ankara oder in Nikosia auch nur Andeutungen zu geben.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.1977)

Gleich darauf ist der türkische Außenminister Caglyanyl nach Moskau gereist, um bei Verhandlungen über weitere Kredite der Sozialimperialisten für verschiedene Schlüsselprojekte bei der Industrialisierung der Türkei (2,5 Milliarden DM haben sie schon investiert, über 10 Milliarden DM haben sie in Aussicht gestellt) erneut bedrängt zu werden, den zugesagten „Nichtangriffspakt“ mit der Sowjetunion alsbald abzuschließen.

Für die Sozialimperialisten ist es ein entscheidendes Ziel, im Rahmen ihrer intensiven Kriegsvorbereitungen sich die Durchfahrt ihrer Flottenverbände durch die Meerengen der Türkei offenzuhalten und möglichst die Türkei als Mitglied der NATO zu neutralisieren. Für die US-Imperialisten ist es umgekehrt entscheidend, den Sozialimperialisten diesen Weg zu verstellen, ihre Stützpunkte auf Zypern zu erhalten, in Griechenland und der Türkei wiederzueröffnen und die Armeen beider Länder im Fall eines Konflikts der sowjetischen Armee als Prellbock entgegenzustellen, um Zeit zu haben, ihre eigenen Eingreifverbände heranzuführen.

Um sich als uneigennütziger Makler aufzuspielen, haben die US-Imperialisten über den Vize-Präsidenten Mondale bei seinem Europa-Besuch und über ihre Militärs verbreiten lassen, wegen der verbesserten Möglichkeiten des Lufttransports und der Satellitenaufklärung hätte sich speziell die Bedeutung der insgesamt 26 NATO-Stützpunkte auf ihrem Territorium (die die türkische Regierung einstweilen geschlossen hat) „relativiert“. Tatsächlich haben sie auf jeden Fall vor, sie zu halten. Darum hat Clifford auch keine Zusicherung der US-Regierung gegeben, die massiven Erpressungsversuche durch das Waffenembargo gegen die Türkei aufzuheben. Die Türkei selbst hat keine Industrie, um moderne Waffen herzustellen, und ist von Waffenkäufen abhängig.

„(Es) würde die Türkei Milliarden kosten, sich auf sowjetische Lieferungen umzustellen, was mindestens eine Dekade dauern würde. Außerdem hängt die Türkei von den Einkünften ihrer Millionen Arbeiter in Westeuropa ab und davon, daß sie 70 % ihrer Exporte dahin schickt und in die EG will“,

stellt der Leitartikel des „International Herald Tribune“, des Auslandsorgans der US-Imperialisten, in aller Gemütsruhe fest.

Allerdings, die Politik der nackten Erpressung, wie sie Ford und Kissinger betrieben hatten, hat nur dem Unabhängigkeitsstreben der Völker Griechenlands, der Türkei und Zyperns neuen Anstoß gegeben und der anderen Supermacht die Möglichkeit gegeben, sich unter demagogischen Vorwänden einzumischen.

Daher hat die Carter-Regierung, unterstützt von der US-Presse, seit Jahresbeginn heuchlerisch „neue Hoffnungen für die Lösung der griechisch-türkischen Krise“ lanciert.

„Eine Situation, die vor einem Monat so gut wie unlösbar und gefahrengeladen schien, zeigt jetzt einen vorsichtigen Hoffnungsschimmer“

– solche und ähnliche Kommentare waren im Dutzend billiger.

Als wären es nicht eben die US-Imperialisten gewesen, die diese Widersprüche fortlaufend geschürt haben und weiter schüren. Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei besteht darin, daß unmittelbar vor der Küste der Türkei mehrere Inseln liegen, die zu Griechenland gehören, so daß beide Länder Ansprüche auf die Nutzung der Küstengewässer machen können, in denen sich möglicherweise auch Erdölvorkommen befinden. Differenzen bestehen auch hinsichtlich der Luftüberwachungsrechte in diesem Gebiet.

Diese Differenzen können beide Völker zum beiderseitigen Nutzen ohne weiteres beilegen, und der Wille dazu wächst. Die Carter-Regierung – unter dem Vorwand, an der Aussöhnung beider Länder zu arbeiten – betreibt tatsächlich genau wie ihre Vorgänger eine systematische Propaganda, wonach beide Völker nicht fähig seien, ihre Probleme selbst zu regeln.

„Die Griechen behaupten, die Türkei versuche, die Ägäis in ein türkisches Meer zu verwandeln. Die Türken sagen, Griechenland versucht, es zu einem griechischen Meer zu machen. Das ist ein äußerst gefährlicher Aspekt wachsender Feindschaft zwischen zankenden Verbündeten der NATO im östlichen Mittelmeer. Die Griechen, die bessere Fähigkeiten haben, ihre Ansichten international zu verbreiten, behaupten, daß seit die Türkei zweimal 1974 in Zypern eingefallen ist und 40 % der Insel besetzt habe, sie danach strebt, auf Kosten Griechenlands in andere Gebiete zu expandieren.“

So schreibt der Leitartikler Sulzberger in der „International Herald Tribune“ vom 6.2.77. Offensichtlich ist Clifford mit einem verwegenen Geheimvorschlag Carters aufgetreten, aber nicht gelandet, der ein klares Licht darauf wirft, wozu diese Politik der Spaltung dienen soll.

„Laut halboffiziellen Quellen in Athen bieten die Vereinigten Staaten Griechenland eine großzügige Wirtschaftshilfe im Tausch für militärische Stützpunkte. Griechenland kann nach amerikanischer Vorstellung durchaus dem militärischen Teil der NATO fernbleiben, fordert jedoch vehement Stützpunkte auf den zahlreichen griechischen Inseln vor der Türkei. Dabei sollen vor allem jene Inseln vor der kleinasiatischen Küste eine Rolle spielen, deren Entmilitarisierung die Türkei fordert. Die Vereinigten Staaten wollen dadurch drei Probleme lösen: erstens die Schaffung zusätzlicher amerikanischer Stützpunkte im östlichen Mittelmeer; zweitens die Erfüllung der türkischen Forderung nach dem Abzug der griechischen Truppen von diesen Inseln, und drittens die Schaffung einer Sicherheitszone zwischen Griechenland und der Türkei durch eine Pufferzone mit amerikanischen Stützpunkten.“ Um „die Frage der Bohrungsrechte in der Ägäis (zu lösen)“, soll „eine Gesellschaft ... geschaffen werden, die die Bohrungsrechte für die gesamte Ägäis erhalten soll. Finanziell und technisch soll diese Firma internationalen Charakter haben.“ (Stuttgarter Zeitung, 19.2.1977)

Offensichtlich sind die US-Imperialisten damit nicht gelandet, so daß Clifford nach seiner Rückkehr feststellen mußte, daß die „Widrigkeiten und Probleme die bisherige Einschätzung Washingtons weit übertreffen“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.1977)

Der Kampf der Völker Griechenlands, der Türkei und Zyperns für den Abzug aller fremden Truppen aus der Ägäis und dem Mittelmeer, die Auflösung aller Militärstützpunkte, Austritt aus imperialistischen Militärbündnissen und für die Schließung der Meerengen für die imperialistischen Flotten hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen, und selbst die reaktionären bürgerlichen Regierungen müssen diesen Forderungen zu einem kleinen Teil nachgeben.

Um diese Lage zu ändern, wollen die US-Imperialisten nichts anderes als die Sozialimperialisten, vor allem auch Zypern als Hebel der Spaltung zwischen Griechenland und der Türkei benutzen. Hier meint Clifford, „Eis gebrochen“ zu haben. Die US-Imperialisten drängen auf eine Lösung, die die beiden Volksgruppen auf Zypern in zwei „Bundesstaaten“ einsperren soll, um ihren Zusammenschluß für die vollständige Unabhängigkeit Zyperns zu verhindern. Die Volksmassen Zyperns werden aber diese imperialistische „Lösung“ nutzen, um genau das zu erreichen, was die Imperialisten verhindern wollen. – (hl/gk)

ZDF: „Aus Forschung und Technik“ – Alternativ-Energie

Die Bourgeoisie hat eine schwache Ferse der Bewegung gegen das Energieprogramm der Bundesregierung entdeckt. Die schwache Ferse besteht im Atommystizismus. Nicht selten wird verkannt, daß im Kern des Energieprogramms nicht etwa „das Atom“ lauert, sondern profitsüchtige Bourgeois. Wenn diese profitsüchtigen Bourgeois mit dem Kernkraftwerksabenteuer nicht durchkommen, werden sie sich anders behelfen. Wird das dann aber besser sein? Man beobachte die Vorbereitung. Die Vorbereitung läuft streng wissenschaftlich.

Heinrich Schiemann, bekannt als Kommentator von Mondlandungen, am 3. März um 19.30 Uhr, beste Sendezeit ZDF, meint „ganz persönlich“, daß man wohl eine Zeitlang mit dem Atom leben könnte oder sogar sollte. Aber:

„Allerdings ist das eben auch nur eine Meinung, denn schließlich wissen wir alle miteinander, einschließlich der Politiker und der Experten, noch zu wenig über die Risiken der Anlagen, die wir Ihnen in dieser Sendung gezeigt haben, und man sollte gewiß auch mal ganz objektiv prüfen lassen, wie weit wir ohne Verzicht auf Wachstum wirklich von der Kernenergie abhängig sind.“

Die dümmliche Vorrede soll darüber hinwegtäuschen, daß von den „Anlagen“, über die „wir alle miteinander noch zu wenig wissen“, bereits etliche in der Landschaft stehen. Deswegen so gewunden. Schiemann weiter:

„Zur Schonung der an sich riesigen Kohlevorkommen, die wir haben, für unsere Nachkommen und als Reserve für den Fall, daß es zu einer allgemeinen Ablehnung der Kernenergie käme, brauchen wir ein Sparprogramm für Wärme und Strom.“

Leute, spart Strom und Wärme für eure Kinder. Friert. Zahlt. Zahlt und friert! Das hebt die Wirtschaftskraft. Wenn ihr denkt, daß ihr zu viel zahlen und frieren müßt, Schiemann der objektive hat einen Vorschlag, der auch noch die Kohle schonen würde:

„Und schließlich sollte man die Sonnenenergie forcieren, jetzt in unserem Klima könnte man damit zwar nur Wärme erzeugen, zur Stromerzeugung scheint bei uns die Sonne zu wenig. Aber, der gesamte Strombedarf Westeuropas könnte aus der Sonne gedeckt werden, die in Südeuropa und Teilen Nordafrikas scheint. Warum sollten uns diese Gebiete nicht ihre Sonne verkaufen?“

Schiemann wandelt auf den Spuren Kaiser Wilhelms, der in Vorbereitung des Ersten Weltkrieges die Losung vom „Platz an der Sonne“ herausbrachte. Damals ging es um die günstigen Bedingungen für plantagenmäßig zu gewinnende landwirtschaftliche Rohstoffe. Imperialistische Konkurrenten mit Kolonialbesitz hatten diese erheblich billiger. Das Reich zog in den Krieg, und wie man nicht vergißt, die Sozialdemokratie zog mit.

Bis h e u t e leiden die Länder, die da-

Bis h e u t e leiden die Länder, die damals „Sonne“ hatten und imperialistisch unterdrückt wurden, unter den Folgen der landwirtschaftlichen Monokultur, die ihnen von den Imperialisten aufgeherrscht wurde.

„Warum sollten uns die Gebiete“ (Schiemann degradiert bedenkenlos Länder zu „Gebieten“) „nicht ihre Sonne verkaufen?“

Ja warum wohl nicht? Unter dem Deckmantel von „Forschung und Technik“ wird hier ideologische Kriegsvorbereitung getrieben.

Ihr wollt euch nicht verstrahlen lassen? Dann zahlt und friert! Schont aber die Kohle! Für eure Kinder. Wir brauchen Sonne! Nordafrika hat sie! Laßt euch am besten im Krieg um die Sonne verheizen!

Das sind Schiemanns Alternativen. Das kommt auf leisen Sohlen daher, aber die Pfade sind schließlich bekannt. Es sind die gesetzmäßigen Pfade des Imperialismus.

Nach Polizeimord: Massendemonstrationen in Italien

Am letzten Freitag versuchte die reaktionäre katholische Jugendorganisation „Kommunion und Befreiung“, in der Universität Bologna eine Veranstaltung abzuhalten. Revolutionäre Studenten sind gegen die Provokation vorgegangen. Der Rektor rief Polizei und Carabinieri. Nach der Veranstaltung wurden die abziehenden revolutionären Studenten angegriffen, zunächst mit Tränengas, als dann Steine und Molotow-Cocktails zurückflogen, mit Schusswaffen. Der revolutionäre Student Francesco Lorusso wurde tödlich getroffen. Der Schuss war gezielt: Lorusso war ein in der Studentenbewegung führendes Mitglied der revolutionären Organisation Lotta Continua.

Eine halbe Stunde nach dem Tod Lorussos sind 15 000 auf den Straßen. Gegen die Polizeiangriffe gehen die Massen zum Gegenangriff über. Mit knapper Not kann die Polizei das Polizeipräsidium halten. Der Bahnhof wird gestürmt, ebenso eine Polizeiwache in der Innenstadt. Bis tief in die Nacht gehen die Straßenkämpfe, die am frühen Nachmittag begonnen hatten, weiter. Nach Arbeitsschluß stoßen Arbeiterjugendliche zu den Studenten.

Nachdem der Polizeimord bekanntgeworden ist, gehen am Samstag im ganzen Land revolutionäre Studenten und Jugendliche auf die Straße. Auf mindestens 200 000 schätzt der Korrespondent der „Stuttgarter Zeitung“ die Gesamtzahl der Demonstranten. Schon vorher hatten die Kollektive der „neuen Studentenbewegung“ für Samstag zu einer nationalen Demonstration in Rom aufgerufen gegen die reaktionäre Universitätsreform, gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen die Verurteilung eines revolutionären Studenten. Zwischen 40 000 und 60 000 sammeln sich in der römischen Innenstadt. Fünf Kilometer lang ist der Demonstrationszug. Vor dem Gebäude der Parteizentrale der Christdemokraten kommt es zu den ersten Zusammenstößen mit der Polizei. Durch Polizeiangriffe wird die Demonstration in mehrere Teile gespalten: Nach kurzer Zeit haben sich die Straßenkämpfe auf die gesamte Innenstadt ausgebreitet. Demonstranten greifen unter anderem das Justizministerium und eine Carabinieri-Kaserne an. In der ganzen Stadt geht die Polizei mit Schusswaffen gegen die Demonstranten vor. Es gelingt ihr nicht, „die Ordnung“ wiederherzustellen.

Erst spät in der Nacht werden die Aktionen beendet. Aber noch am Sonntagmorgen sind alle Tiberbrücken von Demonstranten mit Barrikaden besetzt.

Am frühen Sonntagmorgen besetzt die Polizei das von den Studenten inzwischen geräumte Universitätsgebäude in Bologna mit Maschinenpistolen im Anschlag. Mit gepanzerten Fahrzeugen wird das Universitätsgelände abgeriegelt. Auf die gleiche Weise soll die Universität Rom „gesäubert“ werden.

Mit wilder Unterdrückung will die italienische Bourgeoisie die revolutionäre Jugend- und Studentenbewegung niederschlagen. Innenminister Cossiga verkündet ein allgemeines Demonstrationsverbot für Rom und Bologna. Zwei fortschrittliche Rundfunksender in Bologna, die die Kämpfe unterstützt hatten, werden geschlossen. Auf einer Pressekonferenz muß Cossiga zugeben, daß die Bewegung Massencharakter hat: „Wir sehen uns dem objektiven Zusammenspiel zwischen Massenbewegungen und terroristischen Gruppen gegenüber.“ und gleich läßt er heraus, daß sich die Unterdrückungsmaßnahmen nicht gegen einige angebliche Provokateure, sondern gegen die Volksmassen richten: „Wenn diese 50 000 ... nicht gegen die Provokateure sind, sind sie dafür.“ (Stampa Sera, 14.3.77)

Flankenschutz für die Unterdrückungsmaßnahmen geben die Revisionisten. In Rom und Bologna haben sie die Stadtverwaltung in der Hand. Die Revisionisten sollen die revolutionäre Jugend- und Studentenbewegung von der Arbeiterklasse isolieren, in der es große Sympathie für die Kämpfe gibt.

Am Tag nach dem Tod Lorussos haben sie und die bürgerlichen Führer der Gewerkschaften in Bologna 20 000 Arbeiter zu einer Kundgebung „gegen die Gewalt“ versammeln können. Für Mittwoch rufen jetzt alle die Regierung stützenden Parteien von den Revisionisten bis zu den Christdemokraten zu einer gemeinsamen Veranstaltung „für die soziale Koexistenz sowie die Erneuerung der festen Beziehungen des demokratischen und republikanischen Staates“ auf.

6 000 nahmen am Montag in Bologna an der Beerdigung des erschossenen Lorusso teil. Die revolutionären Jugendlichen und Studenten setzen den Kampf fort. Sich mit der Arbeiterklasse verbinden, die Isolierungsversuche der Revisionisten zurückschlagen, ist jetzt ihre nächste Aufgabe. – (ug)

Italien: Demonstranten in Rom gegen die Ermordung des Studenten Francesco Lorusso durch die italienische Polizei



Zeittafel zu kolonialistischen und imperialistischen Verbrechen gegen die Völker Afrikas

Einige Beispiele aus 100 Jahren

1885 Internationale Kongo-Konferenz in Berlin, Beginn der endgültigen Aufteilung Afrikas. Gebildet wird ein „unabhängiger Kongostaat" mit Leopold II. von Belgien als König. Der gibt seine „Rechte" an den belgischen Staat weiter.

1884 Das Deutsche Reich kolonialisiert „Deutsch-Südwestafrika", Kamerun und Togo.

1884 Spanien besetzt Rio de Oro (Spanisch-Sahara)

1885 Italien annektiert Abessinien (Äthiopien) nach erbittertem Kampf muß es sich 1896 zurückziehen.

1885 Der Sudan wird durch britische Truppen besetzt, ein Aufstand der Madhisten erstickt. Schon 1881 war Ägypten von Großbritannien unter seinen „Schutz" gestellt worden, die Aktien des Suez-Kanals hatte der ägyptische Herrscher bereits 1875 an den Gläubiger England „verkaufen" müssen.

1887 annektiert Großbritannien Zululand, das britische Protektorat Nigeria wird gebildet.

1885 – 92 Frankreich macht sich zur Protektoratsmacht über Madagaskar, Elfenbeinküste und Dahomey.

1901 Endgültige Annexion Westafrikas (Guineas) durch den britischen Imperialismus

1903 Besetzung Mauretaniens durch Frankreich

1904 – 07 Krieg der Hereros und Namas in „Deutsch-Südwestafrika" gegen die deutsche Beherrschung, Unterdrückung durch deutsche Kolonialtruppen

durch deutsche Kolonialtruppen

1905 – 07 Aufstand der Maji-Maji in „Deutsch-Ostafrika"

1912 „Endgültige Befriedung" Mozambiques durch die Portugiesen

1914 – 18 Rekrutierung von 200 000 Afrikanern durch Menschenjagden in Französisch-Westafrika für die französische Armee. Großbritannien preßt 35 000, Deutschland 11 000 Afrikaner in die jeweiligen Armeen.

1914 Aufstände der Senussi gegen italienische Beherrschung Libyens, ab 1922 Wiedereroberung Libyens durch Italien.

1915 Aufstand gegen die Briten in Njassaland (jetzt Malawi), Niederschlagung durch Deutsche und Briten.

1935/36 Eroberung Äthiopiens durch Italien, 1942 erneuter Rückzug aus Äthiopien.

1955 Kämpfe der Massen in Marokko gegen französische Truppen, mehr als 1 000 werden in 2 Tagen von den französischen Truppen getötet.

1955 greifen israelische Truppen Ägypten an. Dieser Angriff ist Eröffnung und Vorwand der Intervention französischer und britischer Fallschirmjäger. Der Suez-Kanal war von Ägypten nationalisiert worden.
Die Imperialisten hatten Ägypten bei der Kreditvergabe für den Assuan-Staudamm erpressen wollen. Auf Beschluß der ägyptischen Regierung sollte der Damm mit den Einnahmen aus dem Kanal gebaut werden. Die Völker sind empört über die Intervention. Die US-Imperialisten lassen ihre Konkurrenten fallen und unterstützen die Aktion nicht mehr. UNO-Truppen werden nach Port Said verlegt, Briten und Franzosen müssen räumen, der Kanal steht unter ägyptischer Kontrolle.

1960 Schwere Kämpfe der afrikanischen Massen in Südafrika, blutige Niederschlagung der unbewaffneten Demonstranten durch das Kolonialistenregime in Sharpeville.

1965 schicken die US-Imperialisten Interventionstruppen mit Bombern und Fallschirmjägern in den Kongo, um die Befreiungsbewegung des Kongo zu zerschlagen. Gleichzeitig überfallen 800 belgische Fallschirmjäger Stanleyville, den Sitz der von der Befreiungsbewegung gebildeten Regierung. Diese Intervention ist ein Höhepunkt der neokolonialen Einmischung der Imperialisten nach der Unabhängigkeit des Kongo im Jahr 1960, die u.a. in militärischer Intervention, politischen Isolierungsversuchen und der versuchten Abspaltung Katangas, der reichsten Provinz, bestehen.

1968 Versuch der Zerstückelung Nigerias durch die Imperialisten („Biafra-Krieg")

1972 Portugiesische Truppen führen in Mozambique wieder eine Reihe von Ausrottungsaktionen gegen die Volksmassen durch. Zum ersten Mal werden sie in großem Umfang bekannt als „Massaker von Wiriyamu".

1975 Intervention kubanischer Truppen im Auftrag des Sozialimperialismus in Angola

Erfolgreiche erste Gipfelkonferenz der afrikanisch-arabischen Staaten

Vom 7. bis 9. März fand in Kairo die erste afrikanisch-arabische Gipfelkonferenz statt unter Beteiligung der Staatspräsidenten oder ihrer Stellvertreter aus 60 Ländern sowie den Vertretern von 7 Befreiungsbewegungen, unter ihnen die PLO und die Befreiungsbewegung von Zimbabwe. Die afrikanischen und arabischen Länder stellen die Hälfte aller Länder der Dritten Welt.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Berichterstattung der algerischen Zeitung „El Moudjahid" über die Konferenz sowie Auszüge aus den zentralen Entschließungen. (Nach: Hsinhua, 11.3.1977)



Der ugandische Staatspräsident Amin und Scheich Sayed al Nahyan als Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate (VAR) auf der afrikanisch-arabischen Gipfelkonferenz in Kairo

Aus der Berichterstattung der algerischen Zeitung „El Moudjahid"

„Indem die Konferenz gestern die ‚Charta von Kairo' annahm, wie sie jetzt üblicherweise genannt wird ... hat sie einmütig den Forderungen der Geschichte ihrer Völker ... ebenso wie den Erfordernissen der geo-politischen Situation unseres Kontinents entsprochen."

„Etwa 30 Redner haben im Lauf des Gipfeltreffens das Wort ergriffen, um von der Rednertribüne aus ihre vorbehaltlose Unterstützung für die arabisch-afrikanische Zusammenarbeit zu erklären, ihre Vorteile und Auswirkungen für die Entwicklung unseres Kontinents und die politischen und ökonomischen Wirkungen im Weltmaßstab zu würdigen. Jeder der Redner rief die geschichtlichen, kulturellen und geistigen Verbindungen, die bis in eine ferne Geschichte zurückreichen, in Erinnerung und alle legten den Akzent auf die Ähnlichkeit der Kämpfe der arabischen una afrikanischen Völker, was die Grundlage der Überzeugung bildet, einer einzigen Schicksalsgemeinschaft anzugehören."

„Herr Eteke Mboumoua, der Generalsekretär der OAU (Organisation Afrikanischer Staaten) ... antwortete der imperialistischen und zionistischen Propaganda, die versucht hatte, aus der Frage der Höhe der finanziellen Beiträge der Mitglieder für den gemeinsamen Kampf einen Streitpunkt zwischen den arabischen und afrikanischen Staaten zu machen, daß es nicht darum gehe, sich gegenseitig Wohltaten zu erweisen. Sondern daß Afrika, reich an Mineralien, an ungeheuren Möglichkeiten in Landwirtschaft und Industrie, ein Reservoir junger und wagemutiger Menschen, gemeinsam mit der arabischen Welt, reich durch eine tausendjährige Kultur, Inhaber von Ölressourcen, deren Wert durch eine kluge Politik und einen festen Willen zur Geltung gebracht wurde – daß diese Gruppen von Staaten gemeinsam und gleichberechtigt den Wünschen ihrer Völker entsprechen."

„Die Institutionen, die gebildet wurden, die Eigenschaften und Machtbefugnisse, die ihnen zugewiesen wurden, verstärken, wenn das notwendig sein sollte, den permanenten und unwiderruflichen Charakter der arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit zum Nutzen unserer Völker ..."

„Das alles und der anti-imperialistische, anti-kolonialistische und antizionistische Charakter dieses Zusammenschlusses, der sich in der einmütigen und tadellosen Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen ausdrückte – das alles gibt der arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit ihre hervorragende strategische Bedeutung ..."

„Die finanzielle Unterstützung der arabischen Staaten für die Befreiungsbewegungen Afrikas beläuft sich auf 11 Millionen Dollar. Diese Summe, deren Ausgabe von einer Reihe arabischer Staaten mit günstiger Handelsbilanz während der Konferenz beschlossen worden ist, kommt hinzu zur direkten Unterstützung, die andere Länder schon seit Jahren geben. Diese neu beschlossene Unterstützung ... wird vom Befreiungskomitee der OAU verwaltet und von der OAU selbst unter die Befreiungsbewegungen aufgeteilt."

(Alle Zitate aus El Moudjahid, 10. März 1977)

Auszüge aus der „Politischen Erklärung"

Auszüge aus der „Politischen Erklärung" und anderen Dokumenten der Konferenz

Die erste afro-arabische Gipfelkonferenz verabschiedete eine „Politische Erklärung", eine „Erklärung über die afrikanisch-arabische wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit" und ein weiteres Dokument zur „Organisierung und Methode der Verwirklichung der afro-arabischen Zusammenarbeit". In der „Politischen Erklärung" heißt es:

„Die afro-arabische Gipfelkonferenz bekräftigt erneut, daß sie sich den Prinzipien der Blockfreiheit und der friedlichen Zusammenarbeit und der Errichtung einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung verpflichtet fühlt."

„Die afro-arabische Gipfelkonferenz bekräftigt ihre Verpflichtung gegenüber den Prinzipien der Souveränität, territorialen Integrität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, des Nichtangriffs, der Selbstbestimmung und der Unzulässigkeit der gewaltsamen Besetzung oder Annektierung von Territorien sowie der Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Auseinandersetzungen und Konflikten."

„Die afrikanischen und arabischen Staatsoberhäupter und Regierungen bekräftigen die Notwendigkeit der Stärkung der Einheitsfront ihrer Völker in ihrem Kampf für die nationale Befreiung. Sie verurteilen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus, Apartheid und alle anderen Formen der Diskriminierung, der rassistischen und religiösen Spaltung und Unterdrückung, vor allem in der Form, in der sie im südlichen Afrika, in Palästina und in den anderen besetzten arabischen und afrikanischen Territorien in Erscheinung treten."

„Die afrikanischen und arabischen Staatsoberhäupter und Regierungen verurteilen die fortgesetzte militärische Aggression wie auch andere politische und wirtschaftliche Manöver, die vom Imperialismus, gestützt auf die rassistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien, gegen die souveränen Staaten im südlichen Afrika verübt werden, mit dem Ziel, die Regierungen dieser Länder politisch zu untergraben und ihre Anstrengungen zur wirtschaftlichen Entwicklung zu sabotieren. Die Gipfelkonferenz betrachtet solche Aggressionen als gegen die ganze afro-arabische Welt gerichtet und als eine Bedrohung des Weltfriedens. Die Konferenz verurteilt auch entsprechende Aktivitäten Israels gegen Ägypten, Jordanien, den Libanon und Syrien." Diese Länder sollen besonders unterstützt werden, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Unabhängigkeit zu konsolidieren und zu verteidigen.

„Die Konferenz verurteilt die israelischen Behörden wegen ihres Festhaltens am Versuch, in den besetzten arabischen Territorien die demographischen und geographischen Verhältnisse zu ändern unter Verstoß gegen das internationale Recht und UN-Resolutionen."

„Die afro-arabische Gipfelkonferenz beschließt, daß innerhalb der OAU und der Arabischen Liga, in den Vereinten Nationen und allen anderen internationalen Foren größere Anstrengungen unternommen werden, um die wirksamsten Wege und Mittel zu finden, Israel, Südafrika und Rhodesien international politisch und wirtschaftlich zu isolieren, solange diese Regimes an ihrer rassistischen, expansionistischen und aggressiven Politik festhalten. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Gipfelkonferenz die Notwendigkeit, einen vollständigen politischen, diplomatischen, kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Boykott und vor allem einen Erdölliefer-boykott gegen diese Regimes zu verhängen."

„Die afrikanisch-arabische Gipfelkonferenz hat nach eingehendem Studium der Lage ihre große Besorgnis über die Probleme Palästinas, des Nahen Ostens, von Zimbabwe, Namibia und Südafrika ausgedrückt. Sie ist vollständig überzeugt, daß ihre Sache zugleich eine afrikanisch-arabische Sache ist. Die Gipfelkonferenz beschließt, ihre totale Unterstützung für die Völker, die gegen rassistische und zionistische Regimes kämpfen, auszudehnen, ebenso die Unterstützung für die Frontstaaten in diesen Zonen des Kampfes, wegen ihrer Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf."

„Die Erklärung über afro-arabische wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit" stellt fest, daß die erste afro-arabische Gipfelkonferenz „sich der Tatsache bewußt ist, daß die Rückständigkeit und die wirtschaftlichen Probleme, unter denen die afrikanischen und arabischen Völker leiden, ursprünglich geschaffen wurden durch die Bedingungen der Ausbeutung und des Kolonialismus während langer Jahrhunderte", und „sie gehören zum Wesen der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung, die in erster Linie geschaffen ist, den Interessen, der ausbeutenden, industrialisierten Staaten zu dienen".

„Die Erklärung betont, daß die Gipfelkonferenz beschließt, einen integrierten Langzeitplan anzunehmen für die afro-arabische Kooperation auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet."

Die 11 Abschnitte des Plans enthalten „die Erhöhung der Mittel der Arabischen Bank für Wirtschaftsentwicklung in Afrika, um sie in die Lage zu versetzen, mehr beizutragen zu den Entwicklungserfordernissen Afrikas", „die Konsolidierung der Handelsbeziehungen unter den afrikanischen und arabischen Staaten durch gegenseitige bevorzugte Behandlung", „Ermutigung arabischer Investitionen besonders durch die Verwirklichung von gemeinsamen afro-arabischen Projekten" und „Ermutigung technischer Kooperation unter afrikanischen und arabischen Staaten".

Interview mit der Botschaft Ugandas in der BRD

Nachdem die Imperialisten alle möglichen imperialistischen und rassistischen Geschichten gegen den Präsidenten Ugandas, Idi Amin, verbreitet haben, sind jetzt die BRD-Imperialisten dazu übergegangen, auch die Botschaft Ugandas und die Botschafterin mit dieser Hetze anzugreifen. So behauptet z.B. der „Mannheimer Morgen" vom 14.3.: „Die ugandische Botschafterin in der Bundesrepublik Deutschland, Bernadette Pia Athieno-Olowo, soll nach Darstellung einer kenianischen Zeitung eine ‚Gefangene' in ihrer Botschaft in Bonn sein. Die in Nairobi erscheinende unabhängige Zeitung ‚Standard' berichtete, die Diplomatin möchte sich absetzen, werde aber von Agenten des ugandischen Präsidenten Idi Amin unter ihrem Botschaftspersonal praktisch gefangengehalten. Die Botschafterin soll eine Verwandte des früheren ugandischen Ministers Charles Oboth Ofumbe sein, der zusammen mit einem weiteren Minister und dem anglikanischen Erzbischof Janani Luwum unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen ist. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Bonn erklärte, ihrer Behörde sei von alledem nichts bekannt." (Mannheimer Morgen, 14.3.1977) Aus der Botschaft ist der KVZ kurz davor folgendes Interview zugegangen:

Die USA haben in letzter Zeit ihre Einmischung und Aggression verstärkt. Was sind die Gründe dafür?

Darüber werden die USA am besten selbst Bescheid wissen.

Die USA haben vor der Küste Ostafrikas einen Flugzeugträger und andere Kriegsschiffe auffahren lassen. Vor einigen Monaten hat Israel Uganda in Entebbe überfallen. Muß Uganda sich jetzt auf einen ähnlichen Überfall vorbereiten und wie geschieht das?

Was den Flugzeugträger der Vereinigten Staaten und andere Kriegsschiffe betrifft, so ist das Militär Ugandas 24 Stunden am Tag auf jede Intervention vorbereitet, von welcher Seite sie auch kommen mag.

In Westdeutschland haben die Imperialisten eine rassistische Hetze gegen Uganda entfaltet. Was halten Sie für die Gründe?

Das ist einfach deswegen, weil Uganda von keinem von ihnen kontrolliert wird.

Die Imperialisten in den USA und Westeuropa reden viel von „Menschlichkeit". Uganda war 70 Jahre britische Kolonie. Wie sah es mit der „Menschlichkeit" unter der britischen Kolonialherrschaft aus?

Genau so, wie es heute in den Ländern zugeht, die immer noch unter Kolonialherrschaft stehen.

Nachdem der Kolonialismus abgelöst war, versuchten die Imperialisten mit neokolonialen Methoden, die Länder Afrikas in Abhängigkeit zu halten und die Reichtümer der Länder auszubeuten. Was sind die Erfahrungen von Uganda?

Weil wir uns darüber im klaren sind, hat der Präsident 1973 die Entscheidung getroffen, daß der gesamte Wirtschaftsapparat vollständig ugandisiert wird.

Die OAU vertritt den Standpunkt, Afrika den Afrikanern. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Die OAU ist dem, was Sie Europäische Gemeinschaft nennen, vergleichbar insofern, wie ich meine, als alle Probleme Afrikas durch Afrikaner im Rahmen der OAU und nicht durch fremde Mächte gelöst werden.

Wie ist der Standpunkt Ugandas zur Befreiung des südlichen Afrika von Kolonialismus und Imperialismus durch den bewaffneten Befreiungskampf der Völker?

Wir nehmen voll an ihrer Befreiung teil.

Der Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm hat die Front der Bourgeoisie durcheinandergebracht

Das imperialistische Energieprogramm muß fallen!

Am Montag, dem 14.3., hat das Verwaltungsgericht in Freiburg sein Urteil über die Klage gegen die Baugenehmigung für das Kernkraftwerk in Wyhl verkündet. Das Gericht hat die Baugenehmigung zurückgenommen, weil das Kernkraftwerk keine „Berstsicherung" hat. Eine solche Berstsicherung war dem Kernkraftwerk zur Auflage gemacht worden, das die BASF in Ludwigshafen bauen wollte. Die BASF hat dieses Projekt dann fallen lassen, weil es ihr als Privatbetrieb in eigener Hand nicht wirtschaftlich genug erschien und weil sie es für wirtschaftlicher hielt, durch die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ein Kernkraftwerk bauen zu lassen, von dem sie dann den Strom beziehen kann. Das ist für die BASF „wirtschaftlicher", weil dann der größte Teil der Investitions- und Betreibungskosten über die Strompreise auf die Massen abgewälzt werden kann, während die BASF zu Sondertarifen billigen Strom bezieht. Der Verzicht der BASF auf ein eigenes Kernkraftwerk war der erste praktische Beweis dafür, daß es sich bei dem angeblich so billigen Strom aus Kernkraftwerken um einen Schwindel handelt. Wäre an diesem Schwindel etwas dran, hätte die BASF wie geplant ihr eigenes Kernkraftwerk gebaut, wie die Industrie ja heute noch 27 Prozent der Kraftwerkskapazitäten betreibt und rund 25 Prozent des Stroms privat erzeugt, weil es für sie profitabel ist. Es war der erste praktische Beweis, daß es sich bei dem Energieprogramm der Bundesregierung vor allem um ein Ausplünderungsprogramm der Massen handelt, wo der billige Strom nicht aus den Kernkraftwerken, sondern aus den Taschen der Massen kommen soll, die teuer dafür bezahlen müssen.

Das von der BASF geplante Kernkraftwerk sollte eine Kapazität von 600 Megawatt haben. Das Kernkraftwerk in Wyhl ist für eine Leistung von 1 230 Megawatt geplant. Wie eine Berstsicherung für ein so großes Kernkraftwerk aussehen soll, ist technisch noch nicht geklärt. Was eine solche Berstsicherung ökonomisch für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke bedeutet, ist erst recht nicht geklärt. Nur soviel ist klar, daß der billige Strom für die Kapitalisten aus einem solchen Kernkraftwerk für die Massen noch teurer kommen würde. Das imperialistische Abenteuer, das die Kapitalisten und die Bundesregierung mit dem Kernenergieprogramm betreiben, wird immer unkalkulierbarer. Technisch hat die Bourgeoisie die Kernenergieerzeugung nicht in der Hand, und wirtschaftlich gerät sie ihr immer mehr aus der Hand. Der Widerstand gegen die Kernkraftwerke hat diese Tatsache bloß ans Licht gefördert. Unter dem Druck der Massen ist diese Tatsache in Freiburg jetzt gerichtsnotorisch geworden.

Das Freiburger Gericht hat sich aber in den entscheidenden Punkten gegen die Massenbewegung der Kaiserstühler Weinbauern, die die Hauptkraft des Widerstands bilden, ausgesprochen. Der Betrieb des Kernkraftwerks bedeute für sie keine Nachteile. Ihr Widerstand soll also ungerechtfertigt sein. Die „Berstsicherung", die das Gericht zur Auflage macht, wird an den Punkten, gegen die sich die Bauern vor allem wehren, klimatische Verschlechterung der Anbaubedingungen für den Wein, Vernichtung des restlichen Fischbestandes durch Erwärmung des Rheins usw. nichts ändern. Die „UZ", die Zeitung der DKP, bezeichnet das Urteil als einen „demokratischen Gerichtsentscheid". Da kommt höchstens heraus, was die DKP unter Demokratie versteht. Fallenstellerei fällt für die DKP da mit drunter. Denn das Urteil ist eine Falle, indem es die entscheidenden Punkte, gegen die sich die Bewegung am Kaiserstuhl richtete, als unbedeutend und ungerechtfertigt abtut und die Baugenehmigung nur wegen der fehlenden Berstsicherung kassiert. Damit hat das Freiburger Gericht der nächsten Instanz, dem Mannheimer Oberverwaltungsgericht, bereits ein gut Stück Arbeit abgenommen. Die gleiche Augenwischerei wie die „UZ" betreibt die „Frankfurter Rundschau":

„Ein Gericht macht sich in massiver Form zum Fürsprecher von Bürgerinitiativen, bezieht praktisch Front gegen den Staat – und das jetzt schon zum zweitenmal in dieser Sache, nachdem im Dezember 1976 das Verwaltungsgericht in Schleswig den sofortigen Vollzug der ersten Teilgenehmigung des Elektrizitätswerkes Brokdorf unterbunden hatte." Das gleiche Gericht hat bekanntlich die Demonstration in Brokdorf verboten, was niemand den Berufsversöhnlern zuliebe vergessen wird.

Den Elektrizitätskonzernen, den Konzernen, die am Kraftwerksbau beteiligt sind, und den Regierungen, die im Rahmen des Kernenergieprogramms ihre Länderprogramme betreiben, paßt das Urteil sicher nicht in den Kram, weil es den Bau der Kernkraftwerke verzögern kann. Aber richtig vorangekommen sind sie auch vor dem Urteil nicht. So laufen denn auch die meisten Kommentare der Zeitungen und der Politiker darauf hinaus, man müsse die Gelegenheit jetzt nutzen, um den Widerstand der Massen gegen das imperialistische Energieprogramm zu spalten und die Entscheidungsfreiheit der Regierung wieder zurückzugewinnen. Dazu hat sich Egon Bahr geäußert, den die SPD als Sekretär berufen hat, damit er ihre festgefressene Betrugsmaschinerie wieder schmiert:

„Die Parteien haben den Auftrag, durch das Grundgesetz an der politischen Willensbildung der Bevölkerung wesentlichen Anteil zu nehmen, und das, was wir im Augenblick sehen, ist die Tatsache, daß in einer von wichtigen Fragen eine Reihe von Bürgern nicht mehr glauben, ihre Sorgen durch die Parteien ausreichend wiedergegeben zu finden. Die SPD unterzieht sich ja insoweit als einzige Partei dem schmerzhaften Prozeß der Meinungsbildung zum Beispiel auf dem Gebiete der Energie. Wir werden das ganze Jahr über eine Energiedebatte führen und dann am Ende uns selbst und den Bürgern Antworten geben können, wie es weitergehen soll, denn einige Bürger formulieren Forderungen, aber die Parteien haben am Schluß zu entscheiden."

Regierungssprecher Grünewald hat die Bedeutung des Freiburger Urteils heruntergespielt:

„Das Urteil ist keine Grundsatzentscheidung gegen Kernkraftwerke, ich sag das deshalb so deutlich, weil bei einigen heute der Eindruck entstanden war, daß dem so sei. Es ist also keine Grundsatzentscheidung gegen Kernkraftwerke, sondern das Urteil betrifft eine einzelne konkrete Planung, betrifft aber nicht die grundsätzlichen Fragen unserer Energieversorgung, welchen Anteil die Kernkraft im Rahmen aller Energieträger an unserer Energieversorgung in den kommenden Jahren haben soll, wird die Bundesregierung bei der Fortschreibung des Energieprogramms aufzeigen ..."

Dagegen hatte Rudolf Guck von der Kernkraft Süd GmbH, Baden, dem Betreiber, gemeint: „Das meiste wundert uns daran oder wundert mich daran, daß hier das Gericht eine Erklärung abgegeben hat, die nicht mehr standortspezifisch ist. Also aus den Sorgen hier der Gegend gegen die Auswirkung, gegen das Kernkraftwerk hier einen allgemeinen Grund, denjenigen des möglichen Berstens des Reaktordruckgefäßes nun in den Mittelpunkt stellt."

Die Sache läßt sich à la Bahr auflösen, indem das Parlament notfalls ein neues Gesetz macht, das den gerichtlichen Stein des Anstoßes ausräumt.

Wie immer die Bourgeoisie versuchen wird, die Widersprüche in den eigenen Reihen zu überwinden, für die Massen ist entscheidend, daß sie weiter ausschließlich von ihren eigenen Interessen ausgehen. Diese Interessen zuzuschütten, wird das Hauptbemühen der Bourgeoisie in der nächsten Zeit sein. Umgekehrt werden wir Kommunisten alles tun, um diese Interessen ins Bewußtsein zu heben und ihre Unversöhnlichkeit nicht nur zum imperialistischen Energieprogramm zu beweisen, sondern zur ganzen kapitalistischen Produktionsweise, aus der dieses Programm entspringt. Wo Ausbeutung herrscht, wird auch Ausplünderung betrieben. Da wird notfalls über Leichen gegangen. Da zählen die Dukaten in der Hand der Kapitalisten und sonst nichts. Die Interessen der Massen dagegen müssen mit Gewalt durchgesetzt werden. Das läßt sich nicht vermeiden. Die Bewegung wird gut daran tun, an dieser historischen Erfahrung festzuhalten. – (Z-Red.)

Leipziger Messe und politischer Kleinkrieg

Die Geschäfte zwischen hier und „drüben"

Ein Mensch, der mit Geschäften nichts zu tun hat, aber manchmal die Zeitung der DKP liest, merkt das Herannahen der Leipziger Messe daran, daß die Anzeigen aus der DDR in der „UZ" über das Normalmaß hinaus noch einmal schwungvoll zunehmen. In vier- und mehrseitigen, ein- und mehrfarbigen Anzeigen kann er sich dort zum Ankauf von Industrieanlagen oder anderen, nur für die Kapitalisten käuflichen Dingen anregen lassen.

In diesen Tagen findet die Leipziger Messe statt. Wie stets haben die westdeutschen Kapitalisten hinter den DDR-Betrieben die zweitgrößte Ausstellungsfläche. 800 Kapitalisten und BRD-Konzerne stellen diesmal auf der Leipziger Messe aus. Mit 25 000 Quadratmetern haben sie ihr Ausstellungsgelände gegenüber 1976 noch einmal um 5 % vergrößert. Die Sowjetunion hat eine Fläche von 12 000 Quadratmetern, also mehr als die Hälfte weniger, belegt. Die Leipziger Messe dient weniger dazu, die Geschäfte innerhalb des revisionistischen, von den Sozialimperialisten beherrschten Blocks zu vermitteln. Sie dient vor allem dazu, den Warenumschlag zwischen diesem Block und den westlichen Imperialisten zu vermitteln.

	1974 (Mio VE)	1975 (Mio VE)	Zuwachs gegenüber Vorjahr	1976 (Mio VE)	Zuwachs gegenüber Vorjahr
Lieferungen in DDR	3 662,0	4 028,2	10,0 %	4 469,9	11,0 %
Bezüge aus der DDR	3 256,2	3 390,9	4,1 %	3 938,4	16,1 %
	6 918,2	7 419,1	7,2 %	8 408,3	13,3 %

Die Größe des Ausstellungsgeländes der westdeutschen Imperialisten entspricht ihrer Bedeutung im Rahmen des Handels mit den RGW-Ländern und insbesondere im Rahmen des Außenhandels der DDR. Die revisionistischen Länder haben in den ersten 9 Monaten des Jahres 1976 aus den westlichen imperialistischen und kapitalistischen Ländern für über 20 Milliarden US-Dollar Waren eingeführt. Allein die UdSSR hat davon mehr als die Hälfte eingeführt. Ohne den Handel mit der DDR einzurechnen, haben die westdeutschen Imperialisten an dieser Einfuhr der revisionistischen Länder einen Anteil von fast 25 % erobert. An der Einfuhr der UdSSR hatten sie in diesen ersten 9 Monaten einen Anteil von fast 20 %. Allerdings müssen die westdeutschen Imperialisten um ihren Anteil an den Märkten der revisionistischen Länder und der Sowjetunion kämpfen. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1975 hatte ihr Anteil an den Importen der osteuropäischen revisionistischen Länder noch über ein Viertel betragen, den Handel mit der DDR nicht eingerechnet. Ihr Anteil an den Importen der Sowjetunion aus den westlichen imperialistischen Ländern hatte mit 2,1 Milliarden Dollar damals auch noch mehr als ein Viertel betragen. Demgegenüber sind die Exporte der westdeutschen Imperialisten 1976 zurückgegangen und ihr Marktanteil hat sich verringert.

Um so größere Bedeutung hat für die westdeutschen Imperialisten die Leipziger Messe und der Handel mit der DDR.

Verrechnungseinheiten sind in diesem Handel DM. Sowohl die Lieferungen in die DDR wie auch die Bezüge aus der DDR haben sich also beträchtlich entwickelt, wobei sich das Defizit der DDR in diesem Handel etwas verringert hat. Hatte es 1975 637,3 Millionen betragen, so 1976 noch einmal 531,5 Millionen Verrechnungseinheiten. Da die DDR einen Teil dieses Defizits in DM bezahlt hat, haben sich die Schulden nicht entsprechend erhöht, sondern „nur" um ca. 200 Millionen Verrechnungseinheiten. Sie belaufen sich damit inzwischen auf 2,6 Milliarden DM.

Die DDR ist innerhalb des revisionistischen Blocks, der von den Sozialimperialisten beherrscht wird, das industriell entwickeltste Land. Die Struktur des Handels zwischen den westdeutschen Imperialisten und den Revisionisten in der DDR entspricht in den Worten des Kommentators der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" aber „nach wie vor nicht den Strukturen, die im Austausch zwischen entwickelten Industriestaaten üblich sind". Dieser Tatsache entspricht die wachsende Schuldenlast der DDR in ihrem Handel mit der BRD. Der Handel zwischen der BRD und der DDR ist für die DDR in den Bereichen Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische Erzeugnisse und Eisen und Stahl, Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke defizitär, während die DDR bei Textilien und Bekleidung und bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein Plus macht. Besondere Bewandtnis hat es mit dem wachsenden Export des BRD-Imperialismus von Rohöl in die DDR. Die DDR liefert dafür Mineralölfertigerzeugnisse nach Westberlin. Sie funktioniert hier als Verarbeitungswerkstatt für den Außenposten des BRD-Imperialismus auf ihrem Gebiet. Die Salden in den 6 genannten Bereichen haben sich in den letzten drei Jahren folgendermaßen entwickelt:

Saldo im BRD-DDR-Handel in den 6 Hauptbereichen
(in Mio Verrechnungseinheiten)

	1974	1975	1976
Maschinenbau u. el.-techn. Erzeugn.	458,2	568,1	877,6
Chem. Erzeugn.	472,2	500,7	407,9
Eisen u. Stahl	268,4	251,3	205,9
Rohöl/-fertigerz.	–	– 237,8	– 286,7
Textil u. Bekleidg.	– 376,1	– 457,0	– 526,0
Landwirt. Erzeugn.	– 293,5	– 312,1	– 429,7

Quelle: Bundesminister für Wirtschaft, Tagesnachrichten 9.3.1976 und 3.3.1977; eigene Berechnungen

Die Handelsbeziehungen zwischen den BRD-Imperialisten und den DDR-Revisionisten sind ziemlich eng. Sie entwickeln sich und sind in den letzten Jahren stets enger geworden. In scheinbarem Widerspruch dazu stehen die politischen Beziehungen. Die DDR hat z.B. in diesen Tagen mehr als hundert BRD-Staatsangehörigen die Einreise in die DDR verweigert, was nach Auffassung der BRD-Imperialisten den geltenden Abmachungen widerspricht. Die FAZ stellt fest:

„Daß die DDR auch bei denen scharf sortiert, die zur Leipziger Frühjahrsmesse wollen, ist überraschend." Zu den Gründen meint die „Frankfurter Allgemeine": „Das kann nicht daran liegen, daß sich die DDR in einer Lage sähe, auf die Westgeschäfte mit ihrer erfreulichen Devisenträchtigkeit weniger Rücksicht zu nehmen. (...) Die DDR sieht sich offenbar genötigt, den alten Satz zu erproben, daß Angriff die beste Verteidigung sei: Die vielfältigen Attacken gegen den Status von Berlin zeigen es. Zugleich vergißt die DDR nicht die Verteidigung, und wäre es mit dem schwer verständlichen Mittel, Westdeutsche nicht einmal aus dem Anlaß der Messe halbwegs ohne Ansehung der Person einreisen zu lassen. Im Vordergrund steht sicherlich der Gedanke der präventiven Beeinflussung der eigenen Bevölkerung: Niemand möge denken, daß aus Grund- und Verkehrsvertrag und aus Besucherverkehr irgendetwas folgen könne, was wie ein Nachlassen der ‚Wachsamkeit' aussehen könnte." Für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" „bleibt die Frage, was die Bundesrepublik tun kann". Sie läßt sich darüber nicht näher aus, meint aber allgemein:

„Die Bundesrepublik, die die Bequemlichkeit hoch schätzt, lebt in der Vorstellung, nur Sanktionen kämen in Frage, die auch nicht für den Moment nebenbei eine schmerzhafte Rückwirkung haben könnten. Jedem, der schlägt, tut die eigene Hand weh. Wer das nicht in Kauf nimmt, kann immer nur nachgeben – und mit dem Mund, diesem Hauptwerkzeug der Politik, protestieren."

Es ist natürlich purer Betrug, die Entwicklung der Handelsbeziehungen, die sich angeblich friedlich entwickeln, und die politischen Beziehungen, die nach Pulver riechen, miteinander in Gegensatz zu setzen. Die Handelsbeziehungen selber werden durch die Konkurrenz bestimmt und aus der Konkurrenz zwischen den Imperialisten und Revisionisten, wie der Konkurrenz in jedem der beiden Lager gehen die politischen Widersprüche hervor. Die BRD hat in den Handelsbeziehungen zur DDR die Oberhand, und sie versucht mit Hilfe der Handelsbeziehungen politischen Druck auszuüben. Die „Frankfurter Allgemeine" fordert das ausdrücklich. Die DDR-Revisionisten ergreifen politische Maßnahmen, um ihre Position in den wirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern und den Druck des BRD-Imperialismus zurückzuschlagen. Dabei steht sie ihrerseits unter dem Druck der Sowjetunion, die um ihren Einflußbereich fürchtet. Die Beziehungen zwischen den BRD-Imperialisten und den DDR-Revisionisten sind ziemlich kompliziert. Beide befinden sich im Einflußbereich einer der beiden Supermächte und beiden ist klar, daß ein deutscher Imperialismus, der die ökonomische Kraft des BRD-Imperialismus und der DDR zusammenfaßt, leicht zur Hegemonialmacht in Europa werden könnte. Das reizt bestimmt einen Teil der Revisionisten und der Bourgeoisie in der DDR. Die Entwicklung der Beziehungen ist also ziemlich spannend für die internationalen Kräfteverhältnisse. Kurz vor Messebeginn hat die DDR einen 600-Millionen-Auftrag, um den sich der bundeseigene Stahlkonzern Salzgitter AG beworben hatte, an den italienischen Danieli/Udine-Konzern vergeben. Es handelte sich um den Auftrag für 2 Elektrostahlöfen und eine Stranggußanlage zum Ausbau des Stahlwerks Brandenburg. Honecker hat gleich zu Messebeginn den Stand des Salzgitter-Konzerns einen Besuch abgestattet. Verschiedene Aussteller hätten von einem Kondolenzbesuch gesprochen, schreiben die Zeitungen. Wer weiß. „Im Gespräch mit Honecker ist auch über die Kooperation mit DDR-Unternehmen auf dritten Märkten gesprochen worden, ohne daß eine solche Zusammenarbeit bereits konkrete Formen annehmen könnte", berichtet die gleiche „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die nach schmerzhaften Sanktionen ruft. – (Z-Red.)

Verbot der Nacht- und Schichtarbeit

Die Behauptung der Kapitalisten, Nachtarbeit sei in der Stahlindustrie unumgänglich, ist pure Ideologie

Seit es die Arbeiterbewegung gibt, ist es eine ihrer Forderungen zum Schutz ihrer Arbeitskraft vor der schonungslosesten Zerstörung durch die Kapitalisten, daß die Nacht- und Schichtarbeit verboten gehört.

Die Kapitalistenklasse besitzt die Mittel zur Produktion. Die Maschinen, Anlagen und Gebäude. Die Arbeiter können produzieren. Sie können mehr produzieren, als sie zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft benötigen. Dieses von den Arbeitern geschaffene Mehrprodukt eignen sich die Kapitalisten an. Auf dem Markt verwandeln sie es in Profite, die sie durch den Trieb der Plusmacherei beständig erneut in Maschinen und Anlagen, in konstantes Kapital investieren, um immer mehr Arbeitskraft ausbeuten zu können und den Reichtum in ihren Händen zu vergrößern.

„Das konstante Kapital, die Produktionsmittel, sind, vom Standpunkt des Verwertunsprozesses, nur da, um Arbeit, und mit jedem Tropfen Arbeit ein proportionelles Quantum Mehrarbeit einzusaugen. Soweit sie das nicht tun, bildet ihre bloße Existenz einen negativen Verlust für den Kapitalisten, denn sie repräsentieren während der Zeit, wo sie brachliegen, nutzlosen Kapitalvorschuß, und dieser Verlust wird positiv, sobald die Unterbrechung zusätzliche Auslagen nötig macht für den Wiederbeginn des Werks. Die Verlängerung des Arbeitstags über die Grenzen des natürlichen Tags in die Nacht hinein wirkt nur als Palliativ, stillt nur annähernd den Vampyrdurst nach lebendigem Arbeitsblut. Arbeit während aller 24 Stunden des Tags anzueignen ist daher der immanente Trieb der kapitalistischen Produktion. Da dies aber physisch unmöglich, würden dieselben Arbeitskräfte Tag und Nacht fortwährend ausgesaugt, so bedarf es, zur Überwindung des physischen Hindernisses, der Abwechselung zwischen den bei Tag und Nacht verspeisten Arbeitskräften, eine Abwechslung, die verschiedne Methoden zuläßt, z.B. so geordnet sein kann, daß ein Teil des Arbeitspersonals eine Woche Tagdienst, Nachtdienst die andere Woche versieht usw." *(Karl Marx. Das Kapital. Band I, 8. Kapitel. 4. Tag und Nachtarbeit. Das Ablösungssystem.)*

Unter den Arbeitern bei Thyssen wird bei Schichtwechseln häufig diskutiert, ob man im Stahlwerk die Nachtschicht abschaffen könnte. Klar ist, daß zum Beipsiel die Walzstraßen nicht nachts laufen brauchen. Die Kapitalisten sagen dagegen, daß dies auch sein muß, weil der Schmelzprozeß im Hochofen kontinuierlich, Tag und Nacht, Jahr für Jahr in Gang gehalten werden muß. Würde man den Schmelzprozeß unterbrechen und der Hochofen erkalten, würde er zerstört werden. Ist es ein Nachteil, den die Stahlgewinnung der Menschheit beschieden hat, daß die Arbeiter Tag und Nacht, an jedem Tag der Woche diesen Prozeß der Roheisengewinnung in Gang halten müssen? Ist dies technische nötig?

Es ist reine Ideologie, die von der Bourgeoisie verbreitet worden ist. Technisch ist es möglich, den Prozeß zu unterbrechen, die Nachtarbeit am Hochofen abzuschaffen. Wir haben dies in dem untenstehenden Artikel dargestellt. Welchen Zweck die Ideologie „Das Stahlmachen erfordert die Nachtarbeit" hat, wurde schon von Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital" nachgewiesen, an dem Vorwand der englischen Stahlkapitalisten, die die Nachtarbeit von Kindern aus technischen Notwendigkeiten des Produktkonsprozesses begründeten:

„Aber die Herren Sanderson (engl. Stahlkapitalist) haben mehr zu tun, als Stahl zu machen. Die Stahlmacherei ist bloßer Vorwand der Plusmacherei. Die Schmelzöfen, Walzwerke usw., die Baulichkeiten, die Maschinerie, das Eisen, die Kohle usw. haben mehr zu tun, als sich in Stahl zu verwandeln. Sie sind da, um Mehrwert einzusaugen, und saugen natürlich mehr in 24 Stunden als in 12. Sie geben in der Tat von Gottes und Rechts wegen den Sandersons eine Anweisung auf die Arbeitszeit einer gewissen Anzahl von Händen für volle 24 Stunden des Tags und verlieren ihren Kapitalcharakter, sind daher für die Sandersons reiner Verlust, sobald ihre Funktion der Arbeitseinsaugung unterbrochen wird.

‚Aber dann wäre da der Verlust an so viel kostspieliger Maschinerie, welche die halbe Zeit brachläge, und für eine solche Produktenmasse, wie wir fähig sind, sie bei dem gegenwärtigen System zu leisten, müßten wir Räumlichkeiten und Maschinenwerke verdoppeln, was die Auslage verdoppeln würde.'

Aber warum beanspruchen grade diese Sandersons ein Privilegium vor den andren Kapitalisten, die nur bei Tag arbeiten lassen dürfen und deren Baulichkeiten, Maschinerie, Rohmaterial daher bei Nacht ‚brach' liegen?

‚Es ist wahr', antwortet E.F. Sanderson im Namen aller Sandersons, ‚es ist wahr, daß dieser Verlust von brachliegender Maschinerie alle Manufakturen trifft, worin nur bei Tag gearbeitet wird. Aber der Gebrauch der Schmelzöfen würde in unsrem Fall einen Extraverlust verursachen. Hält man sie im Gang, so wird Brennmaterial verwüstet' (statt daß jetzt das Lebensmaterial des Arbeiters verwüstet wird), ‚und hält man sie nicht im Gang, so setzt das Zeitverlust im Wiederanlegen des Feuers und zu Gewinnung des nötigen Hitzegrads' (während der Verlust, selbst Achtjähriger, an Schlafzeit Gewinn von Arbeitszeit für die Sanderssonssippe), ‚und die Öfen selbst würden vom Temperaturwechsel leiden' (während doch dieselbigen Öfen nichts leiden vom Tag- und Nachtwechsel der Arbeit)."

(Karl Marx. Das Kapital. Band I, 8. Kapitel. 4. Tag und Nachtarbeit. Das Ablösungssystem.)

Um die Schichtarbeit mit der „technischen Notwendigkeit" zu rechtfertigen, führen die Stahlkapitalisten meistens den Hochofen an.

Auf der nebenstehenden Skizze ist ein Hochofen abgebildet. Es ist ein Schachtofen von 20 bis 40 Meter Höhe. Er wird von oben über die Gichtglocke beschickt. Da die Beschickungsstoffe beim Niedergehen immer stärker vorgewärmt werden und sich dabei ausdehnen, ist der Ofenschacht von oben nach unten trichterförmig erweitert,

Mit der beginnenden Reduktion (wird weiter unten erklärt), der Erweichung und dem Schmelzen der Erze nimmt das Volumen der Beschikkung wieder ab. An dieser Stelle, dem Kohlensack (ein kurzes zylindrisches Stück), verengt sich der Schacht wieder ein Stück, bis er in das zylindrische Gestell übergeht. Am Gestell sind die Blasformen für die Windversorgung des Ofens gleichmäßig über den Umfang angebracht, die an der Windringleitung angeschlossen sind. Im unteren Teil des Gestells sammelt sich das flüssige Roheisen, das dann durch das Abstichloch in die Roheisenpfanne fließt.

Da im Hochofen sehr hohe Termperaturen (1 700 bis 2 000 Grad) erzeugt werden, muß der Stahlmantel mit Steinen ausgemauert werden, damit er isoliert wird. Der Schacht wird mit Schamottsteinen, die temperaturwechselbeständig sind und hohe mechanische Festigkeit besitzen, ausgemauert. Die Rast und das Gestell sind mit Kohlenstoffsteinen ausgekleidet, die erst bei ca. 4 725 Grad schmelzen würden. Diese Steine werden aus Koks und Anthrazit mit Teer als Bindemittel gebrannt. Anschließend werden sie zersägt und gekennzeichnet, um den Ofen fugenlos ausmauern zu können. Die für die Verbrennung notwendige Luft wird durch die Blasformen mit Ventilatoren in den Ofen geblasen, nachdem sie in Winderhitzern aufgeheizt wurde. Die Winderhitzer werden mit dem beim Hochofenprozeß anfallenden Gichtgas beheizt. Neuerdings wird der Wind noch mit Sauerstoff angereichert, um die Verbrennung im Ofen zu beschleunigen. Dadurch entsteht die Gefahr, daß nicht verbranntes Gichtgas bei ca. 6 % Sauerstoffanteil sich durch das aufgeheizte Mauerwerk (ca. 1 000 Grad) selbst entzündet und Explosionen hervorrufen kann. So weit zum Aufbau des Hochofens.

Eisen kommt auf der Erde nicht in reiner Form vor, sondern nur in Verbindung als Erz. Für den Hochofen muß das Erz aufbereitet werden, zu große Stücke werden zerkleinert, das anfallende Feinerz wird zu Sinter verarbeitet, das sind zusammengeschmolzene Erzstücke. Der Hochofen wird über Schrägaufzug abwechselnd mit Koks und Erz beschickt, schlackenbindender Kalk wird noch hinzugetan. Der Koks hat die Aufgabe, dem Eisenoxyd den Sauerstoff zu entziehen. Dieser chemische Prozeß wird Reduktion genannt. Hierin besteht auch der ganze Nutzeffekt des Hochofens.

Der mittlere Teil des Schachtes ist die eigentliche Reduktionszone, hier findet die chemische Umsetzung statt. Das flüssige Roheisen sammelt sich im unteren Teil des Gestells, oben drauf schwimmt die flüssige Schlacke, die dauernd abfließt. Das flüssige Roheisen wird von Zeit zu Zeit abgestochen, das Abstichloch wird anschließend wieder verstopft. Die Füllung des Ofens bleibt immer annähernd gleich, denn in dem Maße, wie unten abgestochen wird, wird oben wieder ergänzt.

Der Durchlaufbetrieb des Hochofens wird von den Kapitalisten mit technischen und wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt. Die Ausmauerung würde dem ständigen Temperaturwechsel nicht standhalten, und es könnten sich im Ofen Ansätze bilden, die den Betrieb stören würden. Hierbei stimmt, daß die Ausmauerung nicht ganz kalt werden darf, weil sie dann zerbrechen kann. Aber beim kurzzeitigen Abschalten bleibt der Ofen ja warm, der chemische Vorgang wird nur verzögert, indem die dazu nötige Temperatur gesenkt wird.

Für die Kapitalisten sind Hochöfen, die des Nachts nicht laufen, unnütz ausgelegtes Kapital für die Zeit ihres Stillstands. Die Arbeiter produzieren nicht, der Kapitalist kann sich keinen Mehrwert aneignen.

Und dann die hohen Energiekosten, die durch die längere Aufheizzeit nach der Unterbrechung des Prozesses in der Nacht entstehen. Es ist doppelter Verlust. Das ist der hauptsächliche Grund für die Stahlkapitalisten, die Schichtarbeit fahren zu lassen. Es ist ohne technische Schwierigkeiten möglich, den Hochofen abzustellen. Bei jeder Reparatur am Ofen und auch an Feiertagen wird das gemacht. Ein kleiner Hochofen (ca. 1 000 Tonnen Tagesleitung) wird in 24 Stunden ca. sechsmal abgestochen. Wie schon weiter oben beschrieben wurde, läuft der Hochofenprozeß kontinuierlich. Durch veränderte Beschickung, der Koksanteil müßte erhöht werden, könnte man die Abstichfolge unterbrechen bzw. hinauszögern. Dabei würde sich der Kokseinsatz pro Tonne Roheisen um 10 bis 15 kg erhöhen, und der Roheisenausstoß würde sich pro Schicht verringern, was nicht dem Interesse der Kapitalisten entspricht.

Durch Verringerung der Windmenge kann die Verbrennung noch zusätzlich verlangsamt werden. Der Hochofen wird dann luftdicht abgeschlossen. Es ist auch möglich, den Ofen für längere Zeit abzustellen. Hierzu wird er mit Dämpfungsmöller beschickt, d.h. der Ofen wird zum größten Teil mit Koks beschickt, und der chemische Prozeß geht im langen Zeitraum vor sich.

Technisch ist es nicht nötig, daß die Arbeiter nachts und in Schichten am Hochofen arbeiten. Es gibt keine technische Begründung dafür. Es ist der Herrschaft der Kapitalistenklasse zu verdanken, die die Arbeiterklasse durch Besitz an den Produktionsmitteln dazu zwingt. Um den gleichen Roheisenabstich im Normalbetrieb zu erlangen wie im Contischichtbetrieb, würde für die Kapitalisten einen wesentlich größeren Anteil an konstantem Kapital, also Hochöfen bedeuten. Diese Auslagen ersparen sich die Kapitalisten, indem sie die Arbeitskraft Tag und Nacht vernutzen und so die vorgestreckten Gelder für den Hochofen in viel schnellerer Zeit durch schnelleren Umschlag wieder hereinbekommen. Das ist der Grund für die Nacht- und Schichtarbeit am Hochofen.

Der Trieb der Kapitalisten nach 24stündiger Vernutzung der menschlichen Arbeitskraft führt zum gesundheitlichen Ruin der Arbeiterklasse. Das ist der Grund, warum die Arbeiterklasse das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit erkämpfen muß.

muß.

Erläuterungen
1 Bandabsetzer zum Einlagern
3 Mischbetten
4 Möllerwagen
5 Begichtungswagen
6 Schrägaufzug für Skip-Begichtung
7 Gasfangrohre
8 Gichtglocke
9 Gicht
10 Schacht
11 Kohlensack
12 Rast
13 Gestell
14 Heißwindringleitung
15 Düsenstock und Windform
16 Abstichloch

Querschnittdarstellung einer Hochofenanlage

Beim Streik wurde der Hochofen runtergefahren.

Die Verteidiger der Nachtarbeit in der Stahlindustrie ziehen zur Begründung stets den Hochofen heran. Die Anlagen im Warm- oder Kaltwalzwerk könne man ja kurzfristig abstellen, aber beim Hochofen sei das nun wirklich unmöglich.

Mag sein, daß man den Hochofen nicht jederzeit einfach abstellen kann wie man einen Motor abschaltet oder eine Lampe ausknipst. Aber man kann ihn runterfahren. Jedenfalls die Arbeiter können das: Beim Warnstreik auf der Klöckner-Hütte Bremen 1973 hatten sie die Arbeiter aus allen Werksteilen im Warmwalzwerk versammelt. Mit großem Jubel wurde die Nachricht aufgenommen, daß die Arbeiter am Hochofen den Hochofen runterfahren und dann zur Versammlung kommen würden. Nach dem Warnstreik haben die Arbeiter den Ofen wieder hochgefahren und weiterproduziert.

Das Runter- und Rauffahren eines Hochofens dauert länger, als wenn man ein Auto oder eine Maschine abstellt. Eine technische Notwendigkeit ist die Nachtarbeit jedenfalls auch am Hochofen nicht, das konnten alle versammelten Arbeiter sehen. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen)



Hochöfen mit einer Tagesleistung von 3 000 Tonnen werden bis zu sechs Mal in 24 Stunden Abgastochen. Pro Abstich fließen eine Roheisenmenge von ca. 500 t aus dem Hochofen in Roheisenpfannen. Es ist einfach zu rechnen wieviel Roheisen den Kapitalisten verioren geht, würde der Hochofen nicht an sieben Tagen in der Woche Tag und Nachtlaufen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord